

**KRIEG
ZERSTÖRUNG
AUFBAU**



1945

**Krieg – Zerstörung – Aufbau
Architektur und Stadtplanung 1940 - 1960**

Ausstellung und Publikation: Jörn Düwel, Werner Durth, Niels Gutschow, Jochem Schneider
Beirat: Johann Friedrich Geist, Klaus Kürvers, Winfried Nerdinger, Wolfgang Schäche

1945

Krieg – Zerstörung – Aufbau Architektur und Stadtplanung 1940 - 1960

Schriftenreihe der Akademie der Künste Band 23
Henschel Verlag

Inhalt

Walter Jens

Vorwort 6

Jörn Düwel, Werner Durth, Niels Gutschow

Zur Ausstellung 8

Jochem Schneider

Zum Raumkonzept 10

DER ORT IN BERLIN 15

Wolfgang Schäche

Spurensuche am Pariser Platz 16

Ein imaginärer Spaziergang

Riki Kalbe

Im Garten der Reichskanzlei 39

Vierzehn Fotografien

Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers

Tatort Berlin, Pariser Platz 55

Die Zerstörung und »Entjudung« Berlins

Winfried Nerdinger

Architektur und Massenmord 119

Die Außen- und Innenansicht
des NS-Reiches

ZUKUNFTSENTWÜRFE	125	Jörn Düwel	
Werner Durth		Rostock	298
Stadt und Landschaft	126	Vom Anger zur Magistrale	
Kriegszerstörungen und Zukunftsentwürfe		Niels Gutschow	
Niels Gutschow		Freudenstadt	315
Europa	176	Wege zum Gesamtkunstwerk	
Verbrannte Erde und Zukunft		Werner Durth	
Jörn Düwel		Düsseldorf	324
Berlin	195	Kontinuität in Kontrasten	
Planen im Kalten Krieg		Jörn Düwel	
FARBTAFELN	235	Frankfurt an der Oder	337
		Grenzstadt nach Osten	
STÄDTE IN DEUTSCHLAND	271	Niels Gutschow	
Niels Gutschow		Hamburg	354
Dresden	272	Moderne als Vision und Wirklichkeit	
Von der »neuen« zur »schönen« Stadt		ANHANG	363
Werner Durth		50 Biographien	364
Hannover	284	Literaturhinweise	381
Aufbau einer Stadtlandschaft		Autoren	385
		Abbildungsnachweis	386
		Leihgeber	388
		Danksagung	389
		Personenregister	390

Tatort Berlin, Pariser Platz

Die Zerstörung und »Entjudung« Berlins

Ostew Geschichte hat ihre Täter, ihre Opfer, ihre Zuschauer, aber auch ihre Orte. Der, um den es hier geht, gehört zu einem Areal, das im Westen gefaßt wird durch den Verlauf der beiden ehemaligen Stadtmauern südlich des Brandenburger Tores, im Süden durch die frühere Prinz-Albrecht-Straße (heute Niederkirchnerstraße), im ~~Westen~~ durch die Wilhelmstraße und im Norden durch den Pariser Platz. Hier befand sich von 1933 bis 1945 – auch unterirdisch – das Regierungszentrum des »Dritten -« oder später »Großdeutschen Reiches«, überwiegend in den alten preußischen Palais und Ministerialgebäuden. Dieser Ort, von wo aus in zwölf Jahren die Geschichte der Welt unumkehrbar und für alle Zukunft verändert worden ist, ist heute – infolge der Kriegsschäden, des anschließenden Abrisses und der Neubebauung mit Wohnhäusern in den achtziger Jahren – nahezu unkenntlich gemacht worden. Weitgehend begraben unter diesen Neubauten und Kinderspielplätzen, zeugen nur noch drei bauliche Reste von der unheimlichen Geschichte dieses Ortes: Erstens das 1935/36 nach einem Entwurf von Ernst Sagebiel¹ gebaute Reichsluftfahrtministerium, an der Ecke Wilhelm- und Leipziger Straße, wo ursprünglich Hermann Göring residiert hat, und das zur Zeit noch von der Treuhand-Gesellschaft genutzt wird und demnächst für die Übernahme durch das Bundesfinanzministerium vorbereitet werden soll; zweitens die erst 1987 ausgegrabenen Kellerreste des »Prinz-Albrecht-Palais« in der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße 8, wo die ehemalige Kunstgewerbeschule 1933 dem Sitz der Geheimen Staatspolizei Platz machen mußte, der Machtzentrale von Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich und Ernst Kalten-

brunner²; schließlich der noch erhaltene, rückwärtige Gebäudeteil mit den Ausstellungsräumen der ehemaligen Akademie der Künste am Pariser Platz 4, wo die Dienststelle des »Generalbauinspektors für die Neugestaltung der Reichshauptstadt« Albert Speer – kurz der G.B.I. – seit 1937 untergebracht war.

In den noch erhaltenen, erst 1938 übergebenen Räumen der Akademie waren vor allem die Modellwerkstätten eingerichtet, und in den Oberlichtsälen wurden die Modelle³ aufgebaut, nach denen Hitler Berlin zur neuen Welthauptstadt »Germania« hatte umbauen lassen wollen. Die wahren Dimensionen dieses Plans erschließen sich jedoch nicht durch die noch vorhandenen Photographien mit dem Stadtmodell der gewaltigen, von Moabit im Norden bis Steglitz im Süden reichenden Achse, oder durch die Photomontage des »größten Bauwerks der Welt«, auch wenn die über 300 Meter hohe Kuppel der geplanten »Großen Halle«⁴ den nur 75 Meter hohen Reichstag und das 29 Meter hohe Brandenburger Tor monumental überragt. Die Ungeheuerlichkeit dieser »Neugestaltung der Reichshauptstadt« offenbart sich gerade nicht in ihrer sichtbaren Gestalt, sondern erst, wenn man die Art und Weise ihrer 1938 begonnenen Durchführung betrachtet. Ein Teil dieser bis heute noch weitgehend verdeckten Geschichte dessen, was in den Jahren vor 1945 von Speers Sitz am Pariser Platz 4 ausgegangen ist und mit ihm für immer verknüpft bleiben wird, soll im folgenden der kollektiven Erinnerung zugänglich gemacht werden.

Taucht man in die Geschichte dieses Ortes ein, so beginnt er nach und nach sein Geheimnis preiszugeben. Es erschei-

nen die Umrisse verschiedener Netze, die hier ihren Ausgang nehmen und deren Fäden zunächst zusammenhangslos erscheinende Orte, Personen und Handlungen miteinander verbinden. Der Anfangspunkt, von dem aus sich diese Netze knüpfen, ist ein gemeinsamer: Es ist die Entscheidung darüber, die Neugestaltung der Reichshauptstadt nicht nur zu denken, sondern tatsächlich durchzuführen. Dieser Versuch der Durchführung bereitet bereits im Herbst 1938 scheinbar unlösbare Probleme: Es fehlen Ersatzwohnungen für die Mieter aus den Häusern, die abgerissen werden müssen, es mangelt an Geld, an Arbeitskräften und Baustoffen, und man weiß noch nicht, wie die immensen, zum Abriß vorgesehenen Flächen freigelegt und baureif gemacht werden können. Und dabei gehen Hitler und Speer davon aus, daß die Neugestaltung bis 1950 abgeschlossen sein sollte! Die Lösung dieser Probleme erfordert völlig neue, bisher für unmöglich gehaltene Methoden, die allein der Krieg – der mit dem Ziel der Erweiterung und Neuordnung des gesamten Reiches, nicht nur der Reichshauptstadt, geplant, begonnen und geführt wird – eröffnet. Ihre Lösung finden die 1938 alles blockierenden Probleme mit der »Entjudung« Berlins, der Versklavung und Ausplünderung Osteuropas und schließlich mit den Trümmerflächen, die britische und amerikanische Bombardierungen hinterlassen – Voraussetzungen für die Neugestaltung.

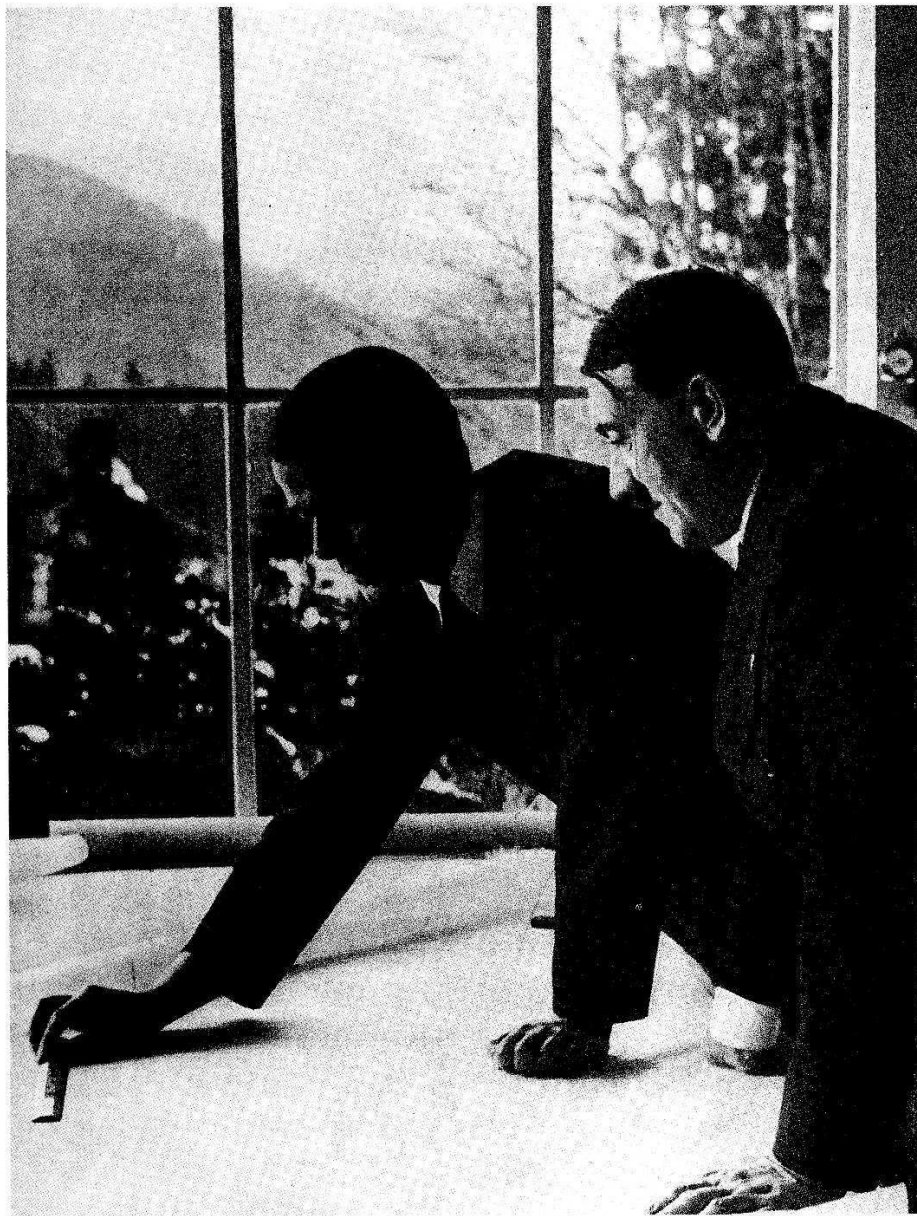
Der Generalbauinspektor in der Akademie der Künste

Am 14. Juni 1938 wird mit der Grundsteinlegung für das »Haus des Fremdenverkehrs«, dem ersten Monumentalbau im Rahmen der Neugestaltung der Reichshauptstadt, das feierliche Startsignal zur Neugestaltung Berlins gegeben. Das Haus soll am »Runden Platz« nördlich des Landwehrkanals gebaut werden, wo heute die von Hans Scharoun entworfene Staatsbibliothek steht. Bis 1938 galt das dicht mit Wohn- und Geschäftshäusern bebaute Stadtviertel als »beste Lage«, mit dessen Abriß aber jetzt begonnen wurde. In der an seinen »Führer« gerichteten Festrede erinnert Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am 14. Juni

1938 daran, daß die Grundgedanken zur Neugestaltung Berlins von Hitler selbst stammen: *»Seit vielen Jahren haben Sie, mein Führer, sich mit den Plänen zum Umbau von Berlin beschäftigt. Oft haben Sie in losen Skizzenblättern Projekte für dieses monumentale Werk entworfen. Oft sind diese Projekte in Einzelheiten geändert worden. Unverändert ist bis heute Ihre Idee und Ihre Entschlossenheit, das Chaos Berlin neu zu gestalten, und aus diesem planlosen Häusermeer eine Stadt zu formen, die der Größe unseres Volkes, dem Rang unserer Nation und der geschichtlichen Bedeutung unserer Zeit würdig ist.«*⁵

Die Idee war weder originell noch neu. Der Reichshauptstadt eine Gestalt zu geben, die einen Vergleich mit den Metropolen Wien und Paris aushalten konnte, war bereits das städtebauliche Ziel, als die Stadt nach dem 1871 gewonnenen Krieg gegen Frankreich als Reichshauptstadt ausgebaut und damit der von James Hobrecht zehn Jahre zuvor abgeschlossene Generalbebauungsplan – weitgehend auf unbebautem Wiesen- und Ackerland – verwirklicht worden ist. Weiter erinnert Goebbels an die Neuordnung der vor allem von »Stadtfremden« als unübersichtlich und deshalb gefährlich empfundenen Stadt mit ihrem besonderen, über Höfe erschlossenen Haustyp, der sich seit 1871 durchgesetzt hatte. Spätestens seit der Städtebauausstellung von 1910 beschäftigt dieser mögliche Stadtumbau – teils verkehrstechnisch, teils sozialpolitisch begründet – die Phantasie der »Städtebauer«, Initiatoren einer neuen Disziplin, die sich sowohl vom Ingenieurwesen als auch von der Architektur abzulösen beginnt.

Hitler hatte den bereits 1917 von dem Stadtplaner Martin Mächler entworfenen Plan zur Anlage einer Nord-Süd-Achse mit dem Königsplatz als republikanischem Zentrum⁶ gesehen, und dieser Plan hatte in ihm – verbunden mit dem Eindruck der Champs-Élysées mit dem Arc de Triomphe in Paris, das er bis zum Juni 1940 nur von Photographien kannte – die Vision einer riesigen und schnurgeraden Nord-Süd-Achse quer durch Berlin angeregt. Sie sollte parallel zur Friedrichstraße, wie eine Tangente westlich an die historische Altstadt angelehnt, von Tempelhof



Albert Speer und Adolf Hitler im Atelier Speers auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden

bis zum Spreebogen reichen: im Süden durch einen Triumphbogen, im Norden durch einen riesigen Hallenbau mit Kuppel begrenzt, zwei Bauten, die alle bekannten Dimensionen in den Schatten stellen und ihre Vergleiche allenfalls in antiken Monumenten finden sollten. Neu waren diese Ideen nicht, aber keiner der Vordenker hatte bisher die Vermessenheit besessen, ernsthaft an eine Umsetzung der Idealbilder eines neuen Berlin zu glauben, an Bilder, die eine Stadt ersetzen sollten, die zum größten Teil –

nach vierzigjähriger Bautätigkeit, zu Beginn des Ersten Weltkrieges – gerade erst fertiggestellt worden war. Als Martin Mächler im September 1926 in einem Vortrag vor der Siedlungswissenschaftlichen Gesellschaft seine Utopie eines neuen, besser geordneten Berlins darlegte, mußte er noch von einer zwar kaum vorstellbaren, für ihn aber nicht ganz unwahrscheinlichen Fiktion ausgehen, von einem *»Luftangriff von Ost nach West, der eine einzige Trümmerstätte zurückläßt«*⁷.

Hitler war selbst ein verhinderte Architekt und Städtebauer, ohne entsprechende Ausbildung zwar, aber mit genauen Vorstellungen darüber, wie das Zentrum seines Reiches einmal aussehen sollte. Zur Ausführung seiner Ideen zog er nach langem Zögern einen jungen Architekten heran, mit dem er bereits seit 1931 als Parteigenosse und seit 1933 als Bauherr verbunden war. Den offiziellen Auftrag zur Planung dessen, was seit dem 14. Juni 1938 umgesetzt werden sollte, erhält der 31jährige Architekt Albert Speer am 30. Januar 1937, als ihn der »Führer« – auf den Tag genau vier Jahre nach seiner eigenen Ernennung zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Hindenburg – durch einen Erlaß zum »Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt« ernennt. Speers Aufgabe soll darin bestehen, zur *»planvollen Gestaltung des Stadtbildes der Reichshauptstadt«* einen *»neuen Gesamtbauplan«* aufzustellen und *»dafür zu sorgen, daß alle das Stadtbild beeinflussenden Platzanlagen, Straßenzüge und Bauten nach einheitlichen Gesichtspunkten würdig durchgeführt werden«*⁸. Der Erlaß stattet Speer, dem damit die bisher noch formal bestehende Planungshoheit der Stadt Berlin übergeben wird, mit weitgehenden Machtbefugnissen aus:

»[§2...] Der Generalbauinspektor ist befugt, die zur Erreichung dieses Zwecks nötigen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen.[§3:] Zur Durchführung seiner Aufgaben stehen dem Generalbauinspektor die Behörden des Reichs, des Landes Preußen und der Reichshauptstadt zur Verfügung.[...]Er kann sich von allen Dienststellen des Reichs, des Landes Preußen und der Reichshauptstadt und von den Dienststellen der Partei, ihren Gliederungen und der ange-

1937	Ausgegeben zu Berlin, den 30. Januar 1937	Nr. 13
Tag	Inhalt	Seite
30. 1. 37	Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt.....	103

Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt.

Vom 30. Januar 1937.

§ 1

(1) Zur planvollen Gestaltung des Stadtbildes der Reichshauptstadt Berlin wird ein Generalbauinspektor eingesetzt.

(2) Der Generalbauinspektor wird vom Führer und Reichskanzler ernannt. Er untersteht ihm unmittelbar und führt die Bezeichnung „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt“.

§ 2

(1) Der Generalbauinspektor stellt einen neuen Gesamtbauplan für die Reichshauptstadt Berlin auf.

(2) Er hat dafür zu sorgen, daß alle das Stadtbild beeinflussenden Anlagen, Straßenzüge und Bauten nach einheitlichen Gesichtspunkten würdig durchgeführt werden. Der Generalbauinspektor ist befugt, die zur Erreichung dieses Zweckes nötigen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen.

§ 3

Zur Durchführung seiner Aufgaben stehen dem Generalbauinspektor die Behörden des Reichs, des Landes Preußen und der Reichshauptstadt zur Verfügung. Der Generalbauinspektor sorgt dafür, daß alle seinen Aufgabenbereich berührenden Entscheidungen künftig unter einheitlichen Gesichtspunkten ergehen. Er kann sich von allen Dienststellen des Reichs, des Landes Preußen und der Reichshauptstadt und von den Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände die erforderlichen Auskünfte über Bauvorhaben geben lassen. Bei Meinungsverschiedenheiten trifft der Generalbauinspektor die notwendigen Anordnungen.

§ 4

Alle von Staats- oder Parteistellen beabsichtigten Maßnahmen, die das Aufgabengebiet des Generalbauinspektors berühren, sind ihm vor ihrer Ausführung zur Kenntnis zu bringen und bedürfen seiner Zustimmung.

§ 5

Der Generalbauinspektor bezeichnet diejenigen Hoch- und Tiefbauten, Anlagen und Straßenzüge, deren Ausführung oder Änderung ohne seine Zustimmung nicht in Angriff genommen werden darf. Vor dieser Zustimmung darf über die für solche Bauvorhaben und Anlagen bestimmten Mittel nicht verfügt werden.

§ 6

Den Erlaß besonderer Ausführungsvorschriften behalte ich mir vor.

Berlin, den 30. Januar 1937.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei

Dr. Gammert

37

Der Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt vom 30. Januar 1937

schlossenen Verbände die erforderlichen Auskünfte über Bauvorhaben geben lassen. Bei Meinungsverschiedenheiten trifft der Generalbauinspektor die notwendigen Verordnungen.«⁹

Wer war Albert Speer zu diesem Zeitpunkt?¹⁰ – Am 15. März 1905 in Mannheim als Sohn einer traditionsreichen Architektenfamilie geboren, hatte er Architektur in Karlsruhe, München und Berlin studiert und im Februar 1928 sein Studium mit einem Diplom an der TH Berlin-Charlottenburg abgeschlossen. Eigentlich wollte Speer Mathematiker werden, was jedoch an seinem Vater scheiterte. Von November 1927 bis April 1929 war er im Privatatelier seines Lehrers Heinrich Tessenow beschäftigt, anschließend bis März 1932 arbeitete er als Assistent von Tessenow an der TH, bevor er nach Mannheim zurückzog, in der Hoffnung, dort leichter eine Existenz als Privatarchitekt aufbauen zu können als in Berlin. Das einzige Haus, das er bis dahin gebaut hatte, war das Haus der Schwiegereltern in Heidelberg, 1930, und als sich in Mannheim nichts weiter als ein Ladenumbau als Auftrag ergeben hatte, ging er im Sommer 1932, finanziert durch die Familie, wieder nach Berlin zurück, um dort »seine Partei« im Wahlkampf zu unterstützen. Bereits am 1. März 1931 war Speer in die NSDAP eingetreten (Mitgliedsnummer 474 481) und, als Besitzer und Fahrer eines Autos, auch Mitglied der neugegründeten Kraftfahrervereinigung der Partei (N.S.K.K.) geworden¹¹.

Speers »Wahlhilfe« im Sommer 1932 brachte ihm die notwendigen Kontakte und Aufträge. Noch 1932 plante er in Berlin die Umbauten der Geschäftsstelle des Bezirkes West der NSDAP und des »Adolf-Hitler-Hauses«, der Gau-Geschäftsstelle der NSDAP in der Voßstraße. 1933 folgten die Umbauten der Arbeitsräume des Propagandaministers und der Arbeitsräume Hitlers im 1. Obergeschoß des Erweiterungsbaus der Reichskanzlei, vor allem aber die Ausgestaltungen des Tempelhofer Feldes zur 1. Mai-Feier, des Reichsparteitages in Nürnberg, des Erntedankfestes am Bückeberg und der Funkausstellung in Berlin¹². »Architekt des Führers« war Speer dadurch jedoch noch nicht; das war ohne Zweifel Professor Paul Ludwig Troost aus München. Erst nach dessen Tod im Januar 1934 bekam Speer den Ausbau des Parteitagegebäudes in Nürnberg übertragen, mit dem ihm wohl der entscheidende Zugang zu Hitler

gelang. Aber erst nach längerem Zögern entschloß sich dieser Anfang 1936 dazu, den jungen Speer zu »seinem« Architekten zu machen und ihm die »Neugestaltung« Berlins zu übertragen, mit der er sich bereits seit Jahren gedanklich beschäftigt hatte. Im März 1936 begann Speer im direkten Auftrag Hitlers und unter strenger Geheimhaltung mit der Planung der Umgestaltung Berlins zur zukünftigen »Welthauptstadt Germania«; offiziell war er zu dieser Zeit von der Partei mit der weiteren Ausgestaltung des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg beauftragt.

Auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1936, dem eine architektonisch aufwendige Vorbereitung gilt, wird am 9. September ein Vierjahresplan verkündet, mit dem die gesamte deutsche Wirtschaft auf die Vorbereitung eines Eroberungskrieges ausgerichtet wird. Am 18. Oktober 1936 ernennt Hitler Hermann Göring zum »Beauftragten für den Vierjahresplan«. Die Arbeit des G.B.I. ist Teil dieses Plans. Am Tag nach seiner Ernennung zum Generalbauinspektor wird Speer auch zum »Sonderbevollmächtigten im Rahmen des Vierjahresplans« berufen und erhält damit – über die baulichen Aspekte hinaus – die Autorität zum Eingriff in sämtliche Planungsangelegenheiten der Stadt Berlin. Seine Dienststelle hat den Status eines Ministeriums, das ausschließlich und direkt dem Führer unterstellt und keiner anderen Instanz Rechenschaft schuldig ist.

Diese direkte Unterstellung erfordert unmittelbare räumliche Nähe der neuen Dienststelle zu den Diensträumen Hitlers in der Reichskanzlei. Bereits seit November 1936 hat Speer, der bisher in seinen Privatbüros in der nahe der Reichskanzlei gelegenen Behrenstraße 65 und in der Lindenallee 17/18 im Charlottenburger Stadtteil Westend gearbeitet hat, nach einem geeigneten Gebäude gesucht. Es sollte in unmittelbarer Nähe der Reichskanzlei liegen und zudem große Zeichen- und Modellsäle besitzen. Im Gespräch waren die Häuser Pariser Platz 2, 3 und 4. Nr. 2 gehört (auch heute noch) der amerikanischen Regierung, die das Haus als Botschaft nutzte und nicht verkaufen wollte. Speer erinnert sich, daß Hitler die Wahl des Gebäudes bestimmte:

»Noch im Februar forderte Hitler kurzerhand den Erziehungsminister auf, das ehrwürdige Gebäude der ›Akademie der Künste‹ am Pariser Platz für meine Behörde, kurz ›G.B.I.‹ genannt, freizumachen. Seine Wahl fiel auf dieses Gebäude, weil er dorthin, von der Öffentlichkeit unbenutzt, durch die dazwischenliegenden Ministergärten gelangen konnte. Bald machte er von dieser Möglichkeit reichlichen Gebrauch.«¹³

Für Hitler muß diese Wahl über ihren praktischen Nutzen hinaus eine ganz persönliche Genugtuung gewesen sein. Dreißig Jahre zuvor hatte er sich zweimal ohne Erfolg der Aufnahmeprüfung zur Kunstmalerausbildung an der Wiener Akademie der Künste unterzogen und sich anschließend um einen Studienplatz an der Hochschule für Architektur beworben – ebenfalls vergeblich, da ihm der erforderliche Schulabschluß fehlte.

Im Nachbargebäude der Akademie, am Pariser Platz Nr. 3, sollte die Dienststelle von Fritz Todt, des »Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen«, eingerichtet werden. In einem Brief vom 2. Februar 1937 an den Wissenschaftsminister Rust nennt Speer die drei offiziellen Gründe, die für die Gebäudewahl ausschlaggebend waren:

»1.) Die Möglichkeit für den Führer, durch die Ministergärten in die Räume der neuen Dienststelle zu kommen, 2.) die Nachbarschaft der Dienststelle des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, da die beiden Stellen auf Wunsch des Führers die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit haben sollen, und 3.) die Tatsache, daß die Preussische Akademie der Künste das einzige Gebäude in der unmittelbaren Nachbarschaft der Reichskanzlei ist, dessen Körperschaft zurzeit keinen nennenswerten Zweck mehr erfüllt.«¹⁴ Da er mit der Bearbeitung der ihm gestellten Aufgaben erst beginnen könne, wenn ihm die notwendigen Räume zur Verfügung stünden, bittet Speer darum, *»die Räumung der Akademie der Künste als eine besonders vordringliche Angelegenheit zu behandeln«¹⁵.*

Die Vertreibung der Preussischen Akademie der Künste aus dem Haus am Pariser Platz 4 erfolgt in zwei Schritten¹⁶: Der G.B.I. zieht am 12. Februar 1937 in das Vorderhaus

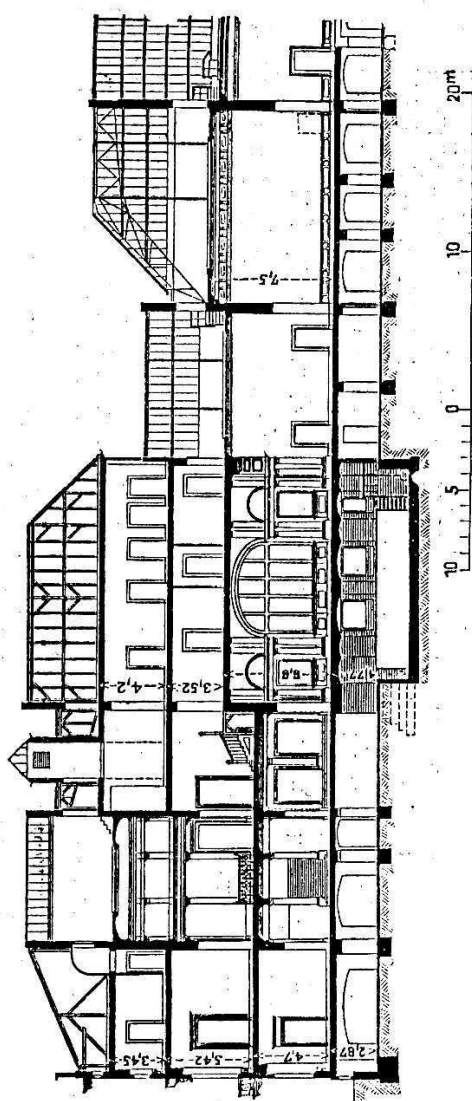


Abb. 3. Schnitt C D.

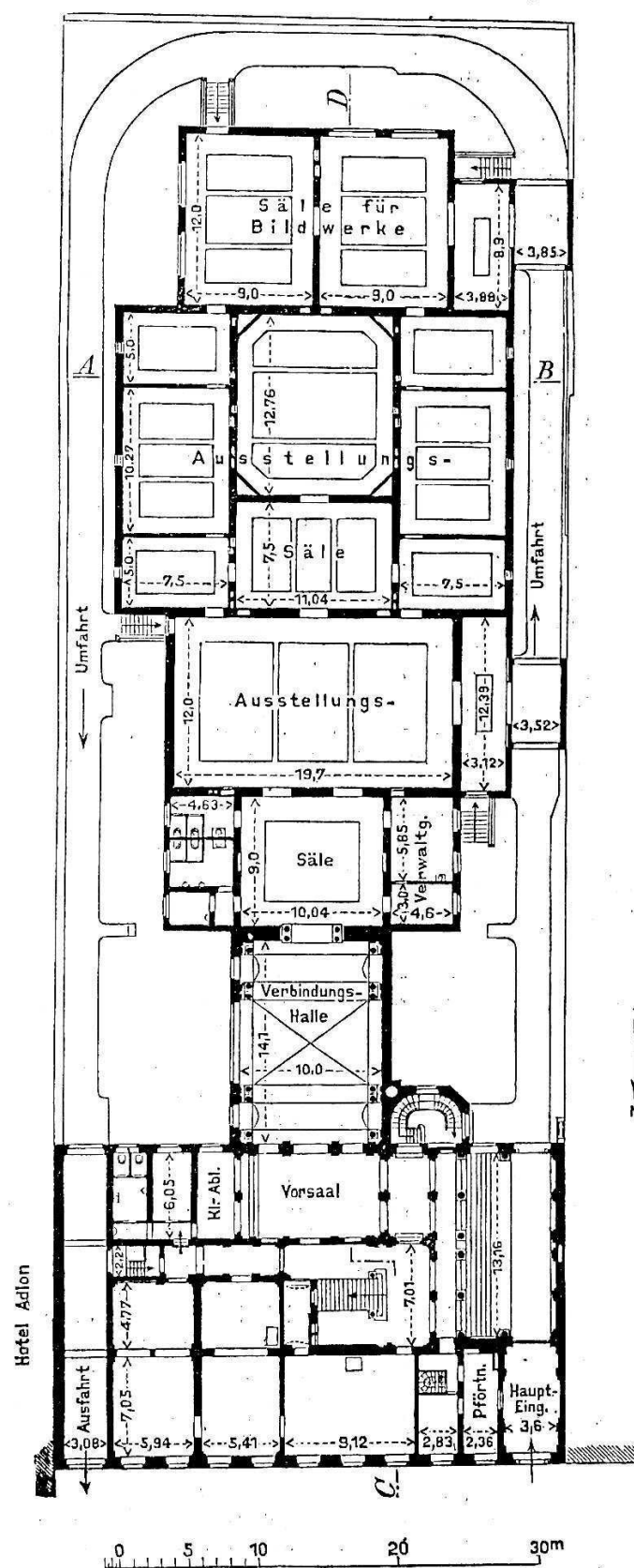


Abb. 5. Erdgeschoß.

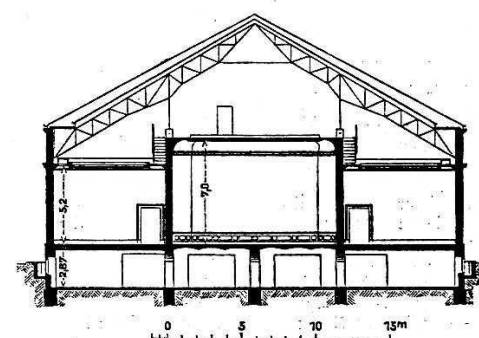
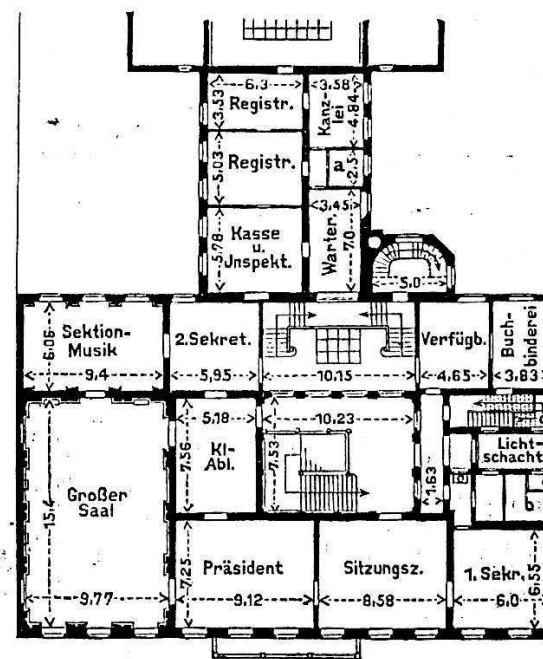


Abb. 2. Schnitt A B.



a Diener. b f. d. Präsident. c f. Beamte.

Abb. 6. Erstes Obergeschoß.

Akademie der Künste, Pariser Platz 4. Grundrisse und Schnitte des Erdgeschosses und des 1. Obergeschosses, um 1907

und belegt seitdem »mit Ausnahme der 3 vorderen Parterreräume, den Ausstellungssälen und den Dienstwohnungen des Hausinspektors, Pförtners und Heizers sämtliche im I. und II. Stockwerk gelegenen Räume«¹⁷. Die Kasse und die Büros der Akademie werden zunächst provisorisch im Haus In den Zelten 9a untergebracht, im Januar 1938 ziehen sie in die Schadowstr. 6/7. Die Ausstellungssäle werden dagegen noch bis Ende 1937 genutzt¹⁸, auch die Postadresse der Akademie bleibt weiterhin Pariser Platz 4. Die Aufforderung zur Räumung der restlichen Gebäudeteile – der Ausstellungssäle, Dachböden und Keller, wo unter anderem das Archiv und die wertvolle Gemäldesammlung untergebracht sind – ergeht schließlich im März 1938. Ab Juli 1938 ist die Akademie mit Verwaltungs- und Ausstellungsräumen im ehemaligen Kronprinzen-Palais untergebracht.

Die Akademie der Künste hatte das ehemals Arnimsche Palais 1907 übernommen und anschließend die rückwärtigen Seitenflügel abgerissen, um sie durch den Anbau des Ausstellungsgebäudes zu ersetzen. Pläne zu Umbauten durch Speer sind nicht erhalten. Der Vergleich der Pläne von 1907 und die Erinnerungen von Willi Schelkes¹⁹, einem der Abteilungsleiter der Planungsstelle Speers, läßt den Rückschluß zu, daß zunächst nur in dem 5,40 Meter hohen ersten Obergeschoß die beiden mittleren, mit jeweils drei Fenstern zum Pariser Platz hin gelegenen Räume – das Präsidentenzimmer und der Sitzungssaal – in drei kleinere Räume mit je zwei Fenstern unterteilt worden sind und ein innenliegender Gang abgeteilt wurde, der diese Räume erschlossen und verbunden hat: einerseits mit dem nun als Zeichensaal genutzten ehemaligen »großen Saal«, andererseits mit Speers neuem Arbeitszimmer, dem ehemaligen Raum des Ersten Sekretärs der Akademie, Alexander Amersdorffer. In diesen neugeschaffenen Räumen werden drei der Abteilungsleiter, die sich Speer aus den Magistratsabteilungen auswählt, untergebracht. Das Zimmer von Rudolf Wolters ist durch eine Tür mit dem Arbeitszimmer Speers verbunden; links daneben liegen die Zimmer von Hans Stephan und Willi Schelkes, anschlie-

ßend der große Zeichensaal. Das Zimmer von Gerhard Fränk wird wahrscheinlich in dem zum Hof hin liegenden ehemaligen Raum der Sektion Musik oder in dem des Zweiten Sekretärs Kurt von Wolfurt eingerichtet. Fränk ist Jurist, die drei anderen Abteilungsleiter sind Architekten, die Speer seit seiner Studienzeit an der TH Berlin-Charlottenburg kennt: Schelkes und Wolters als Kommilitonen, den etwas älteren Hans Stephan als Assistenten von Professor Hermann Jansen. Die Registratur des G.B.I. und die sonstigen Bürokräfte werden in den übrigen von der Akademie geräumten Zimmern untergebracht. Neben diesen Räumen, in denen vor allem die Stadtplanung erarbeitet werden soll, unterhält Speer auch weiterhin sein Privatbüro in der Charlottenburger Lindenallee, wo er im Privatauftrag, unabhängig von seiner Funktion als G.B.I., die Pläne zu den ihm übertragenen Einzelbauten – u. a. die neue Reichskanzlei, die große Kuppelhalle und den Triumphbogen, das sogenannte »Bauwerk T« – entwirft und ausarbeiten läßt. Ein weiteres Privatbüro unterhält er unweit von Hitlers Berghof am Obersalzberg, bei Berchtesgaden, wohin er bisweilen auch seine Berliner Abteilungsleiter einlädt, um die Planungen in anderer Umgebung zu beraten. Trotz der umfassenden Ermächtigung, die mit seiner Bestellung als »Generalbauinspektor« verbunden ist, fehlen Speer zunächst noch die allgemein anerkannten akademischen Weihen. Auf Vorschlag von Goebbels bekommt Speer mit seiner Ernennung zum Generalbauinspektor von Hitler den Ehrentitel »Professor« verliehen. Darüber hinaus hat Speer, wenn auch vergeblich, versucht, eine Dissertation zum Thema »Das Fenster in der Architektur« zu schreiben bzw. durch Rudolf Wolters gegen ein Entgelt schreiben zu lassen, um einen ordentlichen Dokortitel führen zu können²⁰. Die seinem Professorentitel fehlende »akademische Würde« erlangt er aber im Sommer 1937 auf andere Weise. Der räumlichen Besetzung der Akademie der Künste am Pariser Platz 4, deren Namenszug an der Fassade bis zur Zerstörung im Jahre 1945 die Dienststelle der G.B.I. schmückt, folgt die innere Besetzung dieser traditionsreichen und international geachteten Institution.

Die Preußische Akademie der Künste hatte seit 1934 keinen Präsidenten mehr.²¹ Mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte war seitdem der seit 1916 amtierende Stellvertreter des Präsidenten, Georg Schumann, beauftragt. Die Akademie unterstand der Aufsicht durch den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, und der wiederum dem Ministerpräsidenten Hermann Göring. Die Akademie bestand aus drei Abteilungen: Bildende Künste, Musik und Dichtkunst. Bis 1933 waren neue Mitglieder durch die Mitgliederversammlungen der Abteilungen gewählt und anschließend durch den Minister bestätigt worden. Nur in der Abteilung Dichtkunst hatte 1933 eine »Säuberung« stattgefunden, in den anderen beiden Abteilungen waren Mitglieder nur aufgrund der Bestimmungen des »Berufsbeamtenengesetzes« ausgeschlossen, dagegen keine neuen Mitglieder mehr aufgenommen worden. Als 1936 die Mitgliederzahl durch Todesfälle noch weiter zurückgegangen war, wandte sich Schumann am 13. Oktober 1936 mit einem Brief an Rust, um die – in der Satzung nicht vorgesehene – Berufung neuer Mitglieder durch den Wissenschaftsminister vorzuschlagen: *»In den letzten Jahren ist im Einvernehmen mit dem dortigen Ministerium von Wahlen neuer Mitglieder in die Akademie der Künste abgesehen worden, da es in Erwartung einer neuen Verfassung der Akademie nicht angezeigt erschien, den Mitgliederkreis jetzt zu erweitern und da kaum an eine Vornahme von Wahlen nach dem parlamentarischen Wahlverfahren der zurzeit noch geltenden Satzung vom 11. August 1931 gedacht werden konnte, zumal dieses Wahlverfahren keine sichere Gewähr für eine der Akademie erwünschte Ergänzung der Mitgliedschaft bietet. [...] Wenn ich von meinem Führerrecht als Leiter der Akademie Gebrauch mache und Vorschläge für eine Ergänzung der Mitgliedschaft auf dem Wege der Berufung unterbreite, so bin ich mir natürlich dessen bewußt, daß nur solche Künstler in Betracht kommen können, deren Bedeutung über jedem Zweifel steht und deren Eintritt in die Akademie deshalb von keiner Seite einen irgendwie berechtigten Widerspruch begegnen könn-*

te. Bei Künstlern von solcher unangreifbarer Geltung kann wohl auf ein formelles Wahlverfahren verzichtet werden. Bezüglich der von mir genannten bildenden Künstler kann ich mich auf die Beratung durch namhafte Mitglieder der Abteilung für die bildenden Künste stützen, da eine Aussprache in einer Sitzung dieser Abteilung wegen der wenig einheitlichen Einstellung ihrer Mitglieder nicht zweckmäßig erscheint und deshalb von den von mir zu Rate gezogenen Mitgliedern widerraten wurde.«²²

Schumann schlägt den Maler Leo von König, den Bildhauer Richard Scheibe, den Architekten Werner March sowie die Komponisten Heinrich Kaminski, Yrjö Kilpinen und Kurt von Wolfurt zur – satzungswidrigen – Berufung vor. Nachdem er von Rust keine Antwort – zumindest keine schriftliche – erhalten hat, wiederholt Schumann mit einem Brief vom 7. Juni 1937 den Berufungsvorschlag, jetzt ergänzt durch die Namen von sechs französischen Malern, deren Bilder gerade auf einer gemeinsam mit der französischen Regierung organisierten Ausstellung der Akademie in den Sälen am Pariser Platz 4 gezeigt werden, sowie die der zwei Komponisten Maurice Ravel und Albert Roussel. Außerdem findet sich in diesem Brief ein Absatz, der darauf schließen läßt, daß zwei weitere Vorschläge von Rust an die Akademie herangetragen worden sind: *»Mit der gleichzeitigen Berufung der Architekten Professor Sagebiel und Professor Speer als ordentliche Mitglieder würde die Akademie durchaus einverstanden sein. Bezüglich des Generalbauinspektors der Reichshauptstadt Professor Speer möchte ich nicht verhehlen, daß dieser sich von der Akademie, obwohl er Räume in ihrem Hause innehat, bisher in nicht zu übersehender Weise fernhält. Ich erwähne dies nur deshalb, weil diese Haltung des Herrn Speer vielleicht auch bei seiner Entscheidung gegenüber einer Berufung als Mitglied sich bemerkbar machen könnte.«²³*

Dieser zweite Brief Schumanns hat, im Gegensatz zum ersten, Folgen. Durch Erlaß vom 1. Juli 1937 setzt Göring die Satzung der Akademie außer Kraft und beauftragt Rust damit, *»im Benehmen mit der Akademie der Künste möglichst bald einen neuen zeitgemäßen Satzungsentwurf vor-*

Umbildung der Preuß. Akademie der Künste

Neue ordentliche Mitglieder

© Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtb.) Auf Vorschlag des Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung als Kurator der Preussischen Akademie der Künste in Berlin hat Ministerpräsident Generaloberst Göring die Satzung der Preussischen Akademie der Künste mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Der Ministerpräsident beauftragte Minister Rust eine neue, nationalsozialistischen Grundsätzen entsprechende Satzung auszuarbeiten und sofortige Maßnahmen zur Umgestaltung und Verjüngung der Akademie zu treffen. Weiter übernahm Ministerpräsident Generaloberst Göring das Amt eines Protektors der Akademie. Demgemäß hat Reichsminister Rust zunächst folgende Künstler als ordentliche Mitglieder in die Preussische Akademie der Künste aufgenommen:

A Architekten:

Professor Brinkmann, Bremen
Fied, München
Professor Gall, München
Giesler, Sonthofen
Professor Klotz, Berlin
Professor March, Berlin
Professor Sagebiel, Berlin
Professor Dr. Schumacher, Hamburg
Professor Speer, Berlin
Robert Tischler, München

B Bildhauer:

Professor Breker, Berlin
Philipp Hardt, Berlin
Professor Richard Klein, München
Professor Knecht, München
Gerhard Marks, Berlin
Professor Scheibe, Berlin
Schmidt-Chmen, München

Professor Thorak, München
Professor Waldschmidt, Stuttgart

C Maler:

Professor Burmann, Berlin
Georg Ehmig, Berlin
Otto Herbig, Berlin
Kasper, München
Kowalski, Breslau
Professor Lent, Berlin
Mahlau, Lübeck
Professor Nebel, Kassel
Professor Partikel, Königsberg
Professor Peiner, Kronenberg (Eifel)
Professor Preetorius, München
Professor Ferdinand Spiegel, Berlin

D Kunsthandwerker:

Professor v. Giff, Stuttgart
Professor Esser, Berlin
Emil Lettré, Berlin
Julius Schramm, Berlin
F. R. Wilm, Berlin

E Musiker:

Professor Dr. Furtwängler, Berlin
Professor Dr. Knab, Berlin
Heinrich Kaminski, Tienen
Hermann Reutter, Frankfurt a. M.

Ausgeschieden ist bereits der größte Teil von Mitgliedern einer vergangenen Kunstepoche, die einer nationalsozialistischen Neubelebung der Akademie nicht im Wege stehen wollten. Die in der Akademie Verbleibenden werden, um jüngeren Nachwuchs Platz zu machen, zum Teil in eine inactive Gruppe überführt werden.

Die vom Kurator der Preussischen Akademie der Künste, Reichswissenschaftsminister Rust, am 15. Juli 1937 herausgegebene Pressemitteilung zum Erlaß V c 2022(a) wird u. a. in der Essener Rheinisch-Westfälischen Zeitung veröffentlicht. Zu den neuernannten Mitgliedern gehört auch Albert Speer

zulegen. Bis zum Inkrafttreten dieser Satzung wird die Akademie der Künste von ihrem Kurator nach pflichtgemäßen Ermessen geführt.«²⁴ Göring selbst übernimmt »das Amt eines Protektors der Preußischen Akademie der Künste«²⁵. Bis zum Mai 1945 wurde die Akademie der Künste durch ihren Kurator Rust unter Aufsicht des Protektors Göring – eine Funktion, die früher den Preußischen Königen zukam – geführt.²⁶ Eine neue Satzung wurde in diesen acht Jahren nicht erlassen.

Der Erlaß V c 2022(a) des Kurators stammt vom 15. Juli 1937 und kommt einer »Säuberung« gleich. »Im Einvernehmen mit dem Herrn Ministerpräsidenten«²⁷ wird als neuer Status, neben dem der ordentlichen und der außerordentlichen Mitglieder, der der »inaktiven Mitglieder« geschaffen, in den 43 auf einer Namensliste angegebenen, weitgehend ältere, Mitglieder versetzt werden, darunter die Architekten Behrens, Bräuning, Hertlein, Jansen, Schultze-Naumburg, Straumer und Tessenow. Eine zweite Namensliste mit neun Namen nennt Mitglieder, denen »ähnlich wie beim Neuaufbau der Abteilung für Dichtkunst im Jahre 1933, sofort in geeigneter Weise der Austritt aus der Akademie nahezu legen« ist, darunter die Architekten Bruno Paul und Mies van der Rohe.

Das war bereits mit einem Brief von Schumann am 8. Juli geschehen: »Die seit längerer Zeit vorbereitete Neuordnung der Akademie der Künste erstreckt sich auch auf eine Neuzusammensetzung der Mitgliedschaft der Akademie. Da nach den mir [bekannt?] gewordenen Informationen nicht zu erwarten ist, daß Sie künftig weiter zu den Mitgliedern der Akademie zählen werden, möchte ich Ihnen in Ihrem Interesse nahelegen, möglichst sofort selbst Ihren Austritt aus der Akademie zu erklären.«²⁸ Der Brief wird gleichlautend an die Bildhauer Ernst Barlach, Rudolf Belling und Ludwig Gies, die Maler Ernst Ludwig Kirchner, Emil Nolde, Max Pechstein und Emil Rudolf Weiß sowie an die Architekten Bruno Paul und Ludwig Mies van der Rohe geschickt. Die Liste wird kurz darauf noch ergänzt durch die Maler Karl Hofer, Oskar Kokoschka und Christian Friedrich Rohlf. Außer den drei Letztgenannten leh-

nen nur Nolde und Pechstein den »freiwilligen« Austritt ab. Rohlf stirbt kurz nach seiner Weigerung, die anderen vier werden bald darauf durch Erlaß von Rust ausgeschlossen. Die dritte Liste des Erlasses vom 15. Juli 1937 enthält 41 Namen von Personen, die Rust »mit sofortiger Wirkung [...] zu neuen ordentlichen Mitgliedern der Akademie«²⁹ ernannt: vier Musiker, sechs Kunsthandwerker, zwölf Maler, neun Bildhauer und zehn Architekten, darunter die Professoren Sagebiel und Speer. Aus einem Brief Schumanns an Rust vom 11. März 1941 geht hervor, daß die Liste³⁰ der zehn Architekten »nach wiederholter Besprechung mit Professor Speer aufgestellt worden ist«³¹. Gleichzeitig mit dem Erlaß werden am 15. Juli 1937 diese Ernennungen, mit allen Namen, auf Veranlassung von Rust in der Presse³² bekanntgegeben, und die neuen ordentlichen Mitglieder durch den Ersten Sekretär der Akademie, Alexander Amersdorffer, schriftlich über ihre Ernennung informiert³³. Am 30. September 1937 erhalten die neuen Mitglieder von Schumann die Formulare, mit denen sie aufgefordert werden, genaue Angaben über ihre Abstammung – und die ihrer Ehefrauen –, sowie über ihre Partei-, Logen- und Vereinsmitgliedschaften zu machen³⁴. Speer schickt seine Unterlagen am 25. Oktober 1937 zurück – die Adressen von Absender und Empfänger sind identisch: Pariser Platz 4³⁵. Seit seiner Ernennung vom 15. Juli 1937 nennt sich Speer öffentlich »Mitglied der Preußischen Akademie der Künste«.³⁶ Daß sein Status dabei über den eines ordentlichen Mitglieds hinausging, zeigt ein Vorgang aus den Jahren 1940/41. Nach dem Tod von Peter Behrens bittet Arthur Kampf, der Vorsitzende und Senator der Abteilung für die bildenden Künste, Speer um den Vorschlag für die »Wiederbesetzung der Meisterateliersvorsteherstelle«.³⁷ Am 9. Juli 1941 läßt Speer ihm durch seinen Abteilungsleiter Wolters ausrichten, daß er »einstweilen keinen geeigneten Architekten für die Nachfolge von Professor Peter Behrens vorzuschlagen wisse. Er sei mit dem Herrn Minister übereingekommen, die Wiederbesetzung der Stelle des Meisterateliers für Architektur bis nach dem Kriege zu vertagen«.³⁸

Das Berliner Wohnungsproblem und der geplante Abriß

Als Albert Speer am 30. Januar 1937 sein neues Amt als G.B.I. antritt, ist die Grundplanung der »Neugestaltung« bereits in großen Zügen festgelegt. In einem Schreiben vom 16. April 1937 an den Leiter der Reichskanzlei Lammers bittet Speer um nachträgliche Vergütung der bisher geleisteten Tätigkeit, »die ich im Auftrage des Führers bis zum 1. März 1937 für die Aufstellung von Plänen für die Neugestaltung Berlins geleistet habe. [...] An den Plänen für Berlin wurde etwa ein Jahr gearbeitet. Am 1. März 1937 war der Plan zur Neugestaltung Berlins bis in alle Einzelheiten sowohl in der Nord-Süd-, wie auch in der Ost-West-Achse, zeichnerisch fertiggestellt.«³⁹

Mit dieser Planung sollen nun einerseits die umfangreichen Planungen der Reichsbahn für die neue Streckenführung und den Nord- sowie den Südbahnhof, andererseits die von Ernst Sagebiel im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums bearbeiteten Planungen für und um den Flughafen Tempelhof herum verbunden werden.

Speer und Hitler hatten ihren Plan für »Germania« bisher als »rein künstlerische« Aufgabe bearbeitet, ohne Rücksicht auf die komplexen Probleme der Stadtplanung, an denen – abgesehen von wenigen Ausnahmen – die meisten Realisierungsversuche der Stadtsanierung bis dahin bereits in ihren Ansätzen gescheitert waren. Bis zum Sommer 1936 hatte Hitler versucht, seine Idee der Nord-Süd-Achse durch das Berliner Stadtplanungsamt realisieren zu lassen – vermittelt über den Staatskommissar Julius Lippert. Hitler hatte Lippert, den ehemaligen Führer der NSDAP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, 1933 als Kommissar beim Berliner Magistrat eingesetzt, ihn zudem 1934 mit der Kommunalaufsicht ausgestattet und damit dem Oberbürgermeister vorgesetzt. Im Dezember 1936 erhielt er dafür die Bezeichnung »Stadtpräsident« und war damit seit 1937, als er auch noch zum Oberbürgermeister ernannt worden war, sein eigener Vorgesetzter. Gleichzeitig wurde er jedoch dem »Generalbauinspektor« unterstellt. Nachdem Lippert

Hitler 1936 wiederholt Pläne vorgelegt hatte, auf denen die neue Straße nicht die geforderte Breite von 120 Metern – 20 Meter breiter als die Champs-Élysées – besaß, sondern nur 90 Meter, hatte Hitler Speer mit der weiteren Planung beauftragt. »Lippert ist ein Nichtskönner, ein Idiot, ein Versager, eine Null. [...] Mit der Stadt ist nichts anzufangen. Von jetzt an machen Sie den Entwurf«⁴⁰, soll Hitler – Speers »Erinnerungen« zufolge – im Sommer 1936 zu ihm gesagt haben.

Lippert ist es, der Speer am 23. März 1937 – unmittelbar nachdem dieser sich in der Akademie der Künste eingerichtet hat – mit den dringend anstehenden Planungsproblemen der Stadt konfrontiert⁴¹. Der Wohnungsbau in Berlin sei nach der Weltwirtschaftskrise seit 1932 nahezu zum Stillstand gekommen. Wurden 1930 noch etwa 45.000 Neubauwohnungen fertiggestellt, so waren es in den Jahren 1932 bis 1935 nie mehr als 10.000, und erst 1936 war ein leichter Anstieg auf 15.000 Neubauwohnungen zu verzeichnen gewesen. 1937 geht die Stadtverwaltung von einem aufgestauten Bedarf von 100.000 Wohnungen aus. Ein Berliner Wohnungsbauprogramm würde die Herstellung von 30.000 Wohnungen pro Jahr erforderlich machen. Dazu komme noch das Problem, wie für die Mieter aus den von der Stadt geplanten Sanierungsgebieten im Stadtzentrum und den von Speer für die Neugestaltung Berlins vorgesehenen Abrißgebieten Ersatzwohnungen geschaffen werden sollten. Das Problem werde noch dadurch verschärft, daß die geplanten Abrisse zum erheblichen Teil Groß- und Mittelwohnungen, Büros und Läden in besten Lagen betreffen würden.

Speer beauftragt Lippert daraufhin am 26. Juli 1937 mit der Ausarbeitung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms für die nächsten fünf Jahre. In einer Besprechung am 5. Oktober 1937 zwischen G.B.I. – Speer und Stephan –, der Stadt und den möglichen Wohnungsbauträgern – dem Heimstättenamt der deutschen Arbeitsfront (DAF) und der Wohnungsbaugesellschaft GSW, in der die früheren kommunalen Baugesellschaften zusammengeschlossen worden sind – wird beschlossen, daß ein »Generalbebauungsplan

von Berlin für die fernere Zukunft mit rd. 650.000 neuen Wohnungen« ausgearbeitet werden soll. Als erste Sofortmaßnahme sollen dabei zwei Wohngebiete auf dem Schöneberger Südgelände (2.000-3.000 Wohnungen) und dem Gelände Charlottenburg-Nord (4.000 - 5.000 Wohnungen) geplant werden – zwei Areale, für die schon seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg Bebauungspläne für große Wohngebiete aufgestellt worden waren, die jedoch nie verwirklicht werden konnten. Die Gebiete waren seitdem im Besitz der Stadt und wurden als Reserveflächen zur Stadterweiterung durch Kleingärtner genutzt. Mit der Stadtplanung dieser Wohngebiete wird Hans Stephan beauftragt, der sie zusammen mit seinem früheren Kollegen im Stadtplanungsamt des Berliner Magistrats, Gerhard Petrick, bearbeitet. Im Dezember 1937 sind die Planungen der Reichsbahn für den Südbahnhof soweit gediehen, daß die Zahl der abzureißenden Wohnungen feststeht. Es handelt sich um 2.700 vorwiegend Klein- und Mittelwohnungen im Bereich Neukölln und Tempelhof, für die sofort Ersatz geschaffen werden soll. Die rechtliche Handhabe für die Bereichserklärungen durch den G.B.I. und ein damit verbundenes unkompliziertes Enteignungsverfahren regelt das inzwischen, am 4. Oktober 1937, erlassene »Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte«. Speer entscheidet, daß die für die Reichsbahnplanung erforderlichen Ersatzwohnungen in den auf dem Schöneberger Südgelände geplanten Neubauten bereitgestellt werden sollen, Wohnungen, die damit dem Berliner Wohnungsmarkt, für den sie zunächst bestimmt waren, wieder entzogen werden. Die Bebauungspläne für die neuen Wohngebiete in Schöneberg und Charlottenburg genehmigt Speer am 14. Januar 1938.

Zehn Tage später, am 24. Januar 1938, wird das Wohnungsbauprogramm der Stadt Berlin beschlossen, das für 1938 den Bau von 30.000 Wohnungen vorsieht. Mehr Wohnungen können wegen der Lage des Baumarktes – infolge der Inanspruchnahme von Arbeitskräften, Maschinen und Baumaterial vor allem durch Wehrmacht, Organisation Todt und für verschiedene öffentliche Bauten – nicht gebaut werden. Die eine Hälfte soll von der Stadt und der

GSW, die andere von gemeinnützigen und privaten Trägern erstellt werden.

Am 8. März 1938 steht die Gesamtzahl der 1938 in den bisher festgelegten Bereichen zur Neugestaltung abzureißenden Wohnungen fest: 13.000, darunter rund 2.000 Großwohnungen mit vier und mehr Zimmern. Die Frage der Finanzierung von Ersatzwohnungen dieser Größe, die ohne Gesetzesänderungen nicht durch öffentliche Mittel erfolgen kann, ist völlig offen.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Parzellen im Kleingartengebiet Charlottenburg-Nord erst zum Frühjahr 1939 gekündigt und erst danach Neubauten begonnen werden können, treffen am 25. Mai 1938 – unmittelbar vor dem seit langem für den 1. Juni angekündigten Termin für den Beginn der Durchführung des Neugestaltungsprogramms – G.B.I., Stadt und GSW zu einer Krisensitzung zusammen. Die Sitzung bringt keine Lösung, vielmehr werden nur weitere Probleme sichtbar. Es stellt sich heraus, daß die Bezugstermine der 4.500 im Bau befindlichen Wohnungen – darunter auch 2.000 auf dem Schöneberger Südgelände – wegen der Schwierigkeiten bei der Lieferung von Ziegeln und Holz nicht eingehalten werden können. Die Verschiebung verzögert auch den Abriß, weil Ersatzraum nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden kann, und blockiert damit die Durchführung der Neugestaltungspläne. Gänzlich ungeklärt – neben der Frage der Ersatz-Großwohnungen – ist auch die Frage, wie Ersatz für die Büro- und Geschäftsräume in den von Speer bestimmten Räumungsgebieten, in z.T. bester städtebaulicher Lage, geschaffen werden soll.

Die Durchführungsstelle des Generalbauinspektors

Zwei Tage nach der Grundsteinlegung am »Runden Platz«, die den Beginn der Realisierung der Neugestaltung Berlins signalisiert, wird am 16. Juni 1938 mit der »zweiten Verordnung über den Generalbauinspektor der Reichshauptstadt« der bisher bestehenden, von Speer geleiteten Planungsstelle eine Durchführungsstelle zur Seite gestellt. Ihr

Name beschreibt bereits ihre Aufgabe: die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung des Neugestaltungsplans zu schaffen und damit seine Realisierung zu ermöglichen.

Der Einrichtung dieser Dienststelle geht die nun vollständige Übernahme des Hauses Pariser Platz 4 durch den G.B.I. voraus. Im März 1938 hatte die Akademie der Künste die Aufforderung zur Räumung der Ausstellungssäle sowie der restlichen Räume im Vorderhaus und in den Kellern erhalten. Am 27. Juni 1938 gibt der Stellvertretende Präsident der Akademie, Georg Schumann, der Presse bekannt, daß die Akademie *»ihr neues Heim im ehemaligen Kronprinzen-Palais, Unter den Linden 3, bezogen«*⁴² habe. Im Kronprinzen-Palais war früher, bis zur Schließung durch Wissenschaftsminister Rust im Herbst 1936, die Abteilung moderne Kunst der staatlichen Museen untergebracht und Schumanns Beschreibung läßt erkennen, daß sich die Akademie durch den Umzug räumlich verbessert hat: *»Das Palais ist unter sorgfältiger Wahrung des historischen Charakters für Büro- und Ausstellungszwecke der Akademie hergerichtet worden. [...] Die früher als Sammlungsräume der Nationalgalerie dienenden Säle im ersten und zweiten Stockwerk sind für die Ausstellungen der Akademie eingerichtet und mit neuen Wandbespannungen versehen worden. Eine sehr wesentliche Erweiterung erfahren die Ausstellungsräume durch Errichtung eines etwa 150 qm großen Oberlichtsaals, der als Anbau an das Treppenhaus im Hofe des Kronprinzen-Palais für die Akademie errichtet wird und die Ausstellung großer plastischer Werke ermöglicht. Der künftighin der Akademie zur Verfügung stehende Gesamtausstellungsraum kommt dem ihres früheren Hauses am Pariser Platz gleich«*⁴³. Seit April 1939 finden hier die regelmäßigen Frühjahrs- und Herbstausstellungen der Akademie statt, auf denen Bilder und Plastiken zum Verkauf angeboten werden. Die letzte dieser Ausstellungen endet im Juni 1943⁴⁴.

Auch die neue »Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt« wird – wie die Akademie der Künste – durch einen »Präsidenten« geleitet. Dieser honorige Titel

war wahrscheinlich erforderlich, um diesen Posten mit dem 43jährigen Kaufmann Ernst Zörner besetzen zu können, der bereits eine lange politische Karriere hinter sich hatte. Seit 1922 war er in Braunschweig als Propagandist der NSDAP *»schriftstellerisch, organisatorisch und rednerisch«*⁴⁵ tätig, seit 1928 war er Stadtverordneter von Braunschweig, seit 1930 Präsident des Braunschweigischen Landtages (der erste Nationalsozialist als Parlamentspräsident), wo er am 25. Februar 1932 dafür sorgte, daß der »Schriftsteller« Adolf Hitler zum Regierungsrat ernannt wurde, um ihm so die deutsche Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für seine Kandidatur zum Reichspräsidenten zu verschaffen. Nach den Wahlen von 31. Juli 1932 wurde Zörner Reichstagsabgeordneter, seit dem 21. März 1933 Vizepräsident des Reichstages, der sich zwei Tage später mit dem »Ermächtigungsgesetz«⁴⁶ selbst entmachtet hat, und seit Juli 1933 Oberbürgermeister der Stadt Dresden. Er galt dort als Spezialist für Stadtplanung und Organisation. Der Aufbau der Durchführungsstelle, unter der Präsidentschaft Zörners, vollzieht sich kontinuierlich. Ende des Jahres 1938 sind hier 93 Personen, im September 1939, als die Arbeiten wegen des begonnenen Krieges vorerst unterbrochen werden, bereits 212 Personen beschäftigt. Im November 1939, als ihr Aufbau vorerst abgeschlossen ist, wird der Präsident durch zwei Vizepräsidenten, beide Juristen, unterstützt. Vizepräsident Claheß leitet die Abteilungen I bis IV⁴⁷ und Vizepräsident Fränk, neben seiner Rechtsabteilung in der Planungsstelle, die Abteilungen V bis VII⁴⁸. Außerdem ist als Sonderabteilung der Durchführungsstelle noch ein weiteres Planungsbüro eingerichtet worden, das von dem Architekten Ernst Neufert – neben seinem Privatbüro – geleitet wird und dessen Aufgabe darin besteht, einen typisierten und industrialisierten Massenzohnungsbau vorzubereiten. So wird die Durchführungsstelle zunächst in den nach dem Auszug der Akademie der Künste freigewordenen Räumen des Hauses Pariser Platz 4 eingerichtet, aber bereits ab November 1938 wird ein Umzug in die Häuser Pariser Platz 6 und 6a – schräg gegenüber – durchgeführt. Zwischen Oktober 1938 und

Mai 1939 werden in den oberen Stockwerken des Hauses Nr. 6 insgesamt 32, im ersten und zweiten Stock des Hauses 6a 22 Räume durch den G.B.I. angemietet⁴⁹. Die Bauleitungsabteilung für die Große Halle wird als Außenstelle im Haus Alsenstraße 3, die im Januar 1939 gebildete und für Wohnungsfragen zuständige Abteilung IV zunächst im Reichstag untergebracht. Erst im Oktober 1939 – nach Anmietung weiterer Räume in den beiden genannten Häusern sowie des mit dem Gebäude Pariser Platz 6a verbundenen Hauses Hermann-Göring-Straße 24, können alle Abteilungen der Durchführungsstelle räumlich zusammengefaßt werden.

Die Idee der »zwangsweisen Ausmietung von Juden«

Neben der Vorbereitung der Bauarbeiten an der durch das Privatbüro Speers geplanten und vorrangig zur Durchführung ins Auge gefaßten »Großen Halle« im Spreebogen, wozu auch die Planung und Errichtung der »Arbeiterstadt Große Halle« in Spandau gehört – eine städtebauliche Mischung zwischen Gartenstadt und Arbeitslager, die bis zum weitgehenden Abriß in den 80er Jahren durch das evangelische Waldkrankenhaus genutzt worden ist –, obliegt der Durchführungsstelle vor allem die Vorbereitung des Abrisses in den für die Neuplanung vorgesehenen Gebieten. Der Abriß ist aber abhängig von der Bereitstellung entsprechender Ersatzwohnungen. Das besondere Problem liegt nach wie vor in der Beschaffung von großen Wohnungen, Geschäfts- und Büroräumen. Als sich abzeichnet, daß die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister über eine Finanzierung der Ersatz-Großwohnungen zu keinem positiven Ergebnis führen, entwickelt Speer einen folgenreichen und gänzlich neuartigen Plan. Er stellt ihn in einer Besprechung der G.B.I. mit dem Hauptplanungsamt der Stadt Berlin am 14. September 1938 erstmalig vor. Das von Gerhard Petrick unterzeichnete Protokoll vermerkt: *»Hinsichtlich des Baus von Mittel- und Großwohnungen entwickelte Prof. Speer einen Vorschlag, der darauf abzielt, die erforderlichen Großwohnungen durch zwangsweise*

Ausmietung von Juden freizumachen. Es würde dann erforderlich sein, statt der 2.500 Großwohnungen schätzungsweise 2.700 Kleinwohnungen zu schaffen. [...] Diese Kleinwohnungen würden am besten in einem geschlossenen Block der GSW den jüdischen Familien zur Verfügung gestellt werden. - Die Überlegungen des Generalbauinspektors gingen davon aus, daß für die Errichtung von 2.500 Großwohnungen ein Betrag von rund 67,5 Millionen RM mit einer vermutlich von den Abrißträgern aufzubringenden Spitzenfinanzierung von rund 18 Millionen RM erforderlich seien. Die 2.700 Kleinwohnungen erfordern nur einen Aufwand von 24,5 Millionen RM und bedürften eines entsprechend geringeren Betrages für die Spitzenfinanzierung. Außerdem ist die Finanzierung der Kleinwohnungen bereits gesichert; mit ihrem Bau könnte im Frühjahr begonnen werden. Damit ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß Ausgang des Sommers 1939 die Großwohnungen verfügbar werden, sehr viel größer, als wenn erst im Frühjahr mit dem Bau von Großwohnungen begonnen würde. Als weitere begrüßungswerte Erleichterung ist anzusehen, daß die durch Freimachung gewonnenen Großwohnungen sowohl hinsichtlich der Raumgrößen als auch hinsichtlich der Mieten den Erfordernissen einer Unterbringung von Abrißmietern sehr viel näher kommen. Prof. Speer bat in diesem Zusammenhang um Feststellung, wieviel Mittel- und Großwohnungen in Berlin von Juden besetzt sind.«⁵⁰

Daß es sich bei diesem Vorschlag um eine authentische Speer-Idee handelt, belegt die nachfolgende Bemerkung im Protokoll: *»Dieser Vorschlag ist streng vertraulich zu behandeln, da Prof. Speer zunächst die Auffassung des Führers erkunden will. Danach würden die erforderlichen gesetzlichen Handhabungen zu schaffen sein.«⁵¹*

Die »gesetzlichen Handhabungen« werden geschaffen: Die mit der 4. und 5. Verordnung zum »Reichsbürgergesetz« erlassenen Berufsverbote für jüdische Ärzte zum 30. September, für jüdische Anwälte zum 30. November 1938 und, im Januar 1939, für jüdische Zahn- und Tierärzte betreffen Bewohner und gewerbliche Nutzer großer Woh-

nungen. Nachdem am 28. Oktober 1938 etwa 15.000 bis 17.000 »staatenlose«, zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland lebende, frühere polnische Juden aus Deutschland ausgewiesen worden sind, nimmt Hitler das Attentat, das Herschel Grynszpan – 17-jähriger Sohn einer dieser Familien – auf den deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris verübt, zum Vorwand für ein Pogrom gegen die gesamte jüdische Bevölkerung in Deutschland. In einem geheimen Fernschreiben vom 9. November 1938 an alle Stapo(leit)stellen informiert der Gestapo-Amtsleiter Heinrich Müller über die geplanten Aktionen und ordnet an, daß diese durch die Polizei nicht zu stören seien. Eine weitere seiner Anordnungen bezieht sich wiederum auf Bewohner von Großwohnungen: »*Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20-30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.*«⁵²

Es waren vorwiegend SA-Schlägertrupps, die in der berüchtigten »Reichskristallnacht« vom 9. November 1938 in ganz Deutschland jüdische Geschäftshäuser und Synagogen zerstörten und brandschatzten. Als Bilanz dieser einzigen Nacht, deren Name auf das zerbrochenen Kristallglas der Schaufensterscheiben zurückgeht, ist festzuhalten: 91 Juden, meist Geschäftsleute, wurden getötet, 29 jüdische Warenhäuser durch Feuer vernichtet, 171 Wohnhäuser und 101 Synagogen zerstört oder abgebrannt, 7.500 Geschäfte verwüstet, 35.000 Juden im gesamten Reich zusammengetrieben und vorübergehend in Konzentrationslager gebracht. Um einem schrecklichen Schicksal zu entgehen, können sie sich anschließend auf Anweisung Görings mit hohen Summen »freikaufen«.

Nachdem sich herausstellt, daß viele der zerstörten Läden von Juden nur gepachtet sind, jedoch »arische« Besitzer haben, verordnet Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan am 12. November 1938 »den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit« eine Kontribution von einer Milliarde Reichsmark an die Staatskasse⁵³. Gleichzeitig wird angeordnet, daß zur »Wiederherstellung des Straßenbildes« jüdische Geschäftsbetriebe die angerich-

teten Schäden aus eigener Kasse zu reparieren hätten. Die ebenfalls am 12. November 1938 erlassene Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben führt zur Schließung aller jüdischen Geschäfte.⁵⁴

Am 17. November 1938 übergibt die Durchführungsstelle Speer eine Liste, die einen Überblick über die Zahl der benötigten Ersatzwohnungen gibt: 1938 sind bereits 7.000 Wohnungsabrisse durchgeführt worden, in den folgenden elf Jahren bis 1950 – bis dahin sollte die »Neugestaltung« abgeschlossen sein – werden voraussichtlich 30.000 weitere erforderlich, dazu kommen noch 25.000 durch die Reichsbahn: zusammen also 62.000 Wohnungsabrisse bis 1950, jedoch nur im Bereich der Südachse. Fest stehen bereits die erforderlichen Abrisse in den folgenden beiden Jahren: 1939 werden es 12.200 sein, 1940 dann 10.800. An »Judenwohnungen« sind in Berlin dagegen schätzungsweise 40.000 Wohnungen vorhanden, davon allein 25.000 Groß-Wohnungen. Die Liste gibt gleichzeitig das Scheitern des Wohnungsbauprogramms 1938 wieder. Anstatt der geplanten 30.000 können nur 12.000 Wohnungen fertiggestellt werden. Dessenungeachtet sieht das Programm für 1939 erneut den Bau von 30.000 Wohnungen vor⁵⁵.

Am 26. November 1938, zweieinhalb Wochen nach der »Reichskristallnacht«, informiert Göring, als Beauftragter für den Vierjahresplan, Speer über die neuen Rechte, die ihm zugesprochen werden sollen: In den neuzuerlassenden »*Vorschriften über die Arisierung der Grundstücke und über die Entfernung der Juden aus Wohnungen, Läden, Speichern usw. arischer Vermieter ist vorzusehen, daß dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt ein Vorkaufsrecht, bzw. die Entscheidung über die erste Neuvermietung oder Neuverpachtung eingeräumt wird.*«⁵⁶ Eine Abschrift dieses Schreibens geht gleichzeitig als Auftrag dem Reichsjustiz- und dem Innenministerium zu. Die erste der angekündigten Vorschriften ergeht bereits am 13. Dezember 1938 als »Verordnung über die Zwangsveräußerung jüdischer Gewerbebetriebe, Geschäfte usw.«, wonach jüdisches Eigentum zu Spottpreisen zwecks »Arisierung« verkauft werden muß. Der Erlös, der auf Sperrkonten zu

zahlen ist, wird später durch das Deutsche Reich konfisziert. Im Tätigkeitsbericht der Durchführungsstelle des G.B.I. vom 6. Januar 1939 findet die Durchführung dieser Verordnung ihr lapidares Echo: *»Arisierung. - In Berlin sind im Schnellverfahren die in Betracht kommenden Einzelhandelsunternehmen im wesentlichen arisiert worden. Im Einvernehmen mit Gauwirtschaftsberater, Stadt und Wirtschaftskammer sind bei der Übernahme geeignete Abrißmieter berücksichtigt. - Ermittlung bezüglich freiwerdender Großwohnungen von Juden im Gange. Zahl der erforderlichen Großwohnungen und der evtl. hierfür benötigten Mittel kann noch nicht angegeben werden.«*⁵⁷

Das Problem der Ersatzraumbeschaffung für Läden und Geschäftsräume scheint damit gelöst. Das Hauptproblem aber, die Beschaffung von Ersatzraum für »Abrißmieter« von Großwohnungen, wird durch die seit Januar 1939 getroffenen Maßnahmen angegangen, und zwar auf eine Weise, die die ursprünglich beabsichtigte Bereitstellung von Kleinwohnungen durch den G.B.I. überflüssig macht.

Die bereits genannten Verordnungen zur Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben sind Teil einer Serie von Gesetzen und Verordnungen, die insgesamt auf eine Vertreibung der Juden aus Deutschland zielen. Zum 1. Januar 1939 werden allen Juden die Zwangsvornamen »Israel« und »Sara« verordnet⁵⁸, ihre Reisepässe werden am 5. Oktober 1938 mit einem »J« gekennzeichnet, jüdische Kinder seit dem 15. November 1938 vom allgemeinen Schulbesuch ausgeschlossen und jüdische Studenten Anfang Dezember von den Universitäten verwiesen. Am 3. Dezember werden alle Führerscheine von Juden für ungültig erklärt⁵⁹ und gleichzeitig in Berlin Teile der Wilhelmstraße und der Allee Unter den Linden bis zum Brandenburger Tor, die direkte Umgebung des Regierungszentrums, mit einem »Judenbann«⁶⁰ belegt. Ziel der Maßnahmen ist es, die Auswanderungsrate von Juden, die nach den Ausschreitungen des Jahres 1933 zunächst schlagartig angestiegen, danach aber wieder zurückgegangen war, wieder drastisch zu erhöhen. Die gezielte Vertreibung soll künftig über die am 24. Januar 1939 auf Anordnung

Görings gegründeten »Reichszentrale für jüdische Auswanderung« organisiert werden. Mit ihrer Leitung wird der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD), der SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, beauftragt. Die Aufgaben dieser neuen Behörde beschreibt Heydrich drei Jahre später im Protokoll der »Wannseekonferenz«, auf der sein Plan zur »Endlösung der Judenfrage« beschlossen wird: *»Sie hatte insbesondere die Aufgabe a) alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen, b) den Auswandererstrom zu lenken, c) die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen. Das Aufgabenziel war, auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern. Über die Nachteile, die eine solche Auswanderungsforcierung mit sich brachte, waren sich alle Stellen im klaren. Sie mußte jedoch angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten vorerst in Kauf genommen werden. [...] Die Finanzierung der Auswanderung erfolgte durch die Juden bzw. jüdisch-politischen Organisationen selbst. Um den Verbleib der verproletarisierten Juden zu vermeiden, wurde nach dem Grundsatz verfahren, daß die vermögenden Juden die Abwanderung der vermögenslosen Juden zu finanzieren haben; hier wurde, je nach Vermögen gestaffelt, eine entsprechende Umlage bzw. Auswanderungsabgabe vorgeschrieben, die zur Bestreitung der finanziellen Obliegenheiten im Zuge der Abwanderung vermögensloser Juden verwandt wurde.«*⁶¹

Um dieses Verfahren reibungslos abwickeln zu können, wird am 4. Juli 1939 durch die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« als rechtsfähiger Verein gegründet⁶². Diese »Reichsvereinigung«, der alle »Rassejuden« als Zwangsglieder angehörten, trat an die Stelle der einstigen, selbstgewählten »Reichsvertretung der Juden in Deutschland«. Den traditionellen jüdischen Kultusvereinigungen und Gemeinden war ihr Status als Körperschaften öffentlichen Rechts bereits am 28. März 1938 gesetzlich entzogen worden.

Der Erfolg der Terrormaßnahmen, welche die Aus-

wanderung erzwingen sollen, spiegelt sich in den geschätzten Zahlen der sowohl legalen wie auch illegalen jüdischen Emigranten aus Deutschland: Im Jahre 1933 waren es 37.000, die Zahlen in den folgenden vier Jahre lagen dann zwischen 21.000 bis 25.000. 1938 verdoppelte sich die Zahl auf fast 40.000; ihren Höhepunkt erreichte die Emigrantenquote aber 1939 mit 78.000 Personen. 1940, nachdem die meisten Grenzen für deutsche Auswanderer geschlossen wurden, waren es noch 15.000, 1941 dann 8.000. Nach dem offiziellen Auswanderungsverbot⁶³ gelang es in der Zeit zwischen 1942 und 1945 schließlich noch 8.500 Juden, zumeist illegal, Deutschland zu verlassen.

Neben der »Reichszentrale für jüdische Auswanderungen« unter Heydrich wird bei der Durchführungsstelle des G.B.I. ein neues Referat eingerichtet, dessen Aufgabe im Tätigkeitsbericht vom 1. Februar 1939 beschrieben wird: »Die Erfassung und Vermietung jüdischer Wohnungen, Gewerbe- und Industrie-Räume in arischem Besitz erfordern die Errichtung eines besonderen Referats bei der Durchführungsstelle, das Senator a.D. Batzer übertragen wurde, und das ebenfalls zur Abteilung II gehört. - Da die gegenwärtig der Durchführungsstelle in den Grundstücken Pariser Platz 6/6a zur Verfügung stehenden Räume bereits voll beansprucht werden, mußte das Referat anderweitig untergebracht werden. Die Dienststelle wird ihre Arbeit für die nächste Zeit im Reichstagsgebäude führen. - Die Verhandlungen mit dem Reichsjustiz- und Reichsarbeitsministerium über die Lockerung des Mieterschutzes und die Erfassung des aus Mietverhältnissen mit Juden freiwerdenden Raumes sind abgeschlossen.«⁶⁴ – Der Leiter des neuen Referats II/4 war bisher Senator der Freien Stadt Danzig und heißt Paul Batzer.

Die zweite, am 26. November 1938 von Göring versprochene Verordnung, an der der G.B.I. seitdem mitgearbeitet hat, ergeht am 8. Februar 1939. Sie regelt, daß die Erstvermietung der künftig frei werdenden »Judenwohnungen« durch den G.B.I. zu genehmigen sei und diese vorerst den »Abrißmietern« aus den Räumungsbereichen vorzubehal-

ten seien.⁶⁵ Der Tätigkeitsbericht der Durchführungsstelle für den Monat Februar vermerkt dazu: »Erfassung und Neubesetzung der durch Juden freigewordenen Räume: Durch die Verordnung zur Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin und der Hauptstadt der Bewegung München vom 8. Februar 1939 ist die Möglichkeit geschaffen, die bisher von Juden besetzten Räume im arischen Grundbesitz zu erfassen. - Unsere Durchführungsverordnung vom gleichen Tage vereinfacht durch eine allgemeine Genehmigung das Verfahren. Die Verfahrensgrundsätze sind eingehend mit den städtischen Dienststellen besprochen und haben sich bisher im wesentlichen bewährt. - Die Menge der gemeldeten Wohnungen läßt hoffen, daß ein wesentlicher Teil der Abrißmieter – auch soweit die Räumungstermine noch später liegen – untergebracht werden kann. Allerdings ist bisher noch keinerlei Überblick darüber möglich, in welchem Umfange die angebotenen Wohnungen von den Abrißmietern in Anspruch genommen worden sind. - Zum Zwecke der Erfassung der freien bzw. freiwerdenden Judenwohnungen für die Unterbringung der Abrißmieter wurde am 24. Januar 1939 das Referat II/4 angeordnet. [...] Bisheriger Anfall an Meldungen: 1.) Wohnungen: 560; 2.) Laden- und Ausstellungsräume: 221; 3.) Industrieräume: 12; 4.) Büro- und Großhandelsräume: 77.«⁶⁶

Im Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der Durchführungsstelle vom 12. März 1939 heißt es: »Der Personalbestand erhöhte sich im Monatsmonat um 11 Arbeitskräfte auf 121, gegenüber 110 im Vormonat. An der Personalvermehrung ist am stärksten mit einem Zuwachs von 5 Arbeitskräften das Referat II/4 – Erfassung und Neubesetzung der durch Juden freigewordenen Räume – beteiligt, weil bei dieser Stelle die Dienstgeschäfte aus naheliegenden Gründen sprunghaft zunehmen. - Über die gemeldeten Wohnungen werden wöchentlich Wohnungslisten herausgegeben, die an die Abrißmieter ausgegeben werden.«⁶⁷

Neben dem Erlaß des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden werden die Berliner Wohnungsämter am 30. April 1939 durch eine Anordnung des Oberbürgermeisters Lippert angewiesen, Listen über alle von Juden bewohnten

Wohnungen in Häusern mit jüdischen Eigentümern anzufertigen⁶⁸. Drei Wochen später, am 17. Mai 1939, wird nach sechs Jahren wieder eine umfassende Volks-, Berufs- und Betriebszählung in ganz Deutschland durchgeführt, die u.a. eine genaue Erfassung der »nichtarischen Bevölkerung« ergeben soll. In den Volkszählungen bis 1933 waren bisher nur sogenannte »Glaubensjuden« erfaßt worden, indem nach der Religionszugehörigkeit gefragt wurde. Bei der Volkszählung vom Juni 1933 hatte es bereits eine Sonderzählung für Juden gegeben, die auch die Geburtsorte erfaßte, und eine Sonderauswertung des statistischen Reichsamtes, aufgrund der die geographische Verteilung der »Glaubensjuden« im Reichsgebiet beschrieben werden konnte. Die Zählung hatte unter anderem ergeben, daß »die Hauptmasse der Glaubensjuden in den Großstädten« wohnte – davon allein ein Drittel in Berlin – und der Berliner Bezirk Wilmersdorf mit 26.000 Personen oder einem Anteil von 13,54% »die stärkste Durchsetzung mit Juden« aufwies⁶⁹. Mit der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 war festgelegt worden, wer als »Jude« zu gelten hatte – differenziert in »Geltungs-jude«, »Voll-«, »Halb-« oder »Vierteljude«.

Den Haushaltungslisten der am 17. Mai 1939 durchgeführten Volkszählung wurde nun erstmalig eine gemeinsam vom Sicherheitsdienst, der Ordnungspolizei und dem Statistischen Reichsamt ausgearbeitete »Ergänzungskarte« beigegeben, in der nach der Abstammung gefragt wurde. Es war unter anderem die Frage zu beantworten, ob einer der vier Großeltern Jude war. Mit diesen Karten wurde beim Statistischen Reichsamt die sogenannte »Volkstumskartei« angelegt, in der die einzelnen Karteikarten durch aufgesteckte farbige Reiter gekennzeichnet wurden. War beispielsweise über der Nummer 14 der am oberen Rand aufgedruckten Zahlenreihe ein viereckiger schwarzer Reiter aufgesteckt, enthielt die »Volkskarteikarte« Angaben über einen Juden. Auf dieser Grundlage wurden zwei Namenslisten angefertigt: eine für den Sicherheitsdienst, der bisher mit nur mäßigem Erfolg an einer Reichskartei der Juden und jüdischen Mischlinge gearbeitet hatte und wo seit

Oktober 1939 Adolf Eichmann das »Judenreferat« aufbaute, eine zweite, ein nach Berufen gegliedertes Personenregister, das der Wehrmacht zum »optimalen Menschen-einsatz« in dem bevorstehenden Krieg dienen sollte.

Die Volkszählung von 1939 ergibt, daß mehr als zwei Drittel der 330.892 im Deutschen Reich lebenden Juden in zehn Großstädten leben. Über die Hälfte der Reichsjuden lebten in zwei Städten: in Wien 91.480 und in Berlin 82.788. Als nächstgrößtes städtisches Zentrum folgt dann mit großem Abstand Frankfurt am Main mit 14.461 jüdischen Einwohnern.⁷⁰

Paul Batzer, der Leiter der Abteilung II/4 der Durchführungsstelle, erkennt sofort die Möglichkeiten, die »Judenkartei« des G.B.I. aufgrund des neugewonnenen statistischen Materials zu perfektionieren. Seit Bestehen seiner Abteilung sind bisher 3.462 »Judenwohnungen« in nichtjüdischem Hausbesitz erfaßt, wovon 3.030 bereits geräumt und neu vermietet wurden. In seinem Bericht vom 14. Juni 1939 legt er seine Überlegungen dar: »Durch die augenblicklich laufende statistische Erhebung der noch in arischem und jüdischem Besitz wohnenden Judenfamilien ist es in absehbarer Zeit möglich, genaue Unterlagen über den vorhandenen jüdischen Wohnraum zu erhalten. Hierbei wirft sich die Frage auf, inwieweit über den vorhandenen Bestand an Judenwohnungen in arischem Besitz auch auf den jüdischen Grundbesitz zurückgegriffen werden muß. Bei der Betrachtung dieser Frage kommt vorläufig nur der jüdische Grundbesitz, der in den von Juden freizumachenden Bezirken liegt, in Frage. In diesen Bezirken muß – um eine allmähliche Entjudung zu erwirken – jede freiwerdende Judenwohnung nur von Ariern besetzt werden. Es ist zu überlegen, ob diese Wohnungen nicht gleich den Judenwohnungen im nichtjüdischen Besitz nicht auch von uns erfaßt und für Abrißmieter verwandt werden sollen. - Wir erhalten dadurch nicht nur ein größeres Kontingent an verfügbaren Wohnungen, sondern halten länger aus und haben die Entjudung dieser – vom Generalbauinspektor festgesetzten Gebiete – fest in der Hand. - Nach statistischer Erfassung dieser Gebiete durch die Stadtverwaltung

dürfte eine genaue Übersicht möglich sein. Die Zusammendrängung der Juden in den anderen Gebieten ist dann klar zu übersehen, und eine Erweiterung der freizumachenden Bezirke nach Verbrauch der Judenwohnungen kann dann planmäßig und erfolgreich durchgeführt werden. - Hand in Hand müßte die Arisierung des jüdischen Grundbesitzes - vornehmlich in den zu entjudenden Bezirken - vor sich gehen.«⁷¹

Die Meldekarte, mit der Vermieter »freie oder freiwerdende Wohnungen jüdischer Mieter« dem G.B.I. melden müssen, enthält auch das Merkmal »arischer« oder »jüdischer Grundbesitz« und zeigt, daß der Vorschlag von Batzer angenommen worden ist.

Der Tätigkeitsbericht der Durchführungsstelle des G.B.I. für die Monate April bis Juni 1939 vermerkt, daß inzwischen der Aufgabenkreis der Abt. II/4, die bisher nur freiwerdende Wohnungen erfaßt hat, durch die Anordnung der statistischen Erfassung aller noch in arischem Besitz befindlichen »Judenwohnungen« erweitert worden ist, und daß sie Ende Mai vom Reichstag in die neugemieteten Räume im Haus Hermann-Görling-Straße 24⁷² - in unmittelbarer Nachbarschaft zum Haus Pariser Platz 6a - umgezogen ist. Das Protokoll vermerkt auch, daß mehr Großwohnungen freigeworden sind, als für die »Abrißmieter« benötigt wurden, und es dadurch möglich war, »den Anforderungen der staatlichen Dienststellen nach Wohnungen für versetzte Offiziere und Beamte entgegenzukommen«⁷³.

Aus den am 19. Juli 1939 für den »Führer-Bericht« Speers von der Durchführungsstelle zusammengestellten Unterlagen geht hervor, daß auch die bisherigen Maßnahmen die »Schwierigkeiten bei der Räumung und Freimachung der Bereiche« nicht lösen konnten: »Die termingemäße Räumung der Bereiche hängt ausschließlich von der rechtzeitigen Bereitstellung des Ersatzraumes ab. Bei der augenblicklichen Raumnot in Berlin ist es, von Einzelfällen abgesehen, in der letzten Zeit nicht mehr möglich gewesen, die einzelnen Bereiche fristgemäß zu räumen. Dabei ist festzustellen, daß sich die Raumnot in der letzten Zeit erheblich verschärft hat. [...] Durch die Erfassung der von Juden

Meldung freier bzw. freiwerdender Wohnungen jüdischer Mieter

arischer, jüdischer Grundbesitz.

(Nichtzutreffendes ist zu streichen.)*

V. altungsbezirk:

1. Lage der Wohnung: Ort:

Straße: Nr. Vordhs. Seitfl. Qgeb. Stock

2. Anzahl der Räume: Zimmer, Küche, Kammer, Mädchenzimmer, Bad, Toilette, Boden, Keller, sonstiges Zubehör:

3. Ofenheizung, Warmwasser, Zentralheizung, Fahrstuhl*)

4. Monatl. Miete: R.M.

5. Räumungs- bzw. Vermietungstermin:

6. Name des jüd. Mieters:

7. Anschrift des Vermieters:

Fernruf:

B. 1, den 19.....

(Unterschrift des Vermieters)

Das rosafarbene Formular der Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt aus dem Jahre 1939, mit dem Vermieter das Freiwerden von »Judenwohnungen« melden mußten

geräumten Wohnungen in Altbauten ist eine spürbare Entlastung eingetreten und nur dadurch die bisherige Räumung einzelner Bereiche zu erklären. Trotzdem ist eine fortlaufende Verknappung des Wohnraumes durch Umwandlung in Büro- und Gewerberaum festzustellen.«⁷⁴

Diese Verknappung steht in direkter Beziehung zu den unmittelbaren Kriegsvorbereitungen und dem steigenden Raumbedarf durch die Militärbehörden. Ebenso kann durch den Abzug von Arbeitskräften sowie wegen der Lieferschwierigkeiten für Baustoffe und der Kontingentierung von Eisen – vor allem zugunsten der von Speers Nachbarn Fritz Todt geleiteten »Organisation Todt«, die den »Westwall« baute – auch das Wohnungsbauprogramm für 1939 nicht eingehalten werden: Die Wohnungen auf dem Schöneberger Südgelände werden nicht, wie geplant, zum 1. April, sondern erst zum 1. August 1939 bezugsfertig. Zur Beseitigung der bestehenden »Ersatzraum-Schwierigkeiten« schlägt die Durchführungsstelle neben der zügigen Durchführung des Ersatzwohnungsbauprogramms und des Umbaus von Läden in Wohnungen »die weitere Erfassung des Judenwohnraumes im Zuge der Durchführung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden durch Förderung der Auswanderung und Zusammenziehung der Juden in einzelne Grundstücke«⁷⁵ vor.

Im September 1939 erläßt Speer, unmittelbar nach dem Überfall deutscher Truppen auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg auslöst, einen generellen Abrißstopp, damit alle Kräfte für die Durchführung des Krieges mobilisiert werden können. Nur im Bereich des »wehrpolitisch« wichtigen Bahnhofbaus im Süden Berlins wird weitergearbeitet. Zur Frage der Abrißbereiche und der Ersatzwohnungen wird zwischen Vizepräsident Claheß und dem Hauptplanungsamt der Stadt Berlin am 4. September 1939 vereinbart: »Durch das Hauptplanungsamt der Stadt Berlin wird den Abrißmietern mitgeteilt, daß zufolge der derzeitigen außenpolitischen Verhältnisse ein Abbruch von Grundstücken im Rahmen der Neugestaltung der Reichshauptstadt nicht weiter durchgeführt wird. Demzufolge können die sogenannten Abrißmieter weiterhin in ihren bisherigen Wohnungen bzw. Grundstücken verbleiben. [...] Eine zwangsweise Heraussetzung der Juden aus ihren jetzigen Wohnungen ist nicht beabsichtigt. Zuzufolge der jetzigen außenpolitischen Verhältnisse müssen unter Umständen die Juden weiterhin in ihren jetzigen Wohnungen verbleiben, da sie aus Deutschland nicht

auswandern können. Somit werden die Meldungen freierwerdender Judenwohnungen in Kürze zwangsläufig unterbleiben.«⁷⁶

Die Registrierung der »Judenwohnungen« geht dessen ungeachtet weiter. Es wird nun nach dem Urmaterial der Volkszählung ein Register sämtlicher von Juden bewohnten Wohnungen Berlins angelegt, unterschieden danach, ob die Häuser, in denen sie liegen, sich in »arischem« oder jüdischem Besitz befinden. Die Häuser in »arischem« Besitz müssen, soweit sie in den »Bereichen« liegen, vor dem geplanten Abriß durch die Stadt aufgekauft, die sogenannten »Judenhäuser« sollen dagegen entschädigungslos enteignet werden.

In Berlin leben Ende 1939 noch etwa 82.000 Juden. Ihre Auswanderung wird – wenn auch durch die Bedingungen des Krieges eingeschränkt – weiterhin durch Heydrichs Reichszentrale organisiert, die dadurch als freiwerdend gemeldeten Wohnungen durch die Abteilung II/4 des G.B.I. erfaßt und den Abrißmietern als Ersatzwohnungen angeboten. Da es der Reichsvereinigung der Juden wegen der kriegsbedingten Schließung der Grenzen zunächst nicht mehr und ab Sommer 1940, nach der Besetzung Frankreichs, nur in geringem Umfang gelingt, Schiffsüberfahrten für die Emigranten – vor allem nach Amerika – zu organisieren, wächst die Zahl der Juden bald an, die auf ihre Ausreisemöglichkeit warten. Damit ihre als freiwerdend gemeldeten Wohnungen neu vermietet werden können, stellt die Stadt dem G.B.I. zur vorläufigen Unterbringung von etwa 220 jüdischen Auswandererfamilien im Februar 1940 einige für den Abriß erworbene und bereits unbewohnte Häuser in Schöneberg, in der Großgörschen- und Katzlerstraße, zur Verfügung⁷⁷.

Die ersten Zwangsräumungen

Nach den ersten, im August 1940 einsetzenden Bombenangriffen der Royal Air Force auf Berlin kommen neue Aufgaben hinsichtlich Luftschutzbau und Reparatur von Bombenschäden auf den G.B.I. zu. Mit dem »3. Erlaß über

einen Generalbauinspektor vom 18. Oktober 1940« werden die bisher selbständig organisierten Dienststellen des G.B.I. zusammengefaßt und der Führung Speers unterstellt. Diese Neuorganisation wird möglich, nachdem Präsident Zörner Anfang des Jahres 1940 um seine Versetzung nach-gesucht hatte. Zörner nimmt das Angebot des Generalgouverneurs Hans Frank wahr und übernimmt als Gouverneur einen der vier Distrikte des »Generalgouvernements«, dem nicht ins Reich eingegliederten süd-östlichen Teil des besetzten Polens. Zörner wird Gouverneur des Distrikts Lublin. In Lublin richtet er im März 1941 das berüchtigte Großghetto ein, die Durchgangsstation für das am Stadtrand errichtete Vernichtungslager Maidanek.

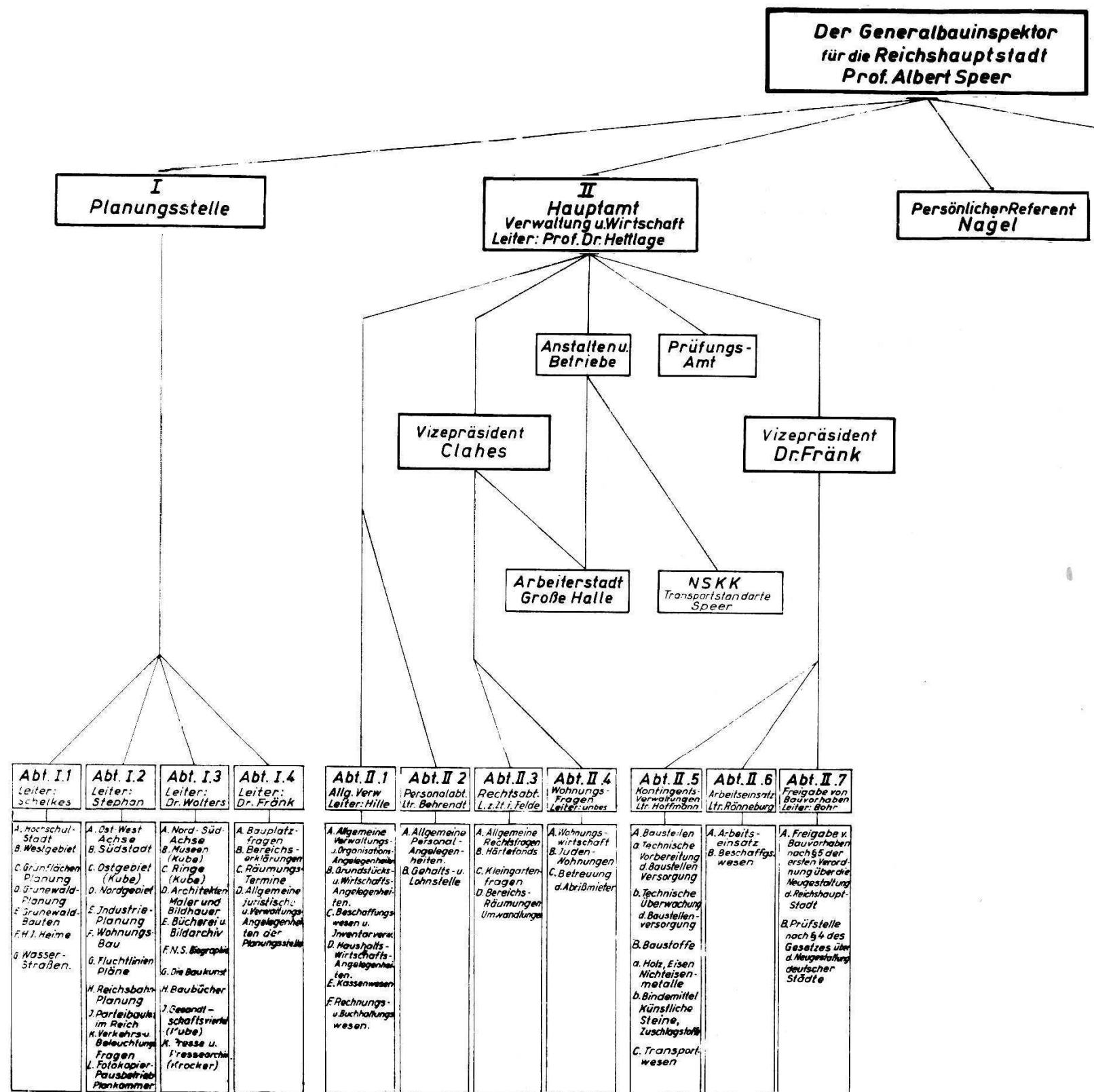
Nachfolger Zörners wird auf Wunsch Speers der frühere Stadtkämmerer von Berlin (1934-1938) und Vorstandsmitglied der Commerzbank (1938-1951), Prof. Dr. Karl Maria Hettlage, ein Jurist und SS-Hauptsturmführer, der als Spezialist für Staats-, Verwaltungs-, Finanz- und Steuerrecht gilt. Unter seiner Präsidentschaft wird die Dienststelle des G.B.I. neu strukturiert. Nach zweimonatiger Vorbereitung unterschreibt Hettlage am 12. November 1940 die erste gedruckte Geschäftsordnung des G.B.I.^{77a}. Unter anderem enthält sie die neue Verwaltungsgliederung des G.B.I. in drei Hauptämter: das Hauptamt I (die Planungsstelle unter Leitung des G.B.I. Speer, der sein eigener Vorgesetzter ist), das Hauptamt II Verwaltung und Wirtschaft, unter Leitung des Präsidenten Prof. Dr. Hettlage, und das Hauptamt III, die Generalbauleitung, unter Reichsbaurat Prof. Brugmann. Die Hauptämter sind wiederum untergliedert in Hauptabteilungen, Abteilungen, Referate und Sachgebiete.

Die Abteilung II/4 der ehemaligen Durchführungsstelle, wo unter Leitung von Paul Batzer seit 1939 die »Judenkartei« aufgebaut worden ist, heißt jetzt »Abt. II/4 Wohnungsfragen« und wird neu besetzt durch Abteilungsleiter O. Schmidt. Außer für die »Judenwohnungen« ist er zuständig für Wohnungswirtschaft und Betreuung der »Abrißmieter«. Er arbeitet eng zusammen mit dem Leiter der Rechts- oder »Räumungsabteilung« II/3, Paul Mietzner,

der dort u.a. für die Bereichsräumungen und Wohnungsumwandlungen zuständig ist. Beide Abteilungen unterstehen wie bisher dem Vizepräsidenten Clahe.

Eine der ersten Aufgaben, die dem Hauptamt II unter Hettlage übertragen wird, ist die Durchführung der ersten Zwangsräumungsaktion von »Judenwohnungen«. Es handelt sich dabei um eine bisher im Reichsgebiet noch nicht praktizierte Aktion, zu deren Durchführung bisher kein schriftlich formulierter Plan gefunden werden konnte. Wir konnten in den Akten des G.B.I. noch kein Dokument finden, das belegen könnte, wann und von wem diese Aktion angeordnet worden ist. Wohl aber existiert das von seinem Privatbüro am Obersalzberg bei Berchtesgarden aufgegebene Fernschreiben Speers vom 27. November 1940 an Clahe mit der Nachfrage nach dem Verlauf der Aktion: »Was macht die Aktion der Räumung der 1.000 Juden-Wohnungen? Besonders Räumung Lichtenstein-Allee?«⁷⁸ (In diesem Gebiet am Südrand des Tiergartens sind die Bauten der Dänischen, Schweizerischen und der Spanischen Botschaft geplant.)

Die Durchführung dieser »zwangsweisen Ausmietung von Juden«, deren Grundidee Speer bereits zwei Jahre zuvor in der G.B.I.-Besprechung vom 14. September 1938 geäußert hatte und die jetzt in die Zuständigkeit von Hettlage und Clahe fällt, sieht ein Umsetzungsverfahren vor, mit dem mehrere Probleme gleichzeitig gelöst werden sollen: die Bereitstellung von »Katastrophenwohnungen« für die durch die Bombenangriffe obdachlos gewordenen Berliner, die freie Verfügbarkeit über die in den »Bereichen« liegenden »Abrißhäuser« und die Konzentration von Juden in sogenannten »Judenhäusern«, die sich in jüdischem Besitz befinden. Die Durchführung dieses Plans ist Gegenstand einer Besprechung, die Hettlage am 28. Januar 1941 in den Räumen des G.B.I. angesetzt hat und zu der Vertreter der Stadt, des Hauptliegenschaftsamtes, des Berliner Haus- und Grundbesitzer-Vereins, des Reichssicherheitshauptamtes, der Gauleitung der NSDAP, der Schutzpolizei sowie des Polizei-Präsidiums geladen wurden⁷⁹. Das Hauptamt II (Verwaltung und Wirtschaft) des G.B.I. ist außer durch



Der neue Organisationsplan des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt
vom 15. Dezember 1940

**Der Generalbauinspektor
für die Reichshauptstadt
Prof. Albert Speer**

**Persönlicher Referent
Nagel**

**III
Generalbauleitung
Leiter: Prof. Brugmann**

**Zweckverband
Reichsparteitag
Leiter: Wallraff**

**Natursteine
Leiter: Liebermann**

**Werkmässiger
Wohnungsbau
Leiter: Jebens**

**Bauverwaltungen
Leiter: Helmke**

**Bauleitungen
Leiter:**

**Unmittelbare
Bauleitung**

**Mittelbare
Bauleitung**

Abt. III. 1 Leiter: Dr. Zeiger	Abt. III. 2 Leiter: Jaechel	Abt. III. 3 Leiter: Dr. Ing. Winkler	Abt. III. 4 Leiter: Weber	Abt. III. 5 Leiter: Freiberg	Abt. III. 6 Gr. Halle Lfr. Wilhelm	Abt. III. 7 O. K. H. Lfr. Dr. Ing. Lang	Abt. III. 8 Reichstags- Erweiterung Lfr. Bonatz	Abt. III. 9 Moabiter Block Leiter: Klotze	Abt. III. 10 Ost-West-Achse L. Dr. Ing. Jellmann	Abt. III. 11 Leiter: Hetzelt	Abt. III. 12 O. K. W. L. Piepenburg	Abt. III. 13 O. K. L. L. Piepenburg
A. Baukosten- Überwachung B. Veranschlag. C. Ausschreibg. D. Vergabung E. Technische Rechnungs- Prüfung F. Abrechnung G. Auftrags- lenkung (ohne Baustelle)	A. Planprüf. B. Baukontrolle C. Vermessung D. Gutachten über neue Bauverfahren	A. Bewirtschaf- tung d. Unter- kонтингents der G. B. L. B. Baustoff- beschaffung C. Arbeitseinsatz u. Wohnun- terbringung D. Transport- wesen, Verkehrs- fragen Baustellen- vorbereitung u. -einrichtung E. Förderung d. Bauvorhaben Baugeräte Baumasch. F. Heizungs-, Lüftungs-, Masch. - Wes. G. Elektrotech. Aufgaben	A. Bodununter- suchung B. Statik C. Ing.- Konstruktion D. Material- Prüfungen (Festigkeits- Untersuchung) E. Prüfung von Statik und Konstruktion	A. Vorbereitung d. Abbrüche B. Ausschreibg. u. Vergabung C. Anrechnung D. Abbrüche	A. Örtliche Bauleitung Gr. Halle u. Arbeiterstadt B. Konstruktive Bearbeitung C. Masch. u. einrichtungs- techn. Bear- beitung D. Kaufm. Abtlg. E. Betriebs- ärztliche Überwachung	A. Allgemeine Bauangeleg. B. Bauleitungen d. Blocks C-E C. Tiefbau D. Technische Zweiggebiete	A. Spree- durchstich B. Reichstags- erweiterung C. General- inspekteur f. d. deutsche Straßen- wesen D. O. K. W. E. K. d. d. K.	A. Atelier Breker I B. Atelier Breker II C. Mosaik- Atelier D. Brunnen am runden Platz E. Ost-West- Achse	A. Reichs- sicherheits- amt B. Dtsch. Akade- mie f. Luftfahrt- Forschung C. Institut f. Luftfahrt- Forschung D. Reichsforst- Amt E. Reichsjagd- museum F. Int. Institut f. Forstwirtschaft G. Ital. Botschaft H. Industriebau- ten d. Kriegs- bauprogramms I. Betreuung d. Kriegsbau- K. Sonderaufg.			

Hettlage und Clahes vertreten durch die Abteilungsleiter Paul Mietzner von der Räumungs- und O. Schmidt von der Wohnungsabteilung. In dem von Mietzner gezeichneten Protokoll heißt es u.a.: »Präsident Prof. Dr. Hettlage eröffnete die Besprechung und teilt den Herren mit, daß auf Anordnung des Führers kurzfristig Katastrophen-Wohnungen bereit gestellt werden müssen.

- Vize-Präsident Clahes: Bis zum 1. März bzw. 1. April d.J. soll die Räumungsaktion für Katastrophenzwecke beendet sein. Es ist beabsichtigt, die durch Fliegerschäden Betroffenen blockweise zusammenzufassen, um die Verpflegung etc. leichter durchzuführen. Zu diesem Zweck sind die Räumungsbereiche 4, 9, 14, 23 und 40 in Aussicht genommen. Er weist darauf hin, daß den Vermietern durch diese Aktion kein Nachteil entstehen darf. Die Entschädigung soll aus Mitteln der Bauträger erfolgen. Mit den Spediteuren ist bereits verhandelt worden, mit Malern und Tapezierern sind die Verhandlungen noch im Gange. Die Instandsetzungen der freigemachten Judenwohnungen werden durch Kolonnen vorgenommen. Die Instandsetzungskosten richten sich nach den einzelnen Fällen und werden von der G.B.I. mit 1/2 – 2/3 getragen. Den Kartenstellen und Wirtschaftsämtern ist empfohlen, bei Anträgen von Gardinen etc. Erleichterung zu schaffen. Die Stadt muß die Garantie übernehmen, daß die Katastrophenwohnungen nicht anderweitig besetzt werden.

- Prof. Dr. Hettlage: Ist die SS in der Lage, 100 Wohnungen innerhalb 14 Tagen zu räumen? Insgesamt müssen bis zum 28. Februar d.J. ca 250 Judenwohnungen wiedervermietet und sodann geräumt werden. Die SS erhält für die Räumung der betreffenden Judenwohnungen eine Liste. Es werden nur Judenwohnungen geräumt, über die bereits Verträge abgeschlossen sind.

- Die SS ist der Meinung, daß der ihr gestellte Termin ohne weiteres eingehalten werden kann.

- Pg. Spangenberg: Nach seiner Feststellung sind ca. 15.000 Judenwohnungen incl. jüdischer Hausbesitzer erfaßt worden.

- Vize-Präs. Clahes: Nach dem Material der Stadt Berlin hat

die G.B.I. die Zahl von 22.000 Judenwohnungen ermittelt. - Prof. Dr. Hettlage empfahl Herrn Schmidt (G.B.I.), die Namen der Spediteurfirmen und die mit ihnen getroffenen Abkommen der SS mitzuteilen.

- Pg. Spangenberg: Den Juden soll klargemacht werden, daß sie keine Entschädigungsansprüche geltend machen dürfen.

- Prof. Dr. Hettlage erläutert den Wohnungsnachweis für die Abrißmieter, der nach Bezirken, Wohnungsgröße und Miethöhe in der Wohnungszeitung gegliedert ist.⁸⁰

Das Verfahren, das Hettlage erklärt, soll nach folgendem Muster ablaufen: Es beginnt mit einer Briefaktion des G.B.I. an die Besitzer der Bereichsgrundstücke, die Vermieter der »Judenwohnungen« und die »Abrißmieter« der zur Räumung vorgesehenen Grundstücke. Der Inhalt und die Formulierung dieser Briefe wird in der Besprechung vom 28. Januar 1941 festgelegt. Hier ein Auszug aus dem Rundschreiben des G.B.I., mit dem den Abrißmietern der Umzug nahegelegt werden soll: »Das Haus, das Sie bewohnen, liegt in einem ›Bereich‹, der aufgrund der Vorschriften über die Neugestaltung der Reichshauptstadt durch mich erklärt worden ist. Die Gebäude auf dem Grundstück werden aus Anlaß der Neugestaltung der Reichshauptstadt abgerissen. Die Arbeiten zur Neugestaltung ruhen zurzeit. Dagegen ist es erforderlich, für kriegswichtige Zwecke, namentlich für die Unterbringung etwaiger Bombengeschädigter, Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Da die durch Bomben beschädigten Wohnungen, wie auch Sie beobachtet haben werden, von mir in der Regel verhältnismäßig kurzfristig wiederhergestellt werden, erfolgt die Unterbringung der Bombengeschädigten im allgemeinen nur auf Zeit. Sie werden zum größten Teil in ihre wiederhergestellten alten Wohnungen zurückkehren können. Dann werden also die Wohnungen in den Bereichen wieder frei; sie können nach dem Kriege abgerissen werden. - Zurzeit stehen mir für die Unterbringung von Abrißmietern aus künftigen Abrißgebieten durch das Freiwerden von Judenwohnungen in fast allen Gegenden Berlins Wohnungen zur Verfügung, die von mir vor dem Bezug durch Abrißmieter

ohne Kosten für sie unter bevorzugtem Einsatz von Handwerkern gründlich instandgesetzt werden. Diese Wohnungen entsprechen in der Regel den bisherigen Raumbedürfnissen der Abrißmieter aus den Bereichen, die daran gewöhnt sind, in guter Verkehrslage in der Stadt zu wohnen. Etwa später neu erbaute Ersatzwohnungen werden zumeist nicht so verkehrsgünstig wie die Mehrzahl der Judenwohnungen liegen. - Aus diesem Grunde habe ich mich entschlossen, auch Ihre Wohnung schon jetzt zu räumen, um sie während des Krieges als Wohnungsreserve für kriegswichtige Zwecke zu verwenden. Ich bitte, für diese Maßnahme Verständnis zu haben, die auch in Ihrem Interesse erfolgt. Nach dem Kriege werden mir die Judenwohnungen nicht mehr zur Verfügung stehen, und Sie würden möglicherweise nicht so passend untergebracht werden können wie heute.« Es folgt eine Drohung: »Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie, falls Sie nicht innerhalb der nächsten Zeit eine Ersatzwohnung anmieten, bei Eintritt eines größeren Bedarfs an Wohnungen für kriegswichtige Zwecke u.U. mit einer zwangsweisen Umsiedlung aufgrund des Reichsleistungsgesetzes rechnen müssen, ohne daß Ihnen dann eine Auswahl der Ersatzwohnung freigestellt werden kann.« Und eine Entschuldigung: »Ich bitte um Verständnis für meine Maßnahme, die nur aus kriegswichtigen Gründen erfolgt. Selbstverständlich ist ein Umzug im Kriege mit Unbequemlichkeiten verbunden. Ich werde Ihnen jedoch im Rahmen des Möglichen, insbesondere auch durch Bereitstellung des Spediteurs, behilflich sein. Die Ihnen entstehenden Umzugskosten werden von mir übernommen. Ihnen sonst entstehende Auslagen werden im Rahmen des Angemessenen vergütet.«⁸¹

Dem Schreiben an den »Abrißmieter« liegt eine Antwortkarte bei, mit der beim G.B.I. ein gedruckter Wohnungsnachweis bestellt werden kann. Er enthält eine größere Auswahl von Ersatzwohnungen, und ihm liegt ein Mietberechtigungsschein bei. Dieser anschließend zugestellte »Wohnungsnachweis für Mieter aus Räumungsbereichen« wird wie eine Zeitung als »amtliches Organ des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt« in

gedruckter Form herausgegeben. Es sind unterschiedliche Listen, die nach Bezirken und Wohnungsgrößen untergliedert sind. Allein die als Belegexemplar in einer der Akten des G.B.I. mit dem Titel »Judenwohnungen« aufgehobene »Liste A – 5, 6 und Mehrzimmer-Wohnungen im Bezirk Tiergarten« enthält 75 Wohnungen mit folgenden genauen Angaben der zur Neuvermietung angebotenen »Judenwohnungen«: Zahl und Qualität der Räume, Art der Heizung, eventuelle Ausstattung mit Fahrstuhl, Mietpreis, Adresse und Lage der Wohnung im Haus, Name des jüdischen Mieters – mit dem seit 1938 verordnetem Pflichtvornamen Israel oder Sara – und der Name des Hausverwalters mit Telefonnummer.

Diese Wohnungsnachweise entsprechen den »Wohnungsnachweisen« der durch Auswanderung freigewordenen »Judenwohnungen«, die vor dem Krieg den Abrißmietern wöchentlich zugestellt worden sind. Der Unterschied liegt jetzt aber darin, daß die Wohnungsangaben aus dem erweiterten Register aller vorhandenen »Judenwohnungen« stammen, die Wohnungen noch bewohnt sind und ihre jüdischen Mieter noch nichts von ihrer geplanten Umsetzung wissen.

Dem Wohnungsnachweis liegt ein Wohnberechtigungsschein bei, der – falls die besichtigte Wohnung dem »Abrißmieter« gefallen hat – dem Vermieter vorgelegt werden soll. Was dieser dann zu tun hat, steht groß gedruckt unter der Überschrift »Zur Beachtung durch den Vermieter!« auf der ersten Seite des Wohnungsnachweises:

»Bei Vorlage eines Mietberechtigungsscheines meiner Dienststelle ist ein Mietvertrag abzuschließen und als Vertragsbeginn anzugeben: »sofort nach Räumung durch den jüdischen Mieter.« Der ausgefüllte Abschnitt des Mietberechtigungsscheines ist sodann unverzüglich meiner Dienststelle einzusenden. Nach Eingang des Abschnittes gilt die nach Absatz 2 der Verordnung vom 25. April 1941 erforderliche Genehmigung zur erstmaligen Wiedervermietung als erteilt. Wer Judenwohnungen ohne meine Genehmigung vermietet, macht sich strafbar.«⁸²

Mit der Vorlage des Mietberechtigungsscheines beim Ver-

Wohnungsnachweis

für Mieter aus Räumungsbereichen

Amtliches Organ des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt
Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 9 (Eingang Salzufer)

Bezirk Tiergarten 5, 6 u. Mehrzimmer-Wohnungen Liste A.

Zur Beachtung durch den Vermieter!

Bei Vorlage eines Mietberechtigungsscheines meiner Dienststelle ist ein Mietvertrag abzuschließen und als Vertragsbeginn anzugeben:

„sofort nach Räumung durch
den jüdischen Mieter.“

Der ausgefüllte Abschnitt des Mietberechtigungsscheines ist sodann unverzüglich meiner Dienststelle einzusenden. Nach Eingang des Abschnittes gilt die nach Absatz 2 der Verordnung vom 25.4.41 erforderliche Genehmigung zur erstmaligen Wiedervermietung als erteilt. Wer Judenwohnungen ohne meine Genehmigung vermietet, macht sich strafbar.

Der Generalbauinspektor
für die Reichshauptstadt.

Sprechstunden nur für Mietberechtigte und Vermieter: Mo., Mi. und Fr. von 9—14 Uhr.

**Etwa bei der Besichtigung als bereits an Arier vermietet festgestellte Wohnungen
bitte dem Generalbauinspektor auf anliegender Karte zu melden!**

Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet.

1) 5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 83,30	Lessingstr. 24/Qgb. I. r. (Wohn. Sara Kramer). Verw. Hildgard Splitt, W 8, Mauerstr. 2. Tel. 11 20 01.
2) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 85,—	Altonaer Str. 11/Qgb. II. r. (Wohn. Sara Jacob). Verw. Herm. Brack & Co., Wilmersdorf, Kaiser-Allee 189.
3) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 87,50	Lessingstr. 23/Qgb. I. lks. (Wohn. Plesina). Verw. Adele Wichmann, Grunewald, Königsallee 21. Tel. 97 19 93.
4) 5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 97,80	Ludendorffstr. 33/5/Vdhs. II. (Wohn. Isr. Hensel). Verw. Berl. Verkehrs-Betriebe, Köthener Str. 17. Tel. 19 55 51.
5) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 100,—	Turmstr. 76/Vdhs. III. r. (Wohnung Terlinski). Verw. Ewald Brunn, Friedenau, Südwestkorso 13. Tel. 86 45 44.
6) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 100,—	Klopstockstr. 19/Qgb. I. (Wohnung Sara Reichenbach). Verw. Martin Weidhaas, Chlb., Schlüterstr. 57/59. Tel. 91 13 95.
7) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Klo., Ofenhzg.	RM 100,—	Lessingstr. 28/Vdh. II. lks. (Wohnung Sara Joel). Verw. Irma Bartsch, W 35, Kurfürstenstr. 148. Tel. 21 15 44.
8) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 110,—	Flensburger Str. 10/II. r. (Wohn. Sara Jaroczyński). Verw. Peter Karfeld, Chlb., Lyckallee 38. Tel. 99 33 37.
9) 5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 111,73	Paulstr. 32/Vdhs. I. r. (Wohnung Isr. Latz). Verw. Margarete Lentz, i. gl. Hause. Tel. 35 29 34.
10) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 112,50	Lützowstr. 86/Vdhs. II. lks. (Wohn. Isr. Weißbach). Verw. Dr. Scheuermann, SW 68, Friedrichstr. 203. Tel. 11 43 88.
11) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 114,70	Lübecker Str. 50/Vdhs. I. lks. (Wohn. Sara Lehmann). Verw. Robert Loenski, Spandau, Brüderstr. 28.
12) 5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 115,—	Kurfürstenstr. 34/Vdh. I. r. (Wohn. Isr. Schwenk). Verw. Rost, W 30, Martin-Luther-Str. 96. Tel. 26 50 28.
13) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 115,—	Kurfürstenstr. 42/Vdh. II. r. (Wohn. Isr. Brill). Verw. Leonard, Kurfürstendamm 90. Tel. 97 47 22.
14) 4½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 115,—	Lessingstr. 21/Vdhs. II. r. (Wohnung Isr. Bley). Verw. Helene Kander, i. gl. Hause. Tel. 39 81 80.
15) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 115,—	Calvinstr. 10/Vdhs. p. (Wohn. Sara Bernstein). Verw. Hans Hartmann, W 15, Pariser Str. 8. Tel. 92 02 19.
16) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 120,—	Paulstr. 23/Vdhs. I. r. (Wohnung Isr. Rosenthal). Verw. Otto Bachmann, NW 40, Flemingstr. 9. Tel. 35 13 60.
17) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 122,90	Ludendorffstr. 60/Qgb. II. lks. (Wohn. Sara Samelsohn). Verw. Arthur Franke, W 35, Am Karlsbad 16. Tel. 22 27 38.
19) 5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 123,—	Derfflingerstr. 3/Vdhs. p. r. (Wohn. Isr. Levy). Verw. Anna Schneider, i. gl. Hause.
20) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 125,—	Bochumer Str. 18/Vdh. I. lks. (Wohn. Sara Mendelsohn). Verw. Kurt Vierarm, Chlb., 5, Witzlebenplatz 6. Tel. 30 11 37.
21) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 125,—	Tile-Wardenberg-Str. 29/Vdhs. p. r. (Wohn. Isr. Weltmann). Verw. Otto Pallaske, Chlb., Berliner Str. 57. Tel. 34 72 11.
22) 5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 125,—	Elberfelder Str. 33/Vdhs. II. r. (Wohn. Tischler). Verw. Tischmann, W 35, Woyrschstr. 47. Tel. 22 21 27.
23) 4½ Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 125,—	Flotowstr. 3/Vdhs. Erdg. r. (Wohn. Isr. Landsberger). Verw. Wald. Richter, Tempelhof, Schulenburgstr. 126. T. 57 09 94.
24) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 125,—	Jagowstr. 4/III. (Wohn. Sara Frenk). Verw. R. Langner, W 30, Martin-Luther-Str. 87. Tel. 26 23 30.
25) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 130,—	Thomasiusstr. 18/Vdhs. II. r. (Wohn. Isr. Strauß). Verw. Werner Fink, N 58, Weissenburger Str. 34. Tel. 45 24 10.
26) 4½ Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 130,—	Lessingstr. 29/Vdhs. p. (Wohn. Landau). Verw. Erich Brennicke, NW 87, i. gl. Hause.
27) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 130,—	Bochumer Str. 18/Vdhs. II. lks. (Wohn. Sara Lipski). Verw. Kurt Vierarm, Chlb., 5, Witzlebenplatz 6. Tel. 30 11 37.
28) 5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 135,—	Derfflingerstr. 3/Vdhs. I. (Wohnung Isr. Aschert). Verw. Anna Schneider, i. gl. Hause.
29) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 135,—	Siegmundshof 2/Vdhs. hp. r. (Wohn. Sara Finkelstein). Verw. Ernst Jastrzowski, Bernau b. Berlin, Horst-Wessel-Str. 27.
30) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 138,10	Altonaer Str. 19/Vdhs. II. lks. (Wohn. Ir. Isaaksohn). Verw. Raßmus, NW 87, Altonaer Str. 20.
31) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 140,—	Tile-Wardenberg-Str. 6/Vdhs. III. (Wohnung Isr. Lindemann). Verw. R. Langner, W 30, Martin-Luther-Str. 87. T. 26 23 30.

Der Wohnungsnachweis für Mieter aus Räumungsbereichen mit den Großwohnungen im Bezirk Tiergarten (1941/42)

mieter entscheidet der »Abrißmieter« über die Exmitionierung des jüdischen Mieters. Nach Meldung durch den Vermieter erteilt der G.B.I. die Genehmigung zur Neuvermietung. Um die anschließende Zwangsräumung der Wohnung vorzubereiten, werden die Adressen gesammelt und zu den nun folgenden »Wohnungsaktionen« der SS, später

der Gestapo, übergeben. Wie es anschließend weitergehen soll, darüber enthält das G.B.I.-Protokoll der Besprechung vom 28. Januar 1941 nur unklare Aussagen: »Prof. Dr. Hettlage ersucht die SS um laufende Mitteilung an uns, wann die Räumung der Judenwohnungen erfolgt ist, damit die Instandsetzungskolonnen sofort die Wiederherrichtung

32) 4 1/2 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 140,—	Siegmundshof 7/Vdhs. II. (Wohn. Isr. Bergsteiner). Verw. P. Kuhl, NW 87, i. gl. Hause. Tel. 39 72 24.
33) 4 1/2 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 140,—	Keithstr. 21/Vdhs. hp. (Wohnung Pototzky). Verw. G. Sellge, NO 18, Landsberger Allee 11/13. Tel. 59 16 11.
34) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 140,—	Jagowstr. 4/Vdhs. II. (Wohn. Isr. Meyer). Verw. R. Langner, W 30, Martin-Luther-Str. 87. Tel. 26 23 30.
35) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 142,—	Dortmunder Str. 3/Vdhs. II. lks. (Wohn. Isr. Wallach). Verw. Ludwig Jäger, i. gl. Hause. Tel. 61 23 88.
36) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 150,—	Wikinger Ufer 1/Vdhs. III. lks. (Wohn. Isr. Pariser). Verw. Georg May, NW 21, Krefelder Str. 12. Tel. 39 12 59.
37) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Landgrafenstr. 20/Vdhs. I. r. (Wohn. Silbergleit). Verw. Leo Littmann, i. gl. Hause. Tel. 25 61 35.
38) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Klopstockstr. 4/Vdh. (Wohn. Isr. Rzebewsky). Verw. Wolfgang Grätz, NO 33, Am Friedrichshain 9. Tel. 53 59 05.
39) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 150,—	Kirchstr. 25/Vdh. II. lks. (Wohn. Isr. Unger). Verw. Jorgensen, Lichterfelde, Gardeschützenweg 68. Tel. 76 37 28.
40) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Holsteiner Ufer 21/Vdhs. I. r. (Wohnung Isr. Cerny). Verw. H. Goertz, i. gl. Hause. Tel. 39 60 02.
41) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 155,—	Stromstr. 68/Vdhs. IV. r. (Wohn. Isr. Weltlinger). Verw. Paul Wiesener, NW 21, i. gl. Hause. Tel. 39 40 50.
42) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 160,—	Kirchstr. 14/Vdhs. II. lks. (Wohn. Elsasser). Verw. Terrainges, Berlin, W 8, Unter den Linden 57.
43) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 160,—	Tile-Wardenberg-Str. 12/Vdhs. II. r. (Wohn. Israel Schneider). Verw. Carl Hüper, NW 87, i. gl. Hause. Tel. 39 46 03.
44) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 170,—	Klopstockstr. 21/Vdhs. I. r. (Wohn. Isr. Behnsch). Verw. Leopold Speich, i. gl. Hause. Tel. 39 60 89.
45) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 170,—	Wichmannstr. 1/Vdhs. II. (Wohn. Sara Grünbaum). Verw. J. W. Lange & Co., W 62, Lützowplatz 16. Tel. 25 04 88.
47) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 180,—	Klopstockstr. 20/Vdhs. II. r. (Wohn. Sara Wischner). Verw. Ernst Rätzl, SW 68, Neuenburger Str. 2a.
48) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 185,—	Bundesratufer 1/Vdhs. III. r. (Wohn. Isr. Wolff). Verw. Berl. Grundst. GmbH, SO 36, Schlesische Str. 28. Tel. 68 25 64.
49) 5 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 185,50	Kurfürstenstr. 3/Vdh. I. lks. (Wohn. Isr. Ehrlich). Verw. Erich Degen, W 35, Kurfürstenstr. 3. Tel. 22 12 12.
50) 5 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 200,—	Bundesratufer 7/Vdhs. III. lks. (Wohnung Sara Moses). Verw. Grundbesitzverw. AG, SW 11, Saarlandstr. 12.
51) 5 Zi.	Kü., Kammer, Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 220,—	Lützow-Ufer 33/Vdhs. I. (Wohn. Isr. Lachmann). Verw. Otto Wolff, NW 7, Dorotheenstr. 11. Tel. 16 79 09.

6 Zimmerwohnungen

54) 5 1/2 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 125,—	Eiberfelder Str. 32/Vdh. II. (Wohn. Isr. Kirschenbaum). Verw. Dr. Uhlig & Co., Treuhand GmbH, W 15, Fasanenstr. 61. Tel. 92 35 33.
55) 6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Fahrst.	RM 125,—	Cuxhavener Str. 13/Vdh. III. lks. (Wohn. Oppenheim). Verw. Wilhelm Pech, Chlb., Bismarckstr. 56.
56) 6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 140,—	Altonaer Str. 11/Vdh. II. lks. (Wohn. Isr. Rosenthal). Verw. Hermann Brack, Wilmsdorf, Kaiserallee 189. Tel. 86 22 32.
57) 6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 140,—	Altonaer Str. 11/Vdh. Erdg. r. (Wohn. Isr. Badt). Verw. Hermann Brack & Co., Wilmsdorf, Kaiserallee 189. T. 86 22 32.
58) 6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 140,—	Holsteiner Ufer 17/Vdh. III. lks. (Wohn. Isr. Lewinsohn). Verw. Carl Zellermann, Friedenau, Baumeisterstr. 6. Tel. 88 21 94.
59) 5 1/2 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 145,—	Thomasiusstr. 22/Vdh. I. lks. (Wohnung Sara Israelski). Verw. Berta Hawemann, NW 40, i. gl. Hause. Tel. 85 27 65.
60) 6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 170,—	Holsteiner Ufer 17/Vdh. II. lks. (Wohn. Isr. Klein). Verw. Carl Zellermann, Friedenau, Baumeisterstr. 6. Tel. 88 21 94.
61) 6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 175,—	Flotowstr. 11/Vdh. hp. lks. (Wohn. Isr. Langermann). Verw. Erich Roßmann, NW 87, Cuxhavener Str. 16. Tel. 39 36 70.

62) 6 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Ofenhzg.	RM 175,—	Kluckstr. 35/Vdh. III. r. (Wohn. Mehring). Verw. Frieda Kamiß, W 50, Ansbacher Str. 41. Tel. 24 44 69.
63) 6 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 195,—	Jagowstr. 36/Vdh. I. lks. (Isr. Löwenthal). Verw. Julius Müller, Chlb., 4, Leibnizstr. 27. Tel. 31 36 66.
64) 6 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Ztlhgz.	RM 200,—	Wullenweberstr. 9/Vdh. III. r. (Wohn. Isr. Lewin). Verw. Valerie Rickert, W 15, Fasanenstr. 41. Tel. 92 43 63.
65) 5 1/2 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 215,—	Von-der-Heydt-Str. 8/Vdhs. I. lks. (Wohn. Isr. Dzialoszynski). Verw. Gertrud Kniestadt, SW 68, Alte Jacobstr. 20/22. Tel. 17 55 35.
66) 6 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 300,—	Keithstr. 3/Vdh. I. lks. (Wohnung Isr. Rosenthal). Verw. Ida Dietrich, W 62, Keithstr. 3.

7 Zimmerwohnungen

67) 6 1/2 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Derfflingerstr. 16/Vdh. III. (Wohnung Bloch). Verw. Treuhand AG, f. Grdbes. u. Ind., W 8, Leipziger Str. 30. Tel. 16 75 33.
68) 6 1/2 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 150,—	Lützowstr. 67/Vdh. hp. lks. (Wohnung Jüd. Altersheim e. V.) Verw. Mertens, W 62, Wichmannstr. 25. Tel. 26 21 91.
69) 7 Zi.	Kü., Bad, Klo., Ztlhgz.	RM 175,—	Lessingstr. 18/Vdh. hp. r. (Wohn. Hartstein). Verw. Ziebach, NW 87, Klopstockstr. 15. Tel. 39 72 16.
70) 7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 180,—	Levetzowstr. 12a/Vdh. II. r. (Wohn. Marcus). Verw. Krutzk Neukölln, Schwarzastr. 8. Tel. 60 15 80.
71) 7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 180,—	Levetzowstr. 12a/Vdh. III. r. (Wohnung Schragenheim). Verw. Krutzke, Neukölln, Schwarzastr. 8. Tel. 60 15 80.
72) 7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 250,—	Derfflingerstr. 17/Vdh. I. r. (Wohnung Jüd. Altersheim e. V.) Verw. Otto Nikolai, i. gl. Hause. Tel. 21 22 69.
73) 7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ofenhzg.	RM 285,—	Derfflingerstr. 5/Vdh. I. (Wohn. Leser). Verw. Schmidt-Werden, W 36, i. gl. Hause. Tel. 21 37 55.
74) 7 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 285,—	Cuxhavener Str. 18/Vdh. I. r. (Wohn. Malmuth). Verw. Hahn, Chlb., Niebuhrstr. 55. Tel. 31 14 70.

8 Zimmerwohnungen

75) 8 Zi.	Kü., Wohnk., Bad, Klo., Ww., Fahrst., Ztlhgz.	RM 310,—	Cuxhavener Str. 18/Vdhs. II. lks. (Wohn. Lipmann). Verw. Hahn, Chlb., Niebuhrstr. 55. Tel. 31 14 70.
-----------	---	----------	--

1916

der freigemachten Wohnungen vornehmen können. [...] - Vize-Präs. Clahes: Juden sollen nur noch in Judenhäusern untergebracht werden. Zu diesem Zweck erhält die SS von der Wohnungs-Abteilung eine entsprechende Liste.«⁸³ Mit diesen »Judenhäusern« sind Häuser in jüdischem Besitz gemeint. Die Mietzahlungen und Herrichtungskosten

für die freigemachten »Katastrophenwohnungen« sind nach dem Quartiers- und Wehrleistungsgesetz als »Kriegskosten« von der Stadt zu tragen, die ebenfalls jährlich 17 Millionen RM für den Ankauf der zum Abriß vorgesehenen Häuser in »arischem Besitz« aufbringen muß. Die Zwangsräumungen beginnen unmittelbar nach der Sit-

zung, auf der Hettlage die Durchführung erläutert hat, und zielen zunächst auf die Bereitstellung von 1.000 »Katastrophenwohnungen«. Die erste in den Akten erhaltene Liste mit 16 Adressen der zu räumenden »Judenwohnungen« und den Namen der Nachmieter, die »Räumungsliste Nr. 3«⁸⁴, stammt vom 10. Februar 1941. Die ersten zur Räumung vorgesehenen Bereiche liegen in Schöneberg, entlang der Eisenbahngelände, um durch den Abriß der Häuser unmittelbar nach Beendigung des Krieges das Terrain für die Blickachse auf das »Bauwerk T« – den riesigen Triumphbogen, mit dem der militärische »Endsieg« gefeiert werden soll – freizubekommen.

Ein Zwischenbericht des Leiters der Abteilung II/4, Schmidt, informiert über den Verlauf der Räumungen bis zum 15. April 1941: »Im Januar 41 wurde in verstärktem Maß mit der Räumung der Abrißbereiche und Umsiedlung der Bereichsmieter in Judenwohnungen begonnen. Die von den Bereichsmietern ermieteten Judenwohnungen wurden geräumt und die jüdischen Mieter im jüdischen Wohnraum in jüdischen Grundbesitz geschachtet. Kriegswichtiger Zweck dieser Räumung der Bereiche war, die geräumten Bereichswohnungen der Reichshauptstadt für Katastrophenzwecke (Fliegerschäden) zur Verfügung zu stellen. In der Zeit vom 1. Januar – 15. April 41 wurden in den Bereichen 4, 9, 12, 14 und 25 insgesamt 366 Mieter zur Umsiedlung aufgefordert und davon bis 15. April ca. 40 Mieter in Judenwohnungen untergebracht.«⁸⁵

Das Wort »geschachtet« ist kein Schreibfehler: Für die Umquartierung der zwangsgeräumten jüdischen Mieter in »Judenhäuser« wird tatsächlich der neue Begriff »Schachtung« in die Dienstsprache des G.B.I. eingeführt. Der Bericht belegt, daß die »Abrißmieter« von dem Angebot des G.B.I. in äußerst selten Gebrauch gemacht haben. Von den insgesamt 697 bis zum 15. April 1941 neu vermieteten »Judenwohnungen« wurden nur 40 an »Abrißmieter« vergeben, 657 dieser Wohnungen jedoch an Gefolgschaftsmitglieder des G.B.I., des Reichssicherheitshauptamtes, der SS oder der verschiedenen Ministerien. Seit Beginn des Jahres 1941 führt der Abteilungsleiter der

Planungsstelle, Rudolf Wolters, im Auftrage Speers ein Tagebuch⁸⁶, aus dem er jeweils zu Jahresende eine Chronik der Arbeit des Generalbauinspektors zusammenstellt. In diesen mit Maschine geschriebenen und bis 1944 geführten Chroniken⁸⁷ finden sich nur spärliche Hinweise auf die Durchführung der Zwangsräumungen. Die erste dieser Notizen stammt vom 17. April 1941 und enthält eine erste Angabe darüber, wie mit den Juden nach der Zwangsräumung verfahren wird: »Gemäß Speer-Anordnung sind auf Wunsch des Führers vorab 1.000 Wohnungen für obdachlos gewordene Volksgenossen zur Verfügung zu stellen. In Auswirkung dieser Anordnung werden in den Neugestaltungs-Bereichen bestimmte Gebiete geräumt. Die Mieter dieser Wohnungen, die sogenannten »Abrißmieter«, werden in Judenwohnungen untergebracht. Den Juden wird von der Jüdischen Gemeinde die Unterkunft bei anderen Juden zugewiesen.«⁸⁸

Die Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde wurde bereits, vermittelt über die »Reichsvereinigung der Juden Deutschlands«, im Zusammenhang mit der Organisation der Auswanderung seit 1939 praktiziert. Sämtliche Räume des viergeschossigen, der Reichsvereinigung gehörenden Hauses Artilleriestr.14 werden dabei als Durchgangslager benutzt⁸⁹. Unter dem 31. Mai 1941 findet sich in der Chronik eine Notiz über den bisherigen Verlauf der Aktion: »Im Zuge der Judenwohnungs-Entmietungsaktion wurden der Stadt Berlin für Katastrophenzwecke, d.h. für die Unterbringung der durch Fliegerangriffe obdachlos gewordenen Volksgenossen bis heute rund 940 Wohnungen zur Verfügung gestellt.«⁹⁰

Die erste Evakuierungsaktion

Ende August 1941 notiert Wolters in der G.B.I.-Chronik: »Gemäß Speer-Anordnung wird eine weitere Aktion zur Räumung von rund 5.000 Judenwohnungen gestartet. Der vorhandene Apparat wird entsprechend vergrößert, damit die Judenwohnungen trotz der allseits bestehenden Schwierigkeiten infolge der Kriegslage schnellstens instandgesetzt

und mit Abrißmietern aus den vordringlich zu räumenden Bereichen belegt werden können. Durch diese Maßnahmen werden die Judenwohnungen ihrem vorbestimmten Zweck zugeführt und auf der anderen Seite weitere Leerwohnungen für Katastrophenzwecke bereitgestellt.«⁹¹

Zur Durchführung dieser Anordnung finden sich in der Chronik keine weiteren Angaben, wohl aber über ihr vorläufiges Ergebnis zu Anfang November: »In der Zeit vom 18. Oktober bis 2. November wurden in Berlin rund 4.500 Juden evakuiert. Dadurch wurden weitere 1.000 Wohnungen für Bombengeschädigte frei und vom Generalbauinspektor zur Verfügung gestellt. Die Wohnungen wurden später wieder zur Unterbringung von Abrißmietern bereitgestellt.«⁹²

Nicht mehr von »Räumung«, sondern von »Evakuierung« ist die Rede. Was versteckt sich hinter diesem Wort, und wie wurde diese Aktion, die mit der Bereitstellung von 1.000 anstatt der geforderten 5.000 Wohnungen noch nicht abgeschlossen war, durchgeführt?

Anders als bei der ersten »Wohnungsaktion« zu Beginn des Jahres 1941 werden die Exmittierten nicht mehr in »Judenhäuser« eingewiesen. Mit dieser Aktion beginnt die planmäßige Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Berlin, die »Entjudung« der Stadt. Der Ankündigung dieser Aktion geht ein Ereignis voraus, das erklärt, welcher Zweck mit dieser von Speer angeordneten Evakuierung verfolgt wird: Am 31. Juli 1941 – einen Monat nach dem Überfall deutscher Truppen auf die Sowjetunion – hat Reinhard Heydrich, mit dessen »Reichszentrale für jüdische Auswanderung« die Abteilung II/4 des G.B.I. seit Januar 1939 bei der Erfassung und Neuvermietung der infolge von Auswanderung freigewordenen »Judenwohnungen« zusammengearbeitet hat, von Göring einen neuen Auftrag erhalten: »In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24. Januar 1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller

Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa. - Sofern hierbei die Zuständigkeit anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen. - Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.«⁹³

Die »Zentralinstanzen«, auf die hier Bezug genommen wird, sind der G.B.I., die von Heydrich geleitete Gestapo und die Reichsvereinigung der Juden. Die Hauptbeteiligten an der Vorbereitung bzw. Durchführung dieser und der folgenden Aktionen sind auf seiten der G.B.I., abgesehen von Speer, der die Anordnung dazu gegeben hat, Hettlage, Clahe und die Gefolgschaftsmitglieder der Abteilungen II/3 und II/4. Auf seiten der Gestapo sind es zunächst (bis November 1942) der Leiter der Berliner Stapoleitstelle, Obersturmbannführer Oberregierungsrat Otto Boven-siepen, der Zuständige für »Judenangelegenheiten«, Kriminalkommissar Gerhard Stübbs, und sein Stellvertreter, Kriminaloberinspektor Franz Prüfer. Sie erhalten die Wohnungslisten vom G.B.I. und geben ihre Anweisungen zur Vorbereitung der Zwangsräumungen weiter – über die Vorstandsmitglieder der Reichsvereinigung der Juden, Leo Baeck und Paul Eppstein, an den Vorsitzenden der Berliner Kultusgemeinde, Moritz Henschel, und schließlich an den Leiter der Auswanderungsabteilung der Berliner Gemeinde, Philipp Kozower, assistiert von der Leiterin der Wohnungsabteilung, Dr. Martha Mosse⁹⁴.

Die Vernichtung des jüdischen Volkes gehörte neben der Eroberung »neuen deutschen Lebensraumes« zum erklärten Hauptziel Hitlers. Der gegen Polen geführte Krieg war nicht nur ein Eroberungskrieg, sondern vom ersten Tag an auch ein Vernichtungsfeldzug gegen die dort ansässige jüdische Bevölkerung; es wurden willkürliche Massenerschießungen unter der jüdischen Zivilbevölkerung durchgeführt – zunächst durch Angehörige der Wehrmacht, bald darauf systematisch organisiert durch die nachrückenden SS-Truppen Himmlers. Polen wurde zum Experimentierfeld

der Massenvernichtung von Menschen und seine Eroberung zu einer Schulung, bei der deutschen Soldaten und SS-Angehörigen das gewissenlose Töten⁹⁵ beigebracht wurde. Erste vereinzelte Deportationen von Juden aus dem »Altreich« nach Polen wurden bereits seit dem 12. Oktober 1939 – zwei Wochen vor der Schaffung des »Generalgouvernements« – durchgeführt. Am 28. Oktober 1939 führte die SS hier erstmals die Kennzeichnung aller Juden mit einem gelben Stern ein. Den Befehl zur Errichtung eines Konzentrationslagers in Auschwitz gab Himmler am 27. März 1940. Es wurde am 20. Mai 1940 fertiggestellt, kurz nachdem in »Litzmannstadt« – die Stadt wurde nach einem deutschen General benannt und heißt seit 1945 wieder Łódź – ein bewachtes Ghetto errichtet worden war. Am 3. September 1941, gleichzeitig mit der Vorbereitung der »Wohnungsräumungsaktion«, fanden in Auschwitz die ersten Massenvergasungen statt.

Um die Durchführung der geplanten Aktion zu erleichtern und Fluchtmöglichkeiten bei den bevorstehenden Transporten zu verhindern, wird am 5. September 1941 die »Verordnung über die äußere Kennzeichnung der Rassejuden« erlassen, die, bei Androhung schwerer Strafen, nun auch im »Altreich« jeden Juden verpflichtet, einen sichtbar auf die Kleidung aufgenähten gelben Stern zu tragen⁹⁶. Hildegard Henschel, die Frau von Moritz Henschel, damals Sozialarbeiterin der Jüdischen Gemeinde, erinnert sich an den Beginn der Evakuierung: »Am 19. September 1941 mußte der Stern zum erstenmal getragen werden, und wenige Tage später war Versöhnungstag. Der Gottesdienst wurde in den uns verbliebenen Synagogen ungehindert abgehalten. In dem kleinen Tempel im Logenhaus Joachimsthaler Str. 13 amtierte Dr. Leo Baeck als Rabbiner. Es war mitten in der Vormittagspredigt, als der Vorsitzende der Gemeinde zum Telefon gerufen wurde. Ein Anruf der Gestapo beorderte ihn nach der Burgstraße, wo er mit dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Philipp Kozower, und der Leiterin der Wohnungsabteilung der Jüdischen Gemeinde, Frl. Dr. Martha Mosse, zusammentraf. Der für die Angelegenheiten der Jüdischen Gemeinde Ber-

lin zuständige Gestapobeamte, Prüfer, eine vielumstrittene Persönlichkeit, die das Glück hatte, bei einem Luftangriff getötet zu werden, eröffnete den drei Vertretern der Gemeinde, daß die Teilevakuierung von Berlin zu beginnen habe.«⁹⁷

Nach den Angaben von Martha Mosse faßt der Historiker Raul Hilberg den Inhalt dieser Besprechung zusammen: »Anfang Oktober 1941 rief Prüfer Dr. Mosse und zwei Mitglieder des Gemeindevorstands (darunter [Moritz] Henschel) zu sich; er ermahnte sie, über das, was er im folgenden zu sagen habe, Stillschweigen zu bewahren. Die »Umsiedlung« der Berliner Juden stehe unmittelbar bevor, und die jüdische Gemeinde solle an der Aktion mitwirken, da sie andernfalls von SA und SS durchgeführt werde und man ja wisse, »wie das dann werden würde«. Die Gemeinde habe eine Liste mit mehreren tausend Namen abzuliefern und an alle auf der Liste Genannten Fragebögen zu verteilen. Die Gestapo werde sodann tausend Juden für einen Transport nach Lodz auswählen. Die Gemeinde habe dafür Sorge zu tragen, daß die Deportierten für die Reise angemessen ausgestattet würden. Die ganze Aktion sei der jüdischen Bevölkerung als »Wohnungsräumungsaktion« vorzustellen. Henschels Frage, ob die Reichsvereinigung informiert werden dürfe, bejahte Prüfer. Noch am gleichen Abend, so Dr. Mosse, beschlossen Vorstandsmitglieder der Reichsvereinigung und der Berliner Gemeinde, den Forderungen der Gestapo nachzugeben, um »auf diese Weise so viel Gutes wie möglich im Interesse der Betroffenen tun zu können«.⁹⁸

Die Durchführung der »Wohnungsräumungsaktion« beschreibt wieder Hildegard Henschel: »Es wurde also angesagt, in welchen Häusern christlicher Besitzer den Juden die Wohnungen zu kündigen seien, und zwar sollte die Gemeinde den Mieter der Wohnung auffordern, die Wohnung aufzugeben. Die Gemeinde wurde beauftragt, neuen Wohnraum für die Betroffenen bereitzustellen, bzw. sie in anderen Wohnungen in jüdischen Häusern zuzusiedeln. Ferner wurde angeordnet, daß der Tempel Levetzowstraße zu einem Sammellager für ca. 1000 Personen herzu-

richten sei, eine Frist für die Einrichtung wurde angegeben, aber niemals ein Termin für die Evakuierung genannt. Die Wohnungsaktion wurde durchgeführt, jedem ›Gekündigten‹ wurde neuer Wohnraum zugewiesen, und ehe die Umzüge stattfinden konnten, war der 15. Oktober 1941 herangekommen.

Beim frühen Anbruch der Dunkelheit erschienen in den Wohnungen der ›Gekündigten‹ schlagartig zwei Beamte der Geheimen Staatspolizei und forderten die Familien auf, die nötigen Sachen zusammenzupacken und ihnen zu folgen. [...] Während die Beamten unterwegs waren, hatte die Gemeinde von der Gestapo den Auftrag bekommen, das Sammellager Levetzowstraße für die sofortige Aufnahme von ca. 1000 Personen bereitzumachen, geeignetes Hilfspersonal zum Nacht- und Tagdienst hinzuschicken sowie für gute und ausreichende Verpflegung aller dieser Menschen zu sorgen. [...] Die Einlieferung der von den Gestapobeamten Abgeholt mit ihrem Gepäck begann bei strömendem Regen, hierbei war die Gemeinde ausgeschaltet, die Gestapo ›schleuſte‹, d.h. durchsuchte das Gepäck und nahm heraus, was ihr irgendwie begehrenswert erschien. Dies war ein Verfahren, das sich nachher bei der Einlieferung in die Lager wiederholte, eine Beschreibung dieser Vorgänge kann ich nicht geben, sie paßt auch nicht in den Rahmen dieses Berichtes. [...] Die Verpflegung der Gestapobeamten während ihres Dienstes im Sammellager oblag der Gemeinde, es gab hierfür eine besondere kleine Küche, in der widerwillig, aber pflichtgetreu eine unvorstellbar korpulente Köchin vom Jüdischen Krankenhaus wirkte, die sich die Gestapobeamten selbst ausgesucht hatten. Mancher Wutausbruch, manche Mißhandlung ist verhindert worden, weil diese Köchin es verstanden hat, in kritischen Augenblicken die Bestien oft mit irgendeinem Imbiß abzulenken. In Theresienstadt sah ich diese tüchtige Frau, durch den Hunger schlank geworden, wieder, sie ist dann später in Auschwitz umgekommen.«

Hildegard Henschel berichtet weiter: »Am 16. Oktober 1941 begann am Vormittag die sogenannte ›Ausschleusung aus dem Sammellager‹ und die Verbringung der

Transportteilnehmer nach dem Bahnhof Grunewald bei strömendem Regen. Die SS hatte ihre offenen Lastwagen vorfahren lassen, teils waren es Stehtrucks, diese Lastwagen durften aber nur Schwache und Kinder benutzen, alle anderen mußten in einem langen Zuge durch die Stadt laufen. Es regnete weiter in Strömen, die Verladung in alten, aber ordentlichen, sauberen Personenwagen nach einem von der Gemeinde ausgearbeiteten System ging ohne Gedränge und ohne Ungerechtigkeiten vor sich, als alle ihre Plätze eingenommen und ihr Gepäck bei sich hatten, wurde warmes Essen und heiße Getränke verteilt, auch die vorbereiteten Proviantpakete wurden hier jedem Teilnehmer ausgehändigt. [...] SS, zum Teil mit Reitpeitschen versehen, überwachte die Einwaggonierung, es sind bei diesem ersten Transport aber keine Prügelszenen vorgekommen. [...] An diesem 16. Oktober 1941, der den ersten Evakuierungstransport von Berliner Juden nach ›Litzmannstadt‹ sah, gelang es dem damals noch amtierenden Hilfsverein zum letzten Mal, einen Sammeltransport über Lissabon mit Auswanderern, die vorwiegend nach Südamerika gingen, auf den Weg zu bringen. Auch unter diesen Auswanderern waren ›Gekündigte‹, ihr Visum und ihre Schiffskarte hatten sie in wirklich allerletztem Moment vor dem sicheren Verderben gerettet. - Dieser Transport vom 16. Oktober nach ›Litzmannstadt‹ war der Auftakt für vier weitere Transporte im selben Monat mit dem gleichen Ziel und unter gleichen Bedingungen. Die Arbeit der Gemeinde im Sammellager hatte sich gut eingespielt, soweit es möglich war, erleichterte man das Schreckliche, das war der einzige Gedanke, der darüber hinwegbrachte, daß man sich überhaupt mit diesen Angelegenheiten befassen mußte.«⁹⁹

Die »Wohnungsräumungsaktion« vom Oktober und November 1941 – gleichsam der Probelauf für die noch in der Experimentalphase befindlichen Durchführung der »Endlösung« - wird nicht nur in Berlin, sondern nach den zu Anfang des Jahres hier erprobten Zwangsräumungen auch an anderen Orten durchgeführt. Mit insgesamt zwanzig Transporten treffen zwischen dem 16. Oktober und dem 4. November 1941 insgesamt 20.000 Juden aus Berlin,

Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, Luxemburg, Prag und Wien in »Litzmannstadt« ein, dazu kommen noch fünf Transporte mit 5007 Zigeunern aus Österreich. In den seit dem 10. Mai 1940 durch einen Lattenzaun und Stacheldraht abgeriegelten und durch deutsche Schutzpolizei streng bewachten nördlichen Stadtvierteln von Łódź lebten zu diesem Zeitpunkt bereits, auf engstem Raum zusammengedrängt, 160.000 Juden. Die polnische Bevölkerung war zuvor aus diesen Stadtteilen evakuiert worden, um die jüdischen Bewohner von Łódź hier konzentrieren zu können. Ebenso katastrophal wie die hygienischen Bedingungen war die Versorgungslage in bezug auf Nahrungsmittel und Medikamente – bereits im Mai 1941 gab es hier 20.000 registrierte Tuberkulosefälle. Juden durften das Ghetto nicht verlassen, Deutsche und Polen durften es nicht betreten. Wer sich dem Zaun näherte und auf Anruf nicht anhielt, riskierte, erschossen zu werden. Die Bewohner wurden an sechs Tagen der Woche jeweils zwölf Stunden lang zur Arbeit gezwungen, vor allem in Schneidereien, die deutsche Uniformen herstellten.

Vor dem Eintreffen der Transporte wurde auf Befehl von Himmler seit Oktober 1941 in der 55 km entfernten Stadt Chelmno, die nun den deutschen Namen Kulmhof trug, durch das »Sonderkommando Lange« ein Vernichtungslager eingerichtet, wo die »unproduktiven« Ghetto-bewohner umgebracht werden sollten. Das Sonderkommando tötete mit »Gaswagen«, besonders konstruierten LKWs, die als mobile Gaskammern mittels Auspuffgasen funktionierten. Erprobt wurden die Wagen im Dezember 1941 mit der Ermordung der restlichen Zigeuner aus »Litzmannstadt«, die die Typhusepidemie, die in ihrem getrennt angelegten Lager ausgebrochen war, überlebt hatten. Zwischen dem 15. Januar und Ende Mai 1942 wurden, um die Bewohnerdichte des Ghettos von »Litzmannstadt« zu senken, etwa 55.000 Juden nach Kulmhof gebracht und getötet, im September 1942 folgten nochmals 15.589 Kinder unter 10 und Alte über 65 Jahren. Danach arbeiteten in den inzwischen 90 Fabriken und Werkstätten des Ghettos noch 73.782 Personen. Mehr als 85% der Produktion war für

die deutsche Kriegswirtschaft bestimmt¹⁰⁰. Für die Lenkung der gesamten Kriegswirtschaft war der Reichsminister für Bewaffnung und Munition zuständig, und der hieß – es wird später noch genauer darauf einzugehen sein – seit dem 9. Februar 1942 Albert Speer.

Nach Abschluß dieser ersten Deportationswelle werden die Deportierten – die nur die Kleider, die sie trugen, und einen kleinen Koffer mitnehmen konnten – auf staatliche Weisung ausgeraubt. Eine Verordnung vom 25. November 1941 bestimmt, daß ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, seine Staatsangehörigkeit verliert und gleichzeitig sein gesamtes Vermögen dem Reich verfällt. Die Deportationen nach Osten wurden als Verlegung des Aufenthalts in das Ausland angesehen.

Nachdem diese Evakuierung wie geplant und – bis auf die Überfüllung des Ghettos – ohne unvorhergesehene Zwischenfälle verlaufen ist, notiert Rudolf Wolters G.B.I.-Chronik: *»Ende November wurde die dritte Großaktion der Entmietung von Judenwohnungen eingeleitet. Nach Verhandlungen mit den beteiligten Dienstbehörden stellte der Generalbauinspektor für die Unterbringung eventueller Bombengeschädigter weitere 3.000 Judenwohnungen zur Verfügung.«*¹⁰¹ Martha Mosse erinnert sich, daß nun, nachdem das Ghetto von »Litzmannstadt« überfüllt war – maßgeblich gesteuert durch den Leiter des Referats IV B4 »Judenangelegenheiten und Räumung« beim Reichssicherheitshauptamt¹⁰², Adolf Eichmann, der die Transporte mit der Reichsbahn vorbereitet hat –, andere Zielorte bestimmt wurden: *»Im November 1941 wurden drei oder vier Transporte nach Riga und Minsk angekündigt, in Riga, so wurde gesagt, sollte ein Kibbuz nach palästinensischem Muster errichtet werden [...] Nach Riga gingen drei Transporte, die im dortigen Ghetto einige Zeit gewesen sind, die Verbringung nach Stutthof bei Danzig hat kaum eines von diesen Opfern überleben lassen. Ein zur selben Zeit nach Minsk abgefertigter Transport scheint sein Ziel nie erreicht zu haben, denn man hat nie wieder etwas über ihn gehört.«*¹⁰³

Anfang Dezember 1941 findet sich in der G.B.I.-Chronik

eine Eintragung, die belegt, daß es nach der planmäßig verlaufenen Gemeinschaftsaktion von G.B.I. und Gestapo zu weiteren Kooperationsvereinbarungen zwischen Speer und Heydrich kommt. Speer besucht Heydrich in Prag, wo dieser den erkrankten Reichsprotektor für Böhmen und Mähren vertritt. Beide verbindet eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten: Sie haben fast das gleiche Alter – Heydrich ist 1904, wenige Monate vor Speer geboren – und gehören damit zu den »Jungen« in der NSDAP, in der sie beide seit 1931 Mitglied sind. Beide gehören zum engsten Kreis um die Parteiführung und werden wie Söhne protegiert und erzogen – der eine von Hitler, der andere von Himmler. Die von Speer und Heydrich geleiteten Dienststellen arbeiteten bereits seit Januar 1939 an der Organisation der jüdischen Auswanderung und der anschließenden Vergabe der freigewordenen Wohnungen eng zusammen. Am Abend des 3. Dezember 1941, so die Beschreibung des Chronisten Wolters, »begab sich Herr Speer mit dem Nachtzug nach Prag, um den erbetenen Besuch beim Stellvertretenden Reichsprotektor Heydrich zu machen. Er gab in Prag dem Reichsprotektor eine Reihe von Ratschlägen für das Hotel, die Ufer-Straße an der Moldau, die Autobahn-Brücke, die Erholungsflächen für die Bevölkerung, den Bau der Öffentlichen Gebäude des Reiches und die Lage eines neuen deutschen Zentrums. Er versprach Heydrich, ihm bei der Ausgestaltung Prags durch seinen Rat und durch teilweise Zurverfügungstellung seiner Berliner Architekten behilflich zu sein. Für Berlin erwirkte Herr Speer beim Reichsprotektor die Überweisung von 15.000 tschechischen Arbeitern. Weiterhin wurde zwischen Herrn Speer und dem Reichsprotektor vereinbart, daß das Protektorat für Zwecke der Berliner Aufgaben nach dem Kriege jährlich laufend 50.000 Tschechen der jüngeren Jahrgänge bereitstellen werde, und zwar mit einer längeren Arbeitsverpflichtung. [...] Von Prag aus fuhr Herr Speer am 5. Dezember über München auf den Obersalzberg, um mit dem Büro »Lindenallee« an seinen Berliner Bauten zu arbeiten«¹⁰⁴.

Heydrich bereitet zu dieser Zeit die für Ende Januar in Ber-

lin angesetzte Konferenz vor, auf der er den am 31. Juli 1941 von ihm geforderten »Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage«¹⁰⁵ vorstellen soll. Die praktische Durchführbarkeit seines Plans hatte er inzwischen gemeinsam mit dem G.B.I. bewiesen. Es gehört zur Ökonomie dieses Plans, daß die Opfer selbst, so weit wie möglich, zu seiner Durchführung gezwungen werden. Die eigentlichen Täter übernehmen weitgehend nur Kontroll- und Aufsichtsfunktionen und entlasten so ihr Gewissen – soweit es noch vorhanden ist.

Die Durchführung der Endlösung

Himmler hatte die Auswanderung von Juden aus Deutschland am 23. Oktober 1941 »in Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens«¹⁰⁶ verboten. Die systematische »Evakuierung der Juden nach dem Osten« und das weitere Vorgehen, das stattdessen praktiziert werden soll, wird am 20. Januar 1942 auf der »Konferenz über die Endlösung der europäischen Judenfrage« – der berühmten »Wannseekonferenz« – beschlossen: »Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind. - Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht.«¹⁰⁷

Es folgt eine Schätzung der jüdischen Bevölkerung in allen bisher besetzten europäischen Ländern. Aus dem »Altreich« kommen dabei 131.800, in Berlin wohnen Anfang Oktober 1941 noch annähernd 73.000 Juden.¹⁰⁸ Zur Durchführung der geplanten »Evakuierung« führt das Protokoll weiter aus:

»Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden

straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. [...] Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen. - Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht, um von dort aus weiter nach Osten transportiert zu werden. [...] Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen.«¹⁰⁹

Das Verfahren der nach der »Wannseekonferenz« eingeleiteten »Umsiedlung« schildert aus eigener Beobachtung Joel König, der sich 1942 als 20jähriger in einer Wohnung im Hansaviertel versteckt hielt und später aus Deutschland fliehen konnte: »Wer zur »Umsiedlung« bestimmt war, erhielt einen großen Briefumschlag mit vielen Fragebogen, die er peinlich genau auszufüllen hatte - »die Listen«, wie wir sie damals kurz nannten. In diese Formulare mußte er seine bewegliche und seine unbewegliche Habe eintragen. Wer die »Listen« ins Haus bekam, mußte damit rechnen, zwei Wochen später abgeholt zu werden. Wenn die Gestapobeamten kamen, mußte er ihnen seine sämtlichen Schlüssel zusammen mit den »Listen« aushändigen. Dann versiegelten die Gestapomänner die Wohnungstür und führten den »Umsiedler« zur nächsten Sammelstelle ab. Als Sammelstellen dienten neben der Levetzow-Synagoge noch andere jüdische Gotteshäuser. Dort mußten die Juden warten, bis zwischen dreihundert und tausend zusammen waren, je nach Größe des vorgesehenen Transportes. Das Eigentum der Juden, ihre Wohnungseinrichtung, ihre Bankkonten

und ihr Grundbesitz waren schon längst durch eine Verordnung zum unveräußerlichen Staatseigentum erklärt worden. Die »Listen« sollten es den Amtsstellen erleichtern, das Hab und Gut zu sortieren und »geeigneter Verwertung« zuzuführen.«¹¹⁰

Unter Einbeziehung der Jüdischen Gemeinde und der Reichsbahn, mit der die Bereitstellung von Sonderzügen vereinbart worden ist, werden die seit Ende November 1940¹ unterbrochenen Transporte am 13. Januar 1942 wieder aufgenommen. Hildegard Henschel erinnert sich daran: »Der 13. Januar 1942, ein Sonntag, der sibirisch kalt war, sah den ersten Transport von 1000 Personen mit einem der Gemeinde unbekanntem Ziel in Viehwagen, die vom Bahnhof Grunewald abgingen. Die Kälte war unerträglich, das Resultat langer Verhandlungen der Gemeinde mit der Gestapo war die Erlaubnis, die Viehwagen mit Matratzen, Eimern, Matten, Decken, Karbidlampen usw. einigermaßen auszustatten. [...] Eisenbahnbeamte haben später erzählt, wie viele Menschen auf diesem Transport gestorben sind, die Zahl habe ich vergessen, sie ist auch nicht so wichtig wie die Tatsache selbst. [...] Die Transporte gingen weiter, teils in Viehwagen, teils in Personenwagen, die Viehwagen überwogen aber, man vervollkommnete die technischen Hilfsmittel, man erhöhte das Hilfspersonal, man verbesserte nach Möglichkeit die Verpflegung auf dem Bahnhof und im Sammellager, aber den Charakter der herdenweisen Massenaustreibung konnte man den Vorgängen nicht nehmen.«¹¹¹

Die von der Reichsbahn bereitgestellten Transportkapazitäten übersteigen bald die Anzahl der Personen, die bisher durch die Wohnungswahl der »Abrißmieter« und Begünstigten zur Exmittierung bestimmt worden sind. Vizepräsident Clahes erweitert deshalb den Kreis der zur Anmietung von »Judenwohnungen« Wohnberechtigten. Der SS, dem Reichspropagandaministerium und anderen Ministerien und Parteigliederungen werden feste Kontingente an Wohnberechtigungsscheinen zugestanden¹¹². Darüber hinaus kann Clahes nach seinem »Rundschreiben Nr. 19« vom 1. April 1942 nun auch offiziell – seit Som-

Wohnungs-Nachweis Nr.	Stand	Gesamtzahl der »Judenwohnungen in jüdischem Grundbesitz«	Gesamtzahl der »Judenwohnungen in arischem Grundbesitz«	Von den »Judenw. in arischem Besitz« sind der Stadt als »Katastrophenwohnungen« zur Verfügung gestellt
12	31. Januar 42	8.000	10.624	1.871
13	28. Februar 42	8.061	10.396	2.551
14	31. März 42	8.087	10.085	2.684
15	30. April 42	8.081	9.777	2.825
16	31. Mai 42	8.038	9.315	2.771
17	30. Juni 42	8.034	8.978	2.736
18	31. Juli 42	8.001	8.428	2.678
19	31. August 42	7.993	8.220	2.643
20	30. September 42	8.004	8.025	2.750

Überblick über die Gesamtzahl der 1942 dem G.B.I. zur Verfügung stehenden »Judenwohnungen«

mer 1941 war diese Praxis bereits üblich – Einzelpersonen einen Mietberechtigungsschein ausstellen. Er muß von Clahes persönlich unterschrieben werden, der sich auch das Recht der »Hingabe von Wohnungen an bestimmte Personen oder Firmen durch besondere Verfügung, [...] der Hingabe von Judenwohnungen im Tausch gegen eine arische Wohnung« oder der »Zuweisung einer Judenwohnung an einen bisherigen arischen Untermieter eines Juden als Hauptmieter«¹¹³ zugesteht. Damit die Wohnungen besser aufzufinden sind, müssen jüdische Mieter seit dem 26. März 1942 ihre Wohnungstüren mit einem gelben Stern kennzeichnen. Für Eingeweihte bedeutet dieses Zeichen, daß die Wohnung zu haben ist.

Für den Fall, daß auch auf diesem Weg nicht genügend Juden für den angesetzten Transport zusammenkommen, wird die Bestimmung der fehlenden Personen der Jüdischen Gemeinde überlassen, die auch Hilfsdienste bei den »Umzügen« zu leisten hatte. Joel König erinnert sich: »Auf Befehl der Gestapo war ein »Judenrat« ernannt worden, angeblich um die Interessen der jüdischen Bevölkerung wahrzunehmen und sie der Gestapo gegenüber zu vertre-

ten. Der Sitz des Judenrats war im Nebengebäude der großen Synagoge in der Oranienburger Straße. Von dort aus wurden die jüdischen »Ordner« in alle Richtungen Berlins geschickt, um bei den »Umsiedlungen« und den Möbeltransporten behilflich zu sein. - Die Männer des Judenrats mußten selbst die Personen für die einzelnen »Umsiedlungsaktionen« auswählen. Offenbar glaubten sie, noch Schlimmeres verhüten zu können, wenn sie den Befehl der Gestapo ausführten.«¹¹⁴

Raul Hilberg bestätigt diese Angaben aufgrund der Aussagen und Aufzeichnungen von Martha Mosse, Philipp Kozower und Moritz Henschel: »Die jüdische Führung steuerte aber nicht nur Personal, Räumlichkeiten und Hilfsmittel bei, sondern beteiligte sich auch an der weit heikleren Aufgabe, die Quoten für die vorgesehenen Transporte zu füllen. Anfangs stellte die Berliner Kultusvereinigung vor jedem Transport lange Listen mit 3-4000 Namen auf und intervenierte sodann zugunsten einiger der Ausgewählten, in der Hoffnung, die Deportationen würden schon bald wieder eingestellt. Solange es noch eine genügende Anzahl von Juden in der Stadt gab, bewilligte die Gestapo solche

*Interventionen ohne weiteres. Im Frühsommer 1942 änderte sich die Situation jedoch. Ende Juni befanden sich nur noch 54.000 Juden in Berlin, und der Anteil der Zurückgestellten oder Befreiten an der Gesamtzahl hatte eine beträchtliche Größenordnung erreicht.*¹¹⁵

In der Abteilung II/4, die inzwischen umbenannt worden ist in »Hauptabteilung II/4 Umsiedlung«, wird in Tradition der gerade in Berlin um die Jahrhundertwende hoch entwickelten Statistik genaustens Buch geführt über jede geräumte und wiedervermietete »Judenwohnung«. Die Akten der Abteilung II/4 sind bis auf wenige erhalten gebliebene Reste verbrannt¹¹⁶. Zu diesen Resten gehört eine Akte mit 18 Wohnungsnachweisen über »Judenwohnungen« in arischem bzw. in jüdischem Besitz. Es sind die »Wohnungs-Nachweise« Nr. 12 bis 20, die zwischen dem 31. Januar 1942 und dem 30. September 1942 in der Abteilung II/4 jeweils zu Monatsende angelegt worden sind – statistische Tabellen, die die Gesamtzahl der noch nicht geräumten und damit dem G.B.I. zur Neuvergabe zustehenden angeben. Die monatlich erstellten Tabellen unterscheiden die Wohnungen danach, ob sie in »arischem« oder »jüdischem Grundbesitz« liegen, schlüsseln sie auf nach Wohnungsgröße und Stadtteilen und geben an, wieviele der »Judenwohnungen« in arischem Grundbesitz der Stadt als »Katastrophenwohnungen« zur Unterbringung Bombengeschädigter zur Verfügung gestellt worden sind.

Seit dem 30. Juni 1942 klebt auf jeder Tabelle mit den arischen »Judenwohnungen« ein schreibmaschinenbeschriebener Zettel mit dem Vermerk: »Nach Unterlagen der Gestapo (Obersekretär Prüfer) siehe Aktenvermerk vom 26. Juni 1942 stehen dem G.B.I. nur noch rund 5.750 Judenwohnungen im arischen Hausbesitz zur Verfügung.«¹¹⁷ Auf den Tabellen mit den Wohnungen in jüdischem Grundbesitz klebt ein entsprechender Zettel mit dem Vermerk, daß es nur noch rund 5.000 Wohnungen seien. Vier Monate lang bleibt es unverändert bei der Angabe von Prüfer.

Es ist zu vermuten, daß sich Prüfer – nachdem sein Chef Heydrich am 4. Juni 1942 an den Folgen des eine Woche

zuvor von tschechischen Widerstandskämpfern in Prag auf ihn verübten Attentats gestorben war – selbständig gemacht hat und nun auch ohne Kenntnis des G.B.I. »Judenwohnungen« räumen ließ, um sie anschließend privat zu vermakeln. Diese Vermutung wird durch die von Raul Hilberg zusammengefaßten Aussagen von Martha Mosse bestätigt: »Am 29. Juli 1942 verlangte Prüfer von Henschel eine »Personalkartei sämtlicher Juden Berlins« mit detaillierten Angaben für jede aufgeführte Person. Am gleichen Tag bemerkte Prüfers Assistent, Kriminalsekretär Walter Dobberke, gegenüber Kozower, daß auf Basis der bestehenden Kriterien nicht mehr als 300 Juden für die beiden Transporte aufgetrieben werden könnten, die am 15. und 31. August mit jeweils 1000 Personen in Richtung Osten abgehen sollten. Angesichts dieses Fehlbestands fragte er sich, ob man nicht auf Arbeiter und Partner von Mischehen werde zurückgreifen müssen. Kozower machte den Gegenvorschlag, das erforderliche Soll dadurch zu erreichen, daß man die Insassen von Konzentrationslagern und ihre Familien heranziehe. Stübbs befand diesen Vorschlag für wert, einer anberaumten Besprechung deutscher Stellen zur Erörterung vorgelegt zu werden. Doch Anfang September kamen Prüfer und Dobberke in einem Gespräch mit Kozower und Mosse erneut auf das Thema zu sprechen, in dem sie darauf hinwiesen, »daß das Material sowohl für die Alterstransporte wie für die Osttransporte jetzt sehr knapp geworden« sei.«¹¹⁸

Prüfer hat nicht mit den akribischen Statistikern der Abteilung II/4 gerechnet, und seine Maklergeschäfte fliegen auf: »Ende Oktober 1942 erlebte das Stübbs-Prüfer-Gespann ein jähes Ende. Beide wurden verdächtigt, sich in Ausübung ihres Amtes bereichert zu haben. Stübbs beging vor seiner Verhaftung Selbstmord. Prüfer kam während der Untersuchungshaft bei einem Bombenangriff ums Leben. Ihre Nachfolge trat Alois Brunner an, der mit einer Reihe von Jupos¹¹⁹ aus Wien anreiste. Brunner wechselte sofort den Umgangston und führte neue Verfahrensweisen ein. Hinfort hatte sich in Gemeinderäumen jeder Jude zu erheben, sobald eine Person »deutschen Blutes« eintrat, und von

dieser mindestens zwei Schritte Abstand zu halten. Die Aufnahmekapazität der Sammelstellen war durch Entfernung sämtlichen Mobiliars zu erhöhen. Aus der Zentrale in der Großen Hamburger Straße mußte selbst die Küche entfernt werden. Die Gemeindeangestellten hatten rund um die Uhr Dienst zu tun. Es waren Stadtpläne von Berlin zu erstellen, darunter einer, auf dem die jüdische Wohndichte einzelner Häuserblocks einzutragen war. Schließlich war ein jüdischer Ordnerdienst aufzustellen, der der Gestapo bei den bevorstehenden Aktionen zur Hand zu gehen hatte. Gemäß diesen Anweisungen teilte Dr. Eppstein den Gemeindeangestellten mit, daß die jüdischen Ordner die Gestapoausherber zu den Wohnungen der Juden zu begleiten und den Betroffenen beim Packen ihrer Sachen zu helfen hatten. Wer sich dieser Pflicht widersetze, Juden warne oder zur Flucht ver helfe, werde erschossen, seine Familie nach Osten abtransportiert. So durchkämmten die jüdischen Ordner, gekennzeichnet mit roten Armbinden, an der Seite der Gestapo Haus um Haus die Stadt.

Obwohl Brunnens Interimsregime nur von kurzer Dauer war, hinterließ es deutliche Spuren. Sturmbannführer Stock, der Ende November 1942 Brunnens Nachfolge antrat, befahl Henschel, für weitere Razzien eine reguläre »Abholkolonne« von 90 Mann aufzustellen; doch die nun folgende Großaktion, die den jüdischen Fabrikarbeitern galt, erforderte weit stärkere Kräfte. Im Verlauf dieser Aktion fuhren Mannschaftswagen der SS-Leibstandarte Adolf Hitler direkt auf die Betriebsgelände und ergriffen die jüdischen Arbeiter von ihrem Arbeitsplatz weg. Andere SS-Lastwagen hielten vor jüdischen Wohnhäusern und transportierten jeden ab, den sie in diesen Häusern antrafen. Daraufhin, so Dr. Mosse nach dem Krieg, begaben sich Gestapo und jüdische Gemeindeangestellte gemeinsam auf die Suche nach den Angehörigen der Festgenommenen, um »die auseinandergerissenen Mitglieder einer Familie zusammenzubringen«. Von den überfüllten Sammelstellen fuhren Nacht für Nacht gedeckte Last- und Möbelwagen mit ihren Opfern zum nächstgelegenen Bahnhof, von wo der Transport nach Auschwitz abging.«¹²⁰

Heydrichs Nachfolge übernimmt – nach einer Übergangszeit – am 30. Januar 1943 Ernst Kaltenbrunner, der zuvor die »Entjudung« Wiens organisiert hatte. Er bringt seine eigene Gefolgschaft und seine eigenen Methoden mit. Kaltenbrunner bevorzugt es, systematisch nach Stadtbezirken vorzugehen, die einer nach dem anderen für »judenfrei« erklärt werden – eine Methode, die eine dauernde Serie von Erfolgsmeldungen sichert. Er leitet die Transportzüge nicht mehr zunächst in die Ghettos der besetzten polnischen Städte, sondern direkt ans Ziel. Der erste Reichsbahnzug mit 210 Berliner Juden, der direkt ins Vernichtungslager Auschwitz fährt, verläßt den Bahnhof Grunewald am 11. Juli 1942. Spätestens seit diesem Zeitpunkt erfüllt die Arbeit der G.B.I.-Abteilung II/4 in all ihren Konsequenzen den objektiven Tatbestand der Beihilfe zum Mord.

Die Räumungslisten der Abteilung II/3¹²¹ belegen, daß es kaum noch »Abrißmieter« sind, an die die geräumten »Judenwohnungen« vermietet werden. Neben festen Kontingenten für die SS, das Propagandaministerium, die Stapo-Leitstelle, für Adolf Eichmann, das Auswärtige Amt und weitere staatliche und parteiliche Dienststellen stellt Clahes Mietberechtigungsscheine für Einzelpersonen aus, die in den Adressenangaben auf den Räumungslisten durch ihre Dienstgradbezeichnung oder ihre Dienstadressen zu erkennen sind. An sie werden vor allem die begehrten Großwohnungen in Wilmersdorf und Charlottenburg vergeben. »Judenhäuser« werden insgesamt geräumt und den genannten Behörden übergeben. Als die Räumungen nun zunehmend ihren ursprünglichen Sinn für den G.B.I. verlieren – als Ersatz für die Mieter der Abrißwohnungen zur Verfügung zu stehen –, läßt sich Speer durch die am 12. Juni 1942 erlassene »3. Verordnung über die weitere Wiedervermietung ehemaliger Judenwohnungen« das weitere Verfügungsrecht über diese Wohnungen sichern.

Die Verordnung regelt, daß die Neuvermietung einer nach dem 13. Februar 1939 freigewordene »Judenwohnung« dreimal nacheinander vom G.B.I. genehmigt werden muß, bevor sie durch den Vermieter wieder frei angeboten werden darf¹²². Die Kontrolle über dieses Verfahren macht

Generalbauinspektor
in der Reichshauptstadt
74 Umsiedlung

Wohnungs-Nachweis

über Judenwohnungen im arischen Grundbesitz Nr. 20

Stand am 30. Sept. 1942

[illegible]

+ Anmerkung: einschliesslich der für Katastrophenzwecke der Stadt Berlin gemeldeten 2750 Judenwohnungen.
Hiervon stehen 1000 Judenwohnungen der Stadt für Kriegsdauer als eiserner Bestand zur Verfügung.

Berlin, den 1. Oktober 19 42

eine neue Kartei erforderlich. Bisher bestanden in der Registratur der Umsiedlungsabteilung zwei »Judenkarteien«: Die Wohnungsliste mit allen erfaßten Wohnungen jüdischer Mieter, nach denen die Wohnungsnachweise für die »Abrißmieter« verfaßt wurden, und die Kartei mit den alphabetisch nach Straßen sortierten roten Meldekarten, den durch die Vermieter eingesandten Abschnitten der Mietberechtigungsscheine im »Postkarten-Format« DIN-A-6, auf denen auch der Name des Nachmieters angegeben war. Beide Karteien werden nun auf die »Karteikarte Formular F B 21«¹²³ übertragen, gelbe Karteikarten im Format DIN-A-5. Diese neue, sogenannte »gelbe Judenkartei« enthält auf der Vorderseite der Karten Angaben über Lage, Ausstattung und Miete der Wohnung sowie Namen des jüdischen Mieters und des Vermieters, auf der Rückseite die Freifelder für die drei Genehmigungsvermerke mit Datum der Neuvermietung und Namen des Nachmieters. Die Karteikarten werden nach Straßen sortiert und in alphabetisch gekennzeichneten Leitz-Ordern abgeheftet.¹²⁴ Am 11. November 1942, unmittelbar bevor die G.B.I.-Abteilung II/4 ihr Arbeitsgebiet »Vermietung von Judenwohnungen« an das Hauptplanungsamt der Stadt Berlin abgibt, besteht die Kartei aus 55 Ordnern. Das sind 4 laufende Aktenmeter, die wahrscheinlich ein fünfstöckiges Aktenregal mit 80 cm Normbreite gefüllt haben.

Unter den nach dem Krieg aufgefundenen Teilbeständen der Plankammer des G.B.I. findet sich unter anderem eine Mappe mit vier nicht datierten Plänen, die neben dem Geheimhaltungsstempel den Dienststempel des Generalbauinspektors tragen und überschrieben sind mit dem Titel: »Judenreine Gebiete«¹²⁵. Es sind Lichtpausen der Kartierung Berlins in den Maßstäben 1:25.000 und 1:4.000; die Stadtgebiete, die sie mit dicken Linien umgrenzt ausweisen, liegen ausschließlich im Südwesten Berlins. Der Plan 1:25.000 zeigt die mit Einfamilienhäusern und Villen bebauten Stadtteile außerhalb des S-Bahnringes beiderseits der Havel: Westend, Eichkamp, Grunewald, Dahlem, Zehlendorf, Nikolassee, Wannsee, Gatow und Kladow. Die drei Pläne im Maßstab 1:4.000 weisen die »hochherr-

schaftlichen« Mietshausgebiete innerhalb des S-Bahnringes aus, die sich einerseits durch die überwiegend großen Wohnungen, andererseits durch den hohen Anteil an jüdischen Bewohnern und jüdischem Grundbesitz auszeichnen: das Hansaviertel, das Tiergartenviertel (westlich der Bendlerstraße, wo es nicht zum Abriß vorgesehen war), die Wohn- und Geschäftsviertel in Charlottenburg und Wilmersdorf beiderseits des Kurfürstendamms und das »Bayrische Viertel« zwischen Kaiserallee und Martin-Luther-, Motz- und Wexstraße in Wilmersdorf und Schöneberg. Alle Adressen von »Judenwohnungen« aus den fragmentarisch erhalten gebliebenen Wohnungsnachweisen und Räumungslisten des G.B.I. stammen aus diesen »judenreinen Gebieten«, auf die sich die Begehrlichkeit des G.B.I. in erster Linie konzentriert hat. Ein zweiter, ebenfalls als »streng geheim« deklarierter Plan aus den erhaltenen Beständen der G.B.I.-Plankammer belegt, daß dieser Raubzug nicht so glatt verlaufen ist, wie er geplant war. Der erste, vom Hauptplanungsamt der Stadt Berlin angelegte Schadensplan¹²⁶ im Maßstab 1:4.000, der vom 13. Januar 1944 stammt und als Ergebnis der britischen Luftangriffe, vor allem seit November 1943, ausschließlich die total beschädigten und nicht mehr wiederaufbaufähigen Häuser in Berlin ausweist, zeigt, daß es neben den Industriestandorten gerade diese innerstädtischen »judenreinen Gebiete« waren, die als Hauptangriffsziele der Royal Air Force ausgewählt worden sind. In London lebten inzwischen genügend Emigranten aus Berlin, die die Stadt sehr genau kannten, um diese Zielbestimmung begründen zu können.

Für die Zeit, in der die Deportationslisten auf direkte Anweisung der G.B.I. zusammengestellt worden sind, hat Robert Kempner aus verschiedenen nach dem Kriege aufgefundenen Akten insgesamt 21 Osttransporte ermitteln können, deren Ziele – zumeist »Litzmannstadt« (Łódź), Riga und Trawniki – Zwischenstationen vor der weiteren Deportation in die verschiedenen Vernichtungslager waren. Von 19 dieser, zwischen dem 18. Oktober 1941 und dem 26. Oktober 1942 abgegangenen Transporte sind die Zahlen der deportierten Personen bekannt, es sind zusammen

40

◎ 卷之四 雜著

I. Laufendes Kontingent:

630 600 ~~332~~ 313
~~294~~ ~~363~~

120 116 4

	20	20	-
1. Gau NSDAP (Görlitzer)	20	20	-
2. N.S.V.	5	5	-
3. Eichmann	15	12	3
4. Stapo-Leitstelle	10	10	-
5. Auswärtiges Amt	70	59	11
6. Ost-Ministerium	15	14	1
7. Innenministerium	8	8	-
8. Volksdtsch. Mittelstelle	5	4	1
9. Finanzministerium	15	15	-
10. O K M	3	2	1
11. Gau NSDAP (Wachholz)	5	4	1
12. Oberste SA-Führer	5	5	-
13. Reichsjugendführung	5	5	-
	<u>95</u>	<u>68</u>	

Lage der Wohnung: Ort: W. 50

Judenwohnung:

Art der Wohnung:

Anzahl der Räume: 6 ¹/₂ Zimmer, Küche, Kammer, Mädchenzimmer,
Bad, Toilette, Boden, Keller, sonst. Zubehör:

Ww.	Zhzg.	Ofhzg.	Fahrst.
-----	-------	--------	---------

Monatliche Miete:

Anschrift des Vermieters: Ella Otto

Zehlendorf

Telefon: 84 72 58

Hohes Holz 11

Wohnung endgültig freigegeben
am:

Wohnung verbleibt meldepflichtig

8228-FB.21.1916

1. Genehmigung zur Wiedervermietung am: 1.11.42 an: Unger-Barke

1. Freigabe " " " " "

lt. Meldung vom " " Wohnung frei zum " "

2. Genehmigung zur Wiedervermietung am: 1. M. 42 an: Unger-Barke.

2. Freigabe " " " " "

lt. Meldung vom " " Wohnung frei zum " "

3. Genehmigung zur Wiedervermietung am: " " an: " "

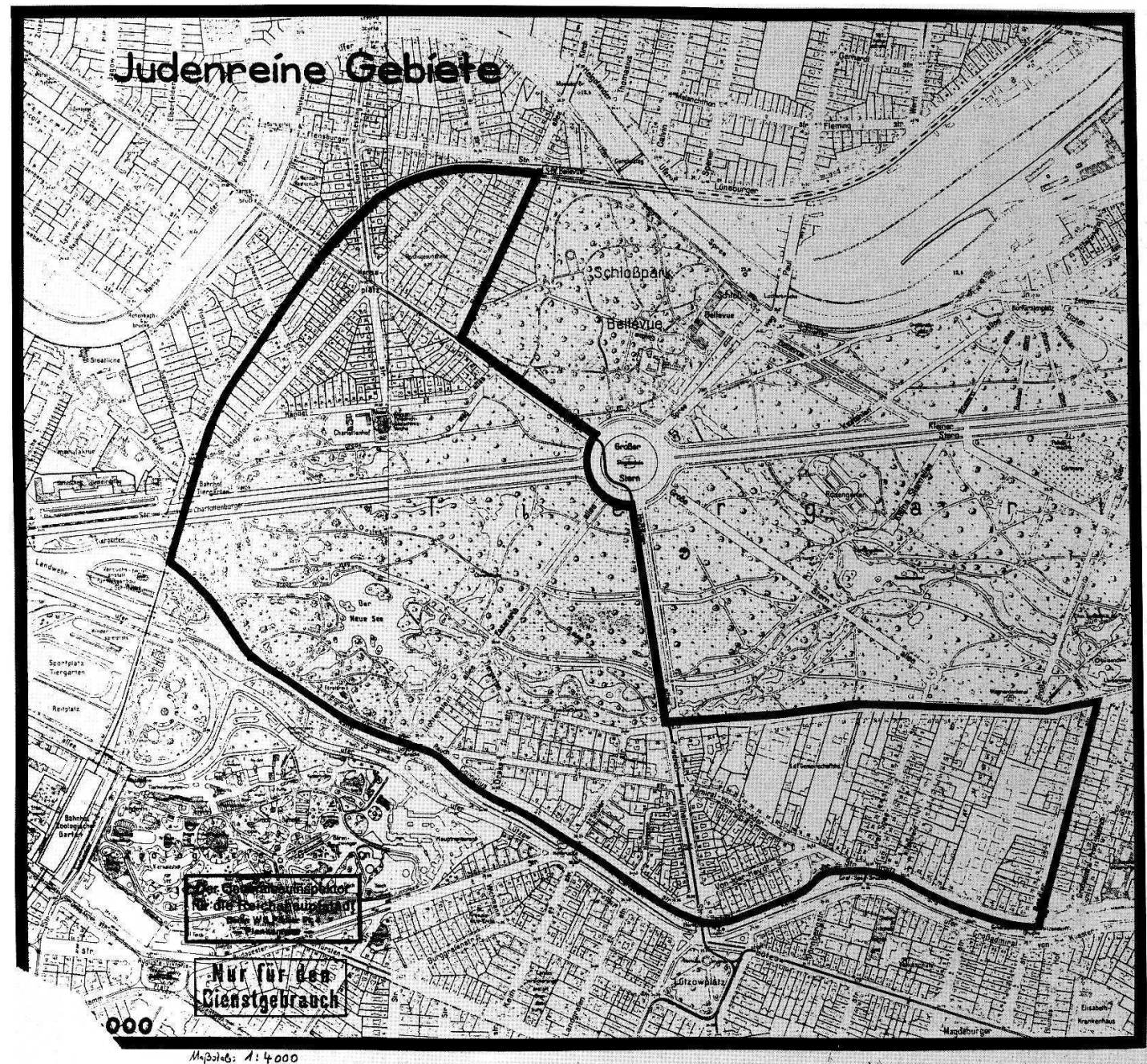
3. Freigabe " " " " "

lt. Meldung vom " " Wohnung frei zum " "

Bemerkungen:

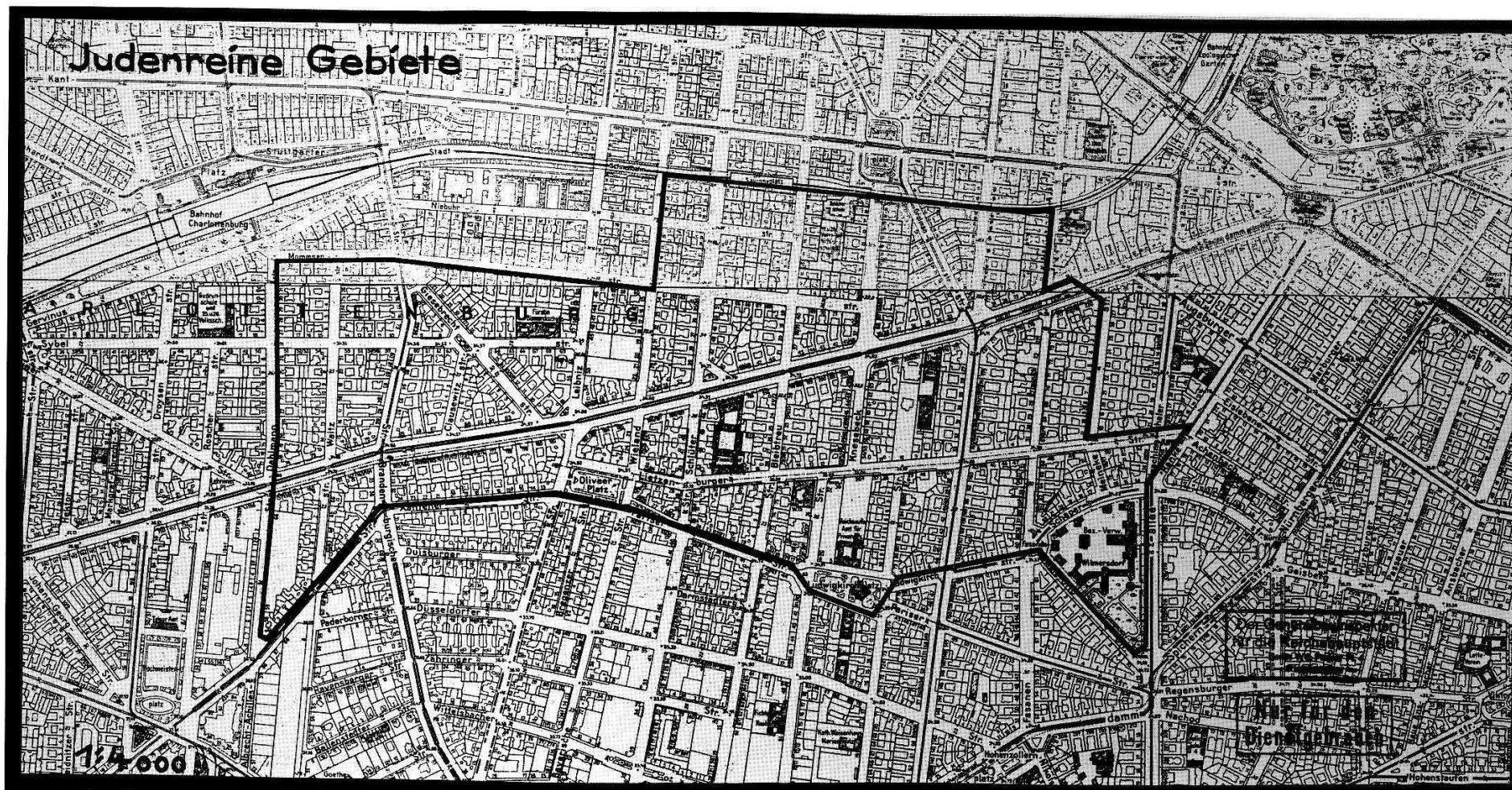
Vorder- und Rückseite einer »gelben Judenkarteikarte« (November 1942). Mit diesen Karteikarten sollte das dreimalige Verfügungsrecht über die Neuvermietung ehemaliger »Judenwohnungen« für den Generalbauinspektor gesichert werden

Der Generalbauinspektor
der Reichshauptstadt:
»Judenreine Gebiete«,
Berlin-Tiergarten und
das Hansaviertel (nicht datiert,
wahrscheinlich 1941)



22.684¹²⁷. Von ihnen haben nur wenige überlebt. Zu diesen schätzungsweise 25.000 Personen kommen noch diejenigen, die seit dem 6. Juni 1942 mit »Alterstransporten« nach Theresienstadt verschleppt worden sind, weiterhin die hohe Zahl derer, die sich vor der Deportation selbst umgebracht haben, und die wenigen, die noch mit Ausnahmege-nehmigungen oder illegal emigrieren konnten.

Nach den Listen von Bruno Blau lebten am 1. Oktober 1941 noch 72.972 »Rassejuden« in Berlin, am 1. Januar 1943 waren es nur noch 27.261¹²⁸. Die Deportationen wurden seit November 1942 unter der Regie Kaltenbrunners weitergeführt. Nachdem am 31. März 1945 der letzte Reichsbahnzug mit Juden Berlin verlassen hatte¹²⁹, lebten noch 5.990 »Rassejuden« in der Stadt¹³⁰.



Der Generalbauinspektor der Reichshauptstadt: »Judenreine Gebiete«, Berlin-Wilmersdorf und Berlin-Charlottenburg (nicht datiert, wahrscheinlich 1941)

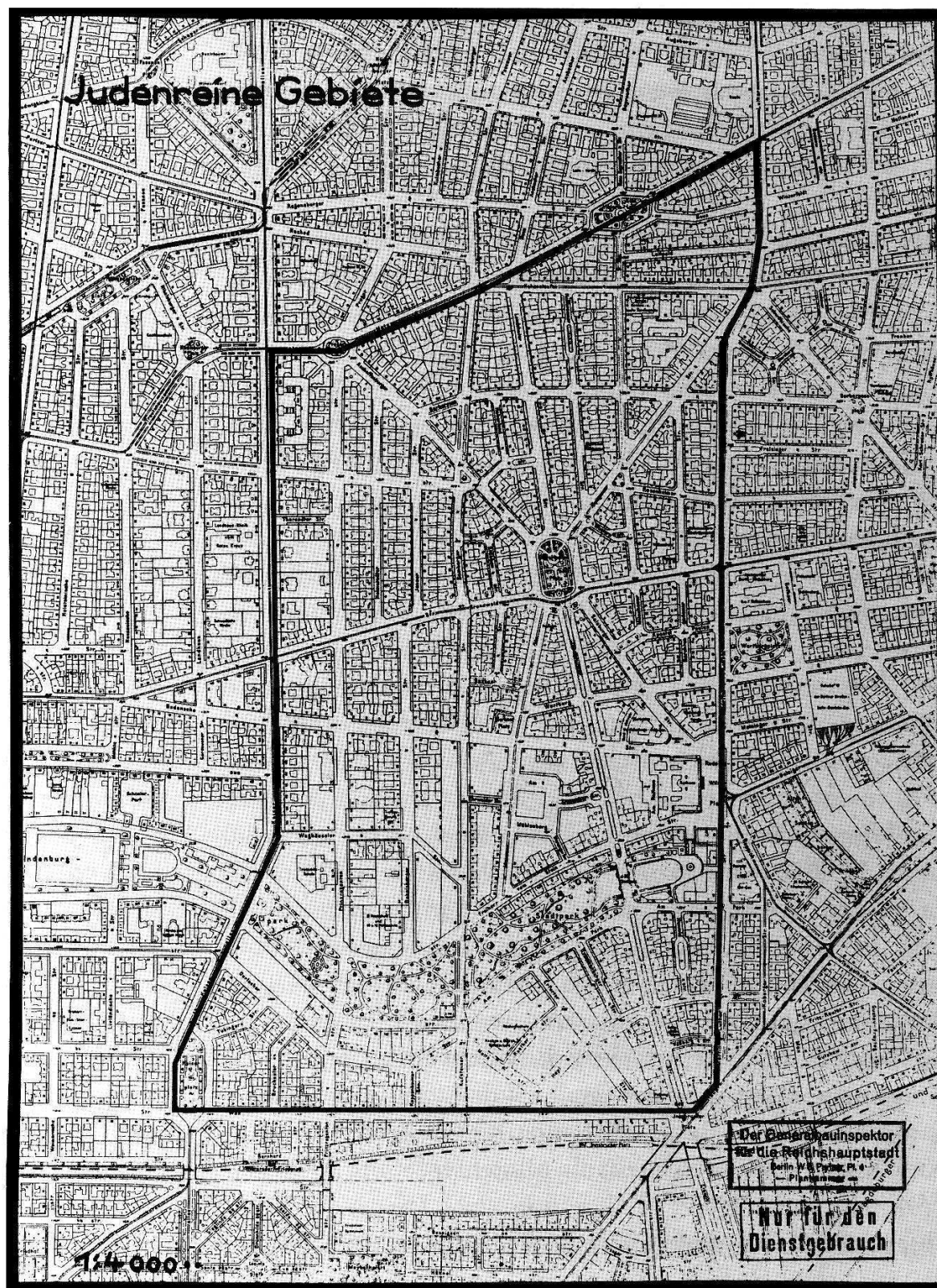
Das Netz

Die, wenn auch lückenhaft erhaltenen, 118 Duplikate der Räumungslisten, die die Abteilung II/3 an den Gestapo-beamten Prüfer weitergegeben und damit die Deportation beantragt hat, enthalten genaue Angaben. Sie betreffen nur die einzelnen »Judenwohnungen« in arischem Hausbesitz außerhalb der Abrissbereiche, die im Zeitraum zwischen Februar 1941 und November 1942 geräumt, renoviert und neu vermietet worden sind. Sie enthalten zusätzlich zu den genauen Angaben über die »Judenwohnung« – wie sie auch auf den Wohnungsnachweisen gedruckt sind (Adresse, Lage im Haus, Zimmerzahl, jüdischer Mieter und Vermieter) – die genauen Angaben über den neuen Mieter, der

die Wohnung nach der Renovierung übernimmt, mit Namen, Adresse und der Nummer des Mietberechtigungsscheins. Nur in den wenigsten Fällen waren es Mieter aus den Abrissgebieten. Jeder einzelne dieser hier dokumentierten 1.675 Fälle ließe sich allein mit Hilfe der G.B.I.-Akten, des Berliner Adreßbuchs und dem vom Bundesarchiv Koblenz bearbeiteten *Gedenkbuch für die Opfer der Verfolgung der Juden*¹³¹ nachzeichnen. Wir können die Orte aufsuchen.

Den Mietberechtigungsschein Nr. 1 hat die Stenotypistin Helene Piepenstock erhalten, die im 3. Stock des Vorderhauses Hochkirchstraße 9, Ecke Großgörschenstraße 16, in Berlin-Schöneberg eine Zweizimmerwohnung bewohnte.

Der Generalbauinspektor der Reichshauptstadt:
 »Judenreine Gebiete«,
 Berlin-Schöneberg (Bayrisches Viertel)
 und Berlin-Wilmersdorf (nicht datiert, wahr-
 scheinlich 1941)



Das Haus liegt im »Bereich 25«, und ihr Haus ist im Mai 1941 eines der letzten, in dem noch »Arier« wohnen. Die »arischen« Nachbarmieter haben längst schon das Angebot des G.B.I. wahrgenommen und sind in eine der ihnen angebotenen, durch »Auswanderung« freigewordenen »Judenwohnungen« umgezogen. Die leeren Nachbarhäuser – soweit es nicht »Judenhäuser« sind, die dicht belegt sind mit jüdischen Familien, die auf ihre Auswanderungsmöglichkeit warten – sind der Stadt bereits als »Katastrophenhäuser« zur Unterbringung der Bombengeschädigten übergeben worden¹³². Die durch den G.B.I. zur »Abrißmieterin« erklärte Frau geht, nachdem sie beim G.B.I. Wohnungsnachweis und Wohnberechtigungsschein bestellt hat, auf »Wohnungssuche« und wird fündig in Wilmersdorf, in der Jenaer Straße 23, wo im ersten Stock – nicht des Quergebäudes, wie im Wohnungsanzeiger steht, sondern des linken oder rechten Seitenflügels¹³³ – die Zweizimmerwohnung des Vertreters J. Garnmann liegt. Garnmann ist Jude. Die Wohnung gefällt der Abrißmieterin und auch die Gegend – der Umzug von der kleinbürgerlich-proletarischen »Roten Insel«, zwischen den Gleisanlagen in Schöneberg ins noble Bayrische Viertel, ist ein sozialer Aufstieg. Der Vermieter, die Metropol Grundstücks AG (in Grunewald, Hohenzollerndamm 46/47) schickt die rote Meldekarte, den Abschnitt vom Mietberechtigungsschein Nr. 1, den Frau Piepenstock vorgelegt hat, an die Räumungsabteilung II/3 des G.B.I., die seit Oktober 1940 im Westflügel des Hauses des Deutschen Gemeindetages in der Berliner Str. 9¹³⁴ sitzt. Die beiden Sachbearbeiter, die sich hinter den Kürzeln »Kr.« und »Wdl.« verbergen, stellen daraufhin am 3. Juni 1941 die Räumungsliste Nr. 14 zusammen und führen darin als »Judenwohnung Nr. 2« die Wohnung von Herrn Garnmann auf. Die Liste erhält anschließend Kriminal-Sekretär Prüfer von der Gestapo, dessen Schreibtisch zunächst im Zimmer 178a, Grunerstraße 12, steht – kurze Zeit darauf zieht er um ins Zimmer 204, Berlin C2, Burgstraße 28. Mit Hilfe der Personendatei des, von Adolf Eichmann geleiteten, Referats »Judenangelegenheiten und Räumung« des Reichssicherheits-

hauptamtes oder auch mit der Familiendatei der Jüdischen Gemeinde stellt Prüfer fest, welche Personen zu den Haushalten gehören, stellt eine Personenliste für die Räumung zusammen und bereitet die durch die SS und die Helfer der jüdischen Gemeinde vorzunehmende Räumung vor. Die jüdische Gemeinde kümmert sich inzwischen um die Unterbringung u.a. auch von Herrn Garnmann in einem »Judenhaus« innerhalb eines »Bereichs« des G.B.I.. Der seltene Name Garnmann findet sich wieder im *Gedenkbuch für die Opfer der Verfolgung der Juden*¹³⁵, Band 1, S. 395: Nathan Garnmann, geb. 18. Dezember 1874 in Kempen, letzter Aufenthalt unbekannt, für tot erklärt, Auschwitz. Möglich, daß J. Garnmann und Nathan Garnmann nicht identisch waren, möglich, daß ihm die zu diesem Zeitpunkt noch legale Auswanderung geglückt ist.

Bei den Namen, die auf der letzten Räumungsliste Nr. 87a vom 6. November 1942 zu finden sind, ist der Zusammenhang eindeutig. Bereits seit einem Jahr werden die geräumten jüdischen Mieter unmittelbar nach der Räumung deportiert. Das Berliner Adreßbuch und das Gedenkbuch der Opfer erschließen auch hier die Geschichte, die sich hinter den ersten beiden Wohnungsangaben der Räumungsliste 87a¹³⁶ verbirgt:

»Judenwohnung Nr. 1«: Wilmersdorf, Joachim-Friedrich-Straße 33, Seitenflügel, 1. Stock links, zwei Zimmer; jüdischer Mieter: Herper; Vermieter: Agop Bakirgian, Wdf., Güntzelstraße 7/8, Tel.: 87 45 76; Neuer Mieter: SS-Unterscharführer W. Frings, W.35, Lützowstraße 48/49 (Mietberechtigungsschein: 2943 – SS-Kontingent). Das Straßenverzeichnis des Berliner Adreßbuches von 1940 gibt Auskunft über die bisherige Wohnung des »neuen Mieters«: das Haus Lützowstraße 48/49 ist ein jüdisches Altersheim im Besitz der Jüdischen Gemeinde¹³⁷, Oranienburger Straße 29; und weiter über den »jüdischen Mieter«: Herper, R. – Witwe. Das Gedenkbuch verzeichnet: Herper, Rosa (geb. Husch), geboren am 22. Juni 1878, letzter Aufenthalt Berlin, verschollen in Auschwitz.

»Judenwohnung Nr. 2«: Charlottenburg, Leibnitzstraße 43, Vorderhaus, 4. Stock, zwei Zimmer; jüdischer Mieter:

Generalbauinspektor
für die Reichshauptstadt
Berlin
Verwaltung u. Wirtschaft
Postfach 2, Berlin SW 1, 4

Räumungsliste Nr. 87 a
=====

1111

- 1.) Wdf., Joachim Friedrich Str. 33, 2 Zi. jüd. Mieter: Herper
Sflg. I.lks.
Verm.: Agop Bakirgian, Wdf.,
Gintzelstr. 7/8
Tel.: 87 45 76
Neuer Mieter: SS.-U'scha.
F. Frings, W.35, Lützow-
str.48/49
M.B.Nr. 2943 SS.-K.
- 2.) Chbg., Leibnizstr. 43, Vdh.IV. 2 Zi. jüd. Mieter: Marum
Verm.: Allianz Lebensvers.
A.-G., W.8, Taubenstr.1/2
Neuer Mieter: Ltn. Otto Meyer
per Adr. Ministeramt des
Reichsmarschalls, SW.11,
Prinz Albrecht Str.5
M.B.Nr. 2937 S.
- 3.) Schbg., Innsbrucker Str.12, Vd.III.4 Zi. jüd. Mieter: Beschütz
Verm.: Oskar Pohland, Wdf.,
Gerdauer Str.9,
Tel.: 87 09 47
Neuer Mieter: Direktor
Begenkolb, Chbg., Bismarck-
str.112,
M.B.Nr. 2936 S.
- 4.) Wdf., Konstanzer Str.10, Vd.pt.r. 5 Zi. jüd. Mieter: Abramowici
Verm.: Fritz Marks,
Neuer Mieter: SS.-Rottenf.,
Oskar Jung, W.7, Friedrich-
str. 129
M.B.Nr. 2917 SS.-K.
- 5.) Wdf., Helmstedter Str.9, Vd.pt.r. 3 Zi. jüd. Mieter: Beer
Verm.: xxx M. Sauerland,
Neuer Mieter: SS.-U'scha.
Arthur Zelz, Wdf., Kaiser-
allee 188
M.B.Nr. 2897 SS.-K.



Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt, Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft: Räumungsliste 87a vom 6. November 1942. Diese Listen mit den Adressen der »Judenwohnungen«, der Vermieter und der Nachmieter wurden der Gestapo zur Vorbereitung der Räumungen übergeben

Marum; Vermieter: Allianz Lebensversicherungs A.-G., W.8, Taubenstraße 1/2; Neuer Mieter: Leutnant Otto Meyer, per Adresse Ministeramt des Reichsmarschalls, SW.11, Prinz-Albrecht-Straße 5 (Mietberechtigungsschein: 2937 – Sonderkontingent). Im Adreßbuch von 1937 findet sich die Angabe: Marum, Hans – Kaufmann, Leibnitzstraße 43; im Gedenkbuch: Marum, Hans, geboren am 15. April 1898, letzter Aufenthalt wahrsch. Berlin, gestorben am 2. Juli 1943 durch Freitod.

Auch ein beim G.B.I. angestellter Architekt, Willi Hanzer, findet sich, mit Angabe der Dienstadresse Pariser Platz 4, als »neuer Mieter« auf der Räumungsliste 50a vom 4.2.1942. Seine Wahl fiel auf die Wohnung von Frau B. Nossen in Charlottenburg, Lindenallee 25. In derselben Straße, im Haus Nr. 17/18, Ecke Platanenallee, lag das Privatbüro seines Chefs Albert Speer. Das Gedenkbuch verzeichnet drei Frauen aus Berlin mit Namen Nossen und Vornamen, die mit »B.« beginnen, und läßt offen, welche Frau wegen der Beschaffung einer neuen Wohnung für den Architekten Hanzer in den Tod getrieben wurde: Berta Nossen (geb. Feige), geboren am 16. Mai 1889, verschollen in Riga; Bertha Nossen (geb. Anshel), geboren am 16. Oktober 1890, verschollen in Auschwitz; oder Betty Nossen (geb. Landsberger), geboren am 16. März 1871, gestorben am 11. Februar 1943 in Theresienstadt.

Man kann auch den umgekehrten Weg gehen: Von einer bestimmten Adresse, verzeichnet auf einem der vielen tausend Koffer, die in Auschwitz zu Bergen aufgetürmt wurden, zurück zu jenen Adressen, die auf den Listen des G.B.I. zu finden sind.

Diese Räumungslisten ermöglichen es, einige der Fäden zu erkennen, die Personen und Orte in einem unsichtbaren Netz tausendfach verknüpfen. Dieses Netz verbindet, über unzählige Knoten von Zwangsaufenthalten und Bahntransporten, die Gaskammern von Auschwitz¹³⁸ mit jenem Ort, wo Speer im September 1938 die Idee der »zwangsweisen Ausmietung von Juden« entwickelt und später die Anordnungen für ihre Durchführung gegeben hat – mit dem Haus und Grundstück am Pariser Platz 4.

Im Anfang war das Wort

Wie steht es mit der Verantwortung für das Verbrechen, das von hier seinen Ausgang nahm? Am 13. August 1941, unmittelbar vor der Vorbereitung der ersten Evakuierung und zwei Wochen nach dem Auftrag Görings an Heydrich zur Vorbereitung der Endlösung, beschreibt Rudolf Wolters in der G.B.I.-Chronik eine denkwürdige Begebenheit, die mit einer »Leichenfeier« im Gasthaus Horcher, dem Stammlokal Speers und seiner Abteilungsleiter, einen makabren Abschluß fand: *»Nachdem Herr Speer schon längere Zeit hindurch den ›lustwandelnden Bürokratismus‹ seiner ziemlich groß gewordenen Gefolgschaft beobachtet hatte, berief er am 13. August seine leitenden ›Bürokraten‹, Professor Hettlage, Professor Brugmann, Vizepräsident Fränk und Clahes sowie den Personalchef Behrendt zu einer Besprechung, in der er in der bekannten Art von rhetorischen Fragen den Herren seine neuen Absichten mitteilte. Herr Speer verlangte eine Verselbständigung einzelner Abteilungen unter eigener Verantwortung. Er stellte als Richtlinie auf, daß diejenigen Aufgabengebiete, die nicht unbedingt vom Hauptchef persönlich erledigt werden müssen, mit Rücksicht auf den geringen Umfang, auf die Bedeutung der Angelegenheit und ein zu [bele]bendes größeres Tempo unter eigener Verantwortung auf den Abteilungsleiter übergehen sollen. [...] Im Anschluß an die Besprechung fand abends bei Horcher ein Begräbnis statt. Professor Hettlage hielt bei der Gelegenheit eine bemerkenswerte Begräbnisrede und überreichte dem Generalbauinspektor einen kleinen Holzsarg, in dem sich der ›Büokratius‹ persönlich, angetan mit einer Geschäftsordnung des Generalbauinspektors befand. Herr Speer ordnete an, daß dieser Sarg im Dienstzimmer von Professor Hettlage Aufstellung finden solle.«*¹³⁹

Die Geschäftsordnung ist, als sie eingesargt wird, genau 9 Monate alt, und Prof. Dr. Hettlage, der Präsident des G.B.I.-Hauptamts II, war ihr Vater. Der Paragraph 3 der Geschäftsordnung regelte bisher genauestens die Verantwortung für den Geschäftsbetrieb: *»Die Leiter der Hauptämter tragen gegenüber dem G.B.I. die Verantwortung für*

*ihre Arbeitsgebiete. Sie sind die Dienstvorgesetzten aller Mitarbeiter ihres Hauptamtes. Zur ständigen Vertretung des Präsidenten des Hauptamtes Verwaltung und Wirtschaft können zwei Vizepräsidenten bestellt werden. [...] Die Abteilungsleiter sorgen für die ordnungsmäßige Bearbeitung aller Angelegenheiten ihrer Sachgebiete.«*¹⁴⁰

Von Hettlage stammt auch der Entwurf des detaillierten Aktenplans und der verbindlichen Geschäftszeichen¹⁴¹, die auf jedem Schriftstück vermerkt sind. Das Zeichen »II 1 A 1/10« bedeutet danach: Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft – Abteilung 1 – Allgemeine Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten – Organisation, Allgemeines/Anordnung des G.B.I..

Ein schriftliches Dokument, das die Anordnung der »Umsiedlungsaktionen« belegen würde, haben wir in den Akten des G.B.I. bisher vergeblich gesucht, und es ist zu bezweifeln, daß es ein solches Schriftstück, das mit dem Geschäftszeichen »II 1 A 1/10« hätte versehen sein müssen, je gegeben hat. Dank des Chronisten Rudolf Wolters und der Protokollanten wissen wir von diesen »Speer-Anordnungen«. Solche Anordnungen, die ihre Verbindlichkeit durch den Zusatz, es sei »Wunsch des Führers«, erhielten, konnten von allen dem innersten Kreis um Hitler angehörenden Personen getroffen werden, solange sie ins Gesamtkonzept paßten. Und diesem »innersten Kreis« um den Führer, der sich bei den gemeinsamen Essen oder bisweilen auch nachts zu den privaten Filmvorführungen in der Reichskanzlei oder (um die Modelle der Reichshauptstadt zu besprechen) in den Ausstellungssälen der Akademie der Künste traf, gehörten nicht nur Goebbels, Göring und Himmler an, sondern auch die beiden »Ziehsöhne« Heydrich und Speer.

Solche mündlich geäußerten »Wünsche des Führers« kennzeichnen den Anfang nahezu aller mit der »Endlösung der Judenfrage« zusammenhängenden Aktionen. Sie erfolgten zumeist in einer nebulösen, sich oft völlig neuer Wortschöpfungen bedienenden Sprache, die die Art der Durchführung offenließ und damit wurde auch die Verantwortung innerhalb der weiterhin bestehenden Amtshierarchien

immer weiter nach unten delegiert und damit atomisiert. Es bedurfte nur eines Wortes, um eine gewaltige Maschinerie in Gang zu setzen¹⁴². Diese neue Befehlsstruktur wurde bereits bei der ersten Zwangsräumungsaktion Anfang 1941 erprobt, und das oben zitierte Protokoll vom 28. Januar 1941 demonstriert sie. Präsident Hettlage mußte einen Weg finden, um den durch den G.B.I. vermittelten Wunsch des Führers nach 1.000 Katastrophenwohnungen zu erfüllen, und er entwarf dazu ein Verfahren, das sich nur geringfügig von der Tätigkeit eines Immobilienmaklers unterscheidet: Wohnungsangebot, Genehmigung des neuen Mietvertrages, Organisation des Umzugs, Auftragsvergabe für die Renovierung und Beantragung der Zwangsräumung. Damit war die Sache für den G.B.I. erledigt. Die Lösung des dadurch neu entstehenden Problems, was mit den zwangsgeräumten Familien weiter geschehen sollte, wurde der SS übertragen, und die Beteiligten konnten ihr Gewissen durch gewollte Unkenntnis beruhigen.

Zum Prinzip dieser Maschinerie gehörte, daß sie sich im Prozeß entwickelte und eine Folge von kleinen Gewöhnungsschritten der vollen Funktion vorausgingen. Zunächst bot der G.B.I. »Judenwohnungen« an, die nach der Emigration ihrer Bewohner freigeworden waren; im zweiten Schritt waren es Wohnungen, die erst durch die Auswanderung freiwerden sollten – die Bewohner wurden wegen der eingeschränkten Ausreisemöglichkeiten zwischenzeitlich in »Judenhäusern« untergebracht; beim dritten Schritt waren es Wohnungen von Juden, die sich nicht zur Auswanderung entschlossen hatten, die nun zwangsgeräumt, aber wie bisher in »Judenhäusern« untergebracht wurden; beim vierten Schritt wurden die »Judenhäuser« in den »Bereichen« des G.B.I. durch das Ghetto von »Litzmannstadt« ersetzt und eine Evakuierung durchgeführt, wie sie im Rahmen des Katastrophenschutzes während der Bombardierung der Städte auch mit deutschen Kindern erfolgte, bevor schließlich das Ghetto durch die Vernichtungslager ersetzt wurde. In allen Fällen blieb die Maklertätigkeit des G.B.I., die am Anfang der Aktionen steht, scheinbar gleich, und doch veränderte sich ihre Bedeutung

und Tragweite mit jedem der Schritte. Es ist die »Kunst der Übergänge«, der langsamen und schrittweisen Modulationen, die die hier in Gang gesetzte Vernichtungsmaschinerie kennzeichnet.

Der Paragraph 32 der G.B.I.-Geschäftsordnung verpflichtete zur Geheimhaltung: »*Jeder Angehörige der Dienststelle ist zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Über alle ihm aus seiner Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten hat er auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses Verschwiegenheit zu bewahren.*« Diese Verpflichtung findet sich wörtlich auch als Paragraph 2 in dem im November 1938 vom ersten Präsidenten der Durchführungsstelle, Ernst Zörner, entworfenen Dienstvertrag¹⁴³, den seitdem alle Angestellten des G.B.I. unterschrieben haben.

Albert Speer ist wegen seiner Tätigkeit als Rüstungsminister zu 20 Jahren Gefängnishaft verurteilt worden, aber die Tätigkeit des G.B.I. war niemals Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung, und ihre wahre Geschichte ist bis heute nicht geschrieben worden.

Die Kontrolle über Arbeitskräfte und Rohstoffe

Für Speer ist mit der Verordnung vom 12. Juni 1942, die ihm das dreimalige Verfügungsrecht über alle der auf 40.000 geschätzten, nach dem 13. Februar 1939 freigewordenen, ehemals von Juden bewohnten Wohnungen – soweit sie nach Beendigung des Krieges noch vorhanden sein sollten – sichert, das Problem der Ersatzraumbeschaffung für die Abrisse gelöst. Damit war eines der Hindernisse beseitigt, die im Herbst 1938 die weitere Durchführung der Neugestaltungspläne scheinbar unlösbar blockiert hatten. Ein anderes Problem bestand jedoch weiter: die uneingeschränkte Verfügung über Arbeitskräfte und Transportkapazitäten als Voraussetzung für eine Neugestaltung der Reichshauptstadt, die bis 1950 abgeschlossen sein sollte. Hier war Speer aber – ebenso wie bei der Zuteilung von Baustoffen – nach wie vor abhängig von seinem Nachbarn am Pariser Platz, Fritz Todt, der seit 1938 nicht mehr nur für das Deutsche Straßenwesen zuständig war, sondern als

»Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft« praktisch das gesamte deutsche Bauwesen koordinierte. Dazu wurde 1938 für den Bau des Westwalls die »Organisation Todt« (OT)¹⁴⁴ gegründet, eine riesige staatliche Bauorganisation, die bei Kriegsbeginn in die Wehrmacht eingebunden wurde. Seit dem 17. März 1940 hatten sich Todts Kompetenzen – mit seiner Ernennung zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition – zudem noch auf die Lenkung der gesamten Kriegswirtschaft ausgeweitet.

Am 22. Juni 1941 hatte der Überfall auf die Sowjetunion durch die deutsche Wehrmacht begonnen. Das unerwartete Steckenbleiben des als »Blitzkrieg« geplanten Unternehmens im Schlamm und Schnee des russischen Winters und die Schwierigkeiten bei der Versorgung der deutschen Fronttruppen fiel zu einem erheblichen Teil in den Kompetenzbereich von Fritz Todt, dessen OT für die technischen Voraussetzungen des Straßen- und Schienenverkehrs sowie für die behelfsmäßigen Unterkünfte der Frontsoldaten und Kriegsgefangenen zu sorgen hatte. Bereits im Dezember 1941 kommandierte Speer daraufhin 30.000 Bauarbeiter aus seinem Berliner Baustab zum Osteinsatz an die Front ab, um dort der OT zu Hilfe zu kommen. Die Berliner Bauarbeiten zur Vorbereitung der Neugestaltung wurden vorerst eingestellt.

Über die Ereignisse, die dazu führten, daß Fritz Todt gänzlich ausgeschaltet wurde, informiert wieder die von Wolters verfaßte Chronik. Am 30. Januar 1942, dem Tag des fünfjährigen Bestehens seiner Dienststelle, fliegt Speer, in Begleitung seines Abteilungsleiters Fränk, zusammen mit dem Kommandeur der SS-Leibstandarte »Adolf Hitler«, SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich, in dessen Flugzeug – einem zum Passagierflugzeug umgebauten Bomber Typ Heinkel 111 – nach Dnjepropetrowsk, um dort an der Front die von Brugmann geleitete Einsatzbrigade des Baustabs Speer zu inspizieren¹⁴⁵. Am folgenden Tag verspricht Speer, weitere Kapazitäten aus seinem Berliner Bauprogramm für die Sicherung der Front zur Verfügung zu stellen: »Herr Speer wohnte am 31. Januar einem Kamerad-

schaftsabend beim Kraftwagentransportregiment 1 in Dnjepropetrowsk bei. Dem anwesenden Obergruppenführer Sepp Dietrich wurde vom Regiment nachts ein Fackelzug gebracht, worauf dieser eine Ansprache hielt. Herr Speer sagte Dietrich zwei Transport-Kompanien für Nachschubzwecke der Leibstandarte Adolf Hitler zu.«¹⁴⁶

Eine Woche später fliegt die kleine Reisegruppe aus Berlin – Speer, Fränk, Dietrich und der Flugkapitän Nein – nach mehreren, wegen des Wetters mißglückten Startversuchen und vergeblichen Versuchen, mit der Eisenbahn voranzukommen, weiter nach Rastenburg in Ostpreußen und trifft dort am Nachmittag des 7. Februar im Führerhauptquartier, der Wolfsschanze, mit Hitler und auch mit Todt zusammen. Wolters beschreibt nach den Berichten von Fränk und Speer die folgenreichen Ereignisse des 7. und 8. Februar: »Hier führte Herr Speer Besprechungen mit dem Transportchef General Gercke und dem Befehlshaber der Eisenbahntruppen durch. Er hatte ebenfalls eine Unterredung mit Reichsminister Dr. Todt. Während der Anwesenheit von Herrn Speer im Führerhauptquartier startete Dr. Todt am Morgen des 8. Februar mit seinem Heinkel 111. Nur wenige 100 Meter vom Flugplatz entfernt stürzte die Maschine nach Aussetzen einer der Motoren ab. Hierbei fand Reichsminister Dr. Todt den Tod.«¹⁴⁷

Im Januar 1942 hatte Hitler Sepp Dietrich folgendermaßen charakterisiert: »Sepp Dietrich hat eine besondere Rolle gespielt. Ich habe ihn immer dahin geschickt, wo es ganz kritisch war. Er ist eine Mischung von Schlauheit und von Rücksichtslosigkeit und Härte.«¹⁴⁸ Er war Hitlers »Mann fürs Grobe«, der auch 1934 den Mord an Röhm erledigt hatte.

Flugkapitän Nein, der die gleiche Maschine wie Todt flog, wurde kurze Zeit darauf Speers Privatpilot. Der Absturz von Todts Maschine wurde anschließend durch Heydrichs Gestapo mehrfach untersucht, immer wieder mit dem gleichen Ergebnis: Ein Motor war defekt.

Was unmittelbar danach geschieht, kommt für Speer nicht unerwartet, »denn schon im Frühjahr 1939, auf einer seiner Besichtigungsfahrten zum Westwall, bemerkte Hitler, daß er

*mir seine Bauaufgaben zu übergeben gedenke, falls Todt etwas zustoßen sollte».*¹⁴⁹

Wolters beschreibt die Folgen des mysteriösen »Unfalls«: *»Am 9. Februar ernannte der Führer Herrn Speer als Nachfolger Dr. Todts zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition, zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen und zum Generalinspektor für Wasser und Energie. Am 10. Februar ernannte der Reichsmarschall Reichsminister Speer zum Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft. Zwei Tage später bestimmte der Führer den Minister zum Nachfolger in allen übrigen Ämtern, die Dr. Todt innehatte. Reichsminister Speer wurde damit Leiter des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik (NSBDT). Am Morgen des 10. Februar traf der Minister, begleitet von Oberregierungsrat Haasemann, dem persönlichen Referenten Dr. Todts, mit dem Zuge auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin ein.«*¹⁵⁰

Für Speer bringt diese Berufung die Kontrolle über nahezu das gesamte deutsche Bauwesen. Die Funktionen, die er über das Rüstungsministerium hinaus erhält, geben ihm den Status eines »Reichsbauministers«, ein Amt, das es bisher nicht gegeben hat. Die »Organisation Todt« behält zwar weiter den Namen ihres Gründers, untersteht aber seit dem 9.2.1942 Speer, der mit seinem Arbeitsplatz vom Pariser Platz 4 ins Nachbarhaus Nr. 3 umzieht. Die Leitung der G.B.I., deren Arbeit weiter unter seiner Oberaufsicht steht, überträgt Speer nun seinen Abteilungsleitern.

Die Funktion als Rüstungsminister bringt Speer nun die uneingeschränkte Kontrolle über den Einsatz von Rohstoffen und Arbeitskräften, vor allem über den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge. Bereits im Dezember 1941 hatte Speer von Hitler das Einverständnis erhalten, *»zunächst 30.000 sowjetrussische Kriegsgefangene im Berliner Gebiet für die Durchführung der Arbeiten im Kriegsprogramm einzusetzen«*¹⁵¹. Sie waren jedoch, wie Wolters in der G.B.I.-Chronik festhält, *»mit Rücksicht auf die Sperrung der Lager wegen Krankheiten bzw. Transportschwierigkeiten noch nicht verfügbar«*¹⁵². Als Speer im Februar 1942 die Kontrolle über den Arbeitseinsatz der

sowjetischen Kriegsgefangenen übernehmen will, stellt Werner Mansfeld, der Leiter der im Januar 1941 von Göring eingerichteten »Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz«, in seinem Bericht vom 19. Februar 1942 fest: *»Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigen Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte. Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung, davon sind nur noch 1,1 Millionen übrig. Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten russischen Kriegsgefangenen (400.000) dürfte sich kaum erhöhen lassen.«*¹⁵³

Tatsächlich sind zu diesem Zeitpunkt bereits 70% der bis Ende 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen sowjetischen Soldaten erfroren, verhungert, an Seuchen gestorben oder umgebracht worden, und der größte Teil der noch Überlebenden war nicht transport-, geschweige denn arbeitsfähig. Obwohl bei der Planung des »Blitzkrieges« mit zwei bis drei Millionen Gefangenen gerechnet wurde, waren so gut wie keine Vorkehrungen zu deren Unterbringung, Transport oder Verpflegung getroffen worden. Für Speer, der sich der Bedeutung des Arbeitseinsatzes der Gefangenen für die Kriegswirtschaft, aber auch für das geplante Bauprogramm nach Beendigung des Krieges bewußt war, stellte sich das Problem, wie dieser Verlust an »Menschenmaterial« auszugleichen war. Die Lösung lag in der Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften aus der Zivilbevölkerung, vor allem aus den eroberten Ostgebieten. Um diese Arbeitskräfte »auszuheben« und der Kriegswirtschaft zuzuführen, wurde auf Betreiben Speers eine neue, dem Reichsmarschall Göring direkt unterstellte Dienststelle eingerichtet und am 21. März 1942 der Thüringische Gauleiter Fritz Sauckel zum »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« ernannt. Nachdem der Versuch der Anwerbung von Freiwilligen sich bald als untauglich herausgestellt hatte, ging Sauckel bei der »Zwangsrekrutierung« unter Einsatz der SS mit schrankenloser Brutalität vor, mit Methoden, die allenfalls Vorbilder in der antiken oder arabischen Sklavenwirtschaft hatten.¹⁵⁴

Der Baustab Speer wurde mit der OT vereinigt. Ende 1944

umfaßte die Organisation außer den Architekten und Bauingenieuren etwa 1,36 Millionen Arbeitskräfte, die in ganz Europa auf kriegswichtigen Baustellen eingesetzt wurden. Unter diesen 1,36 Millionen waren 14.000 »wehruntaugliche« deutsche Bauarbeiter, rund 22.000 KZ-Häftlinge und etwa 1 Million Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter¹⁵⁵. Bis Kriegsende wurden etwa 10-12 Millionen Männer und Frauen aus ihrer Heimat verschleppt – nur ein geringer Teil von ihnen kam freiwillig –, und in den mehr als 20.000 Arbeitslagern, allein in Berlin waren es etwa 500, gefangengehalten und zur Arbeit gezwungen. Sauckel wurde für diese Tätigkeit im Nürnberger Prozeß vom Internationalen Militärtribunal (IMT) wegen seiner »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zum Tode verurteilt und am 1. Oktober 1946 gehängt. Speer, neben Baldur von Schirach der einzige Angeklagte im Hauptkriegsverbrecher-Prozeß, der sich zu einer Mitschuld bekannte, wurde für den bedenkenlosen Einsatz von Zwangsarbeitern zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Es beginnen weitere unsichtbare Netze aufzutauchen, die vom Ort Pariser Platz 4 ausgehen und sich seit Februar 1942 auch vom Nachbargrundstück Pariser Platz 3 aus tausendfach verzweigen. Eines dieser Netze verbindet die 20.000 stacheldrahtumzäunten Arbeitslager mit dem Arbeitszimmer Speers, ein anderes verbindet die meisten deutschen Architekten und Bauingenieure miteinander, soweit sie nicht zum Einsatz in den Baustäben der SS abkommandiert worden waren oder in einer der dem »Reichswohnungskommissar für den sozialen Wohnungsbau« Robert Ley zugeordneten Planungsstellen arbeiteten. Die Tätigkeit der meisten als Planer oder Bauleiter arbeitenden Architekten und Ingenieure – die als »kriegswichtig« nachgewiesen werden mußte – war in den drei Jahren vor Kriegsende eingebunden in das von Albert Speer kontrollierte Bauwesen. Die Geschichte der »Organisation Todt«, für die ein Großteil dieser Planer, Zeichner und Bauleiter arbeitete, ist nicht greifbar, da eine der wichtigsten Arbeiten dieser Organisation in den letzten Kriegstagen darin bestand, die eigenen Akten zu vernichten. Außer

vielleicht für Ärzte, die weiterhin ihren Beruf ausüben konnten, war für keine Berufsgruppe die Wahrscheinlichkeit, als einfacher Soldat mit der Waffe in der Hand an der Front sterben zu müssen, so gering wie für die Architekten und Bauingenieure. Sie gehören, nahezu vollständig, zu den Überlebenden. Dadurch besteht ein Beziehungsnetz bis weit in die Nachkriegszeit fort, das die Ausbildungsstätten und die in den fünfziger und sechziger Jahren mit dem Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte befaßten Planungsämter, Architekturbüros und Baubetriebe umfaßt.

Die Probleme, die 1938 die Durchführung der »Neugestaltungspläne« hoffnungslos blockiert hatten, waren spätestens seit Anfang 1942 gelöst. Speer verfügte nun über Ersatzwohnungen, Arbeitskräfte – Zwangsarbeiter in nahezu unbegrenzter Zahl –, Transportkapazitäten und über die Zuteilung von Baustoffen. Die Kontrolle über die Gewinnung von Rohstoffen und Baumaterialien übte auch Präsident Hettlage aus, der auf Vorschlag Speers Aufsichtsratsvorsitzender der Montan-Industriewerke GmbH wurde – eine »Treuhandsellschaft«, die das konfizierte und erbeutete Industrievermögen verwaltete: *»Am 31. März 1942 betreute dieses Mammutunternehmen 52 Firmen mit 122 Werken,[mit] rund drei Milliarden RM treuhänderisch verwaltetem – also geraubtem – Anlagevermögen und einer Belegschaftsstärke von 178.970 Arbeitern, Angestellten, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern.«*¹⁵⁶

Nachdem nun Ressourcen in nie geahntem Maß vorhanden waren, stand einem großangelegten Baubeginn unmittelbar nach dem »Endsieg« nur noch die Stadt selbst im Wege. Das Problem war: Wie kann der Abriß der bestehenden Bausubstanz möglichst schnell und umfassend erfolgen, um über die Flächen zur Neubebauung verfügen zu können?

Die Zerstörung Berlins aus der Luft

Erinnern wir uns: Die Annektionen durch das Deutsche Reich hatten bereits lange vor dem 1. September 1939 begonnen. Am 13. März 1938 war mit der »Eingliederung«

Österreichs das »Großdeutsche Reich« geschaffen worden, am 1. Oktober 1938 war ohne nennenswerte internationale Proteste mit dem Sudetenland der erste Teil der Tschechoslowakei besetzt worden, dem der Rest und damit die Einrichtung des »Protektorats Böhmen und Mähren« am 16. März 1939 folgen sollte. Eine Woche später, am 23. März 1939, marschierten deutsche Truppen in das zu Litauen gehörende Memelgebiet ein. Erst beim Einmarsch deutscher Truppen nach Polen kam es zu militärischen Auseinandersetzungen, die aber bereits nach einem Monat, nach der Kapitulation Warschaus am 27. September 1939, beendet waren. Dieser Einmarsch hatte aber – anders als bisher – am 3. September 1939 die eher widerwillige, doch der bestehenden Bündnisverträge wegen unumgängliche Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland zur Folge.

Der Krieg spielte sich zunächst, vor allem als U-Bootkrieg gegen England, nur außerhalb der Grenzen Deutschlands ab. Erst als die britische Marine die für die deutsche Rüstungsindustrie wichtigen schwedischen Erzlieferungen, die über Narvik verschifft wurden, unterbinden wollte, kam es zur ersten offenen Seeschlacht. Gleichzeitig wurden von der deutschen Wehrmacht im Rahmen des zwischen 9. April und 9. Juni 1940 durchgeführten »Norwegenfeldzuges« Dänemark und Norwegen besetzt, um den Seeweg nach Narvik und die Ostseezugänge zu sichern. An der Ostgrenze des »Großdeutschen Reiches« herrschte nach dem Pakt mit Stalin, mit dem Hitler Polen als Beute geteilt hatte, noch Ruhe. Im Süden lag das verbündete Italien, im Westen standen sich deutsche und französische Truppen gegenüber, ohne daß es zunächst zu mehr als gelegentlichen Schußwechseln gekommen wäre. Erst am 10. Mai 1940 gingen deutsche Truppen an der Westfront zum Angriff über. Nach Holland, Luxemburg und Belgien wird innerhalb weniger Wochen Frankreich besetzt. Als Warnung für Paris demonstrierte die deutsche Luftwaffe dabei am 14. Mai 1940 mit dem Angriff auf das Stadtzentrum von Rotterdam das drei Jahre zuvor bereits in der spanischen Stadt Guernica erprobte »Ausbrennen« einer Stadt. Paris kapitu-

lierte einen Monat später, am 14. Juni 1940. Den Atlantik hatten deutsche Truppen, die nun als unbesiegbar galten und gleich die britischen Kanalinseln mit besetzten, am 29. Juni 1940 erreicht. Als Antwort auf diese Aggressionen erreichte am 18. Juni 1940 – mit den ersten britischen Luftangriffen auf Bremen und Hamburg – der Krieg auch deutsches Territorium.

Am 25. Juni 1940, in der Nacht nach der Kapitulation Frankreichs, diktiert Hitler folgenden Befehl, nach dem die unterbrochene Neugestaltung der Reichshauptstadt wieder aufgenommen wird: *»Berlin muß in kürzester Zeit durch seine bauliche Neugestaltung den ihm durch die Größe unseres Sieges zukommenden Ausdruck als Hauptstadt eines starken neuen Reiches erhalten. In der Verwirklichung dieser nunmehr wichtigsten Bauaufgabe des Reiches sehe ich den bedeutendsten Beitrag zur endgültigen Sicherstellung unseres Sieges. Die Vollendung erwarte ich bis zum Jahre 1950.«*¹⁵⁷ Das gleiche soll auch für die Neugestaltungen der Städte München, Linz und Hamburg gelten, und alle Dienststellen des Reiches, der Länder, der Städte und der Partei werden angewiesen, dem G.B.I. bei der Durchführung jede geforderte Unterstützung zu geben. Voraussetzung für den Beginn der Bauarbeiten ist jedoch zuvor der Abriß der vorhandenen Bausubstanz. Bisher waren die Abrisse weitgehend »von Hand« erfolgt, mit dem Ziel, möglichst viel des Baumaterials, vor allem das Eisen, wiederverwenden zu können. Unter den neuen Bedingungen, wie sie 1940 gegeben sind, plant Speer eine Beschleunigung dieses Prozesses. Die Frage der Baumaterialien – sie scheinen jetzt in unbegrenztem Umfang zur Verfügung zu stehen – stellt sich nach den vorangegangenen Annektionen nicht mehr als Problem, so daß er eine Wiederverwertung nicht mehr für erforderlich hält. Ebenso unbegrenzt scheint die Reserve in bezug auf Arbeitskräfte. Kriegsgefangene, Dienstverpflichtete, Zwangsarbeiter und Häftlinge aus den Konzentrationslagern stehen als Arbeitssklaven zur Verfügung. Bereits im Juni 1940 wird deshalb das bisherige Verfahren bei den Abrissen umgestellt, und es finden die ersten Versuchssprengungen von Häusern statt. Was früher etwa

sechs Wochen gedauert hat, geht jetzt nach kurzer Vorbereitung, in Sekunden. Die anschließende Entrümmerung kann mit ungelerten Arbeitskräften innerhalb weniger Tage erledigt werden.

Der Großangriff der deutschen Luftwaffe auf England beginnt am 13. August 1940: drei Tage später wird London erstmals bombardiert. Zwei Wochen danach, am 26. August 1940, erscheinen die ersten Bomber der Royal Air Force (RAF) über Berlin. Es ist der Anfang einer Serie von Angriffen, die bis zum 21. Dezember 1940 andauern und durch die versucht wird, vorbestimmte Ziele – wie Gaswerke, Kraftwerke, Flughäfen, Bahnhöfe, Industriebetriebe und auch die Ministerien im Stadtzentrum – zu treffen. Luftschutztechnisch sind in Berlin, trotz der seit 1933 getroffenen Maßnahmen zum Ausbau der Luftschutzkeller in den Mietshäusern, nur mangelhafte Vorbereitungen auf diese Angriffe getroffen worden. Erst jetzt werden Flakgeschütze um Berlin herum aufgebaut, und am 9. September 1940 erhält der G.B.I. den Auftrag für den Bau von Flaktürmen im Innern der Stadt, mit deren Entwurf er den Architekten Friedrich Tamms betraut.

Propagandaminister Joseph Goebbels erwartet zu dieser Zeit ungeduldig die britischen Gegenangriffe, um sie für seine Zwecke nutzen zu können: Einerseits will er die Kriegsstimmung in der Bevölkerung gegen England schüren, andererseits sucht er dem neutralen Ausland gegenüber nach Alibis. Hier einige Auszüge aus dem Tagebuch von Goebbels aus diesen Tagen, die den Daten zugeordnet sind, auf die sich die meist erst am folgenden Tag vorgenommenen Eintragungen beziehen: »[14. August 1940:] *Der nun einsetzende uneingeschränkte Luftkrieg gegen England bringt gewisse Gefahren für unseren Westen mit. Wir müssen deshalb abends ab 10 h die Theater und Kinos schließen. Das absolute Tanzverbot wird wieder im ganzen Reich eingeführt. Es geht ums Ganze. Da gibt es kein Pardon mehr. ...*

[16. August 1940:] *Bei uns greifen die Engländer jetzt K.Z.s an. Das sollen sie nur tun. Was dort sitzt, ist doch nur Ausschuß. Die Justiz wird nie damit fertig. [...]* Des-

halb: ausrotten und für das Volk ein gesundes Gemeinschaftsleben schaffen. ...

[26. August 1940:] *Der 4-stündige Luftalarm hat ganz Berlin in Aufruhr gebracht. Kolossale Wut auf die Engländer [...]* Aber nun ist Berlin auch mitten im Kriegsgeschehen. Das ist gut so. [...] OKW gibt eine schlechte Begründung für die militärischen Begräbnisse abgestürzter englischer Flieger: sie hätten keine zivilen Ziele angreifen wollen. Sehr gefährliche Argumentation. Ich lasse sie gleich kassieren.

[7. September 1940:] *Der Angriff auf Berlin war etwas schlimmer als die bisherigen, aber von keinem ernsten Belang. Dagegen muß es nach neutralen Berichten in London furchtbar hergehen [...]* Der Angriff auf Berlin war nicht so stark, daß wir daraufhin einen Mordskrach schlagen könnten. Wir wollten sogar bis zur Kritik an der Regierung gehen, um uns ein Alibi zum massiven Angriff auf London zu verschaffen. Aber so weit ist es noch nicht. Vielleicht im Laufe der nächsten Nacht. [...]

[8. September 1940:] *Die Angriffe auf das Reich waren gänzlich unbedeutend. Berlin blieb gänzlich verschont [...]* Wir warten lange auf den Luftangriff, der nicht kommt.

[9. September 1940:] *Unbedeutender Luftangriff auf Berlin. Größer schon in Hamburg. Wir geben auch in Berlin Alarm. Bauschen die Sache wahnsinnig auf, um uns für unsere massiven Angriffe auf London neuerliche Alibis zu verschaffen.*«¹⁵⁸

Unmittelbar darauf, in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1940, werden bei dem ersten Angriff britischer Bomber auf das Regierungszentrum Berlins außer dem Reichstag auch zwei der Häuser, in denen der G.B.I. untergebracht ist, von Brandbomben getroffen: Pariser Platz 4 und 6a. Da die Brände schnell gelöscht werden können, entsteht nur geringer Schaden. Es wird bei der G.B.I. aber ein besonderer Aktenvorgang über diesen Angriff angelegt mit detaillierten Berichten und photographischer Dokumentation der Schäden, die zum Teil so gering sind, daß mit einem aufgemalten Pfeil auf sie hingewiesen werden muß¹⁵⁹. Warum so ein Aufwand getrieben wird, erklärt das Tagebuch von Joseph Goebbels, dessen Mini-

sterium in der Wilhelmstraße liegt, nur wenige Häuser vom Pariser Platz entfernt. Seit dem 6. September 1940 hat der uneingeschränkte Großangriff der deutschen Luftwaffe auf London begonnen, und Goebbels sucht in der Öffentlichkeit nach einer Rechtfertigung für diese Angriffe. Für den 10. September notiert er in seinem Tagebuch: »Die Berichte aus London sind grauenvoll. [...] Ein Inferno von unvorstellbaren Ausmaßen. Die Stadt gleicht einer Hölle. Man kann schon leichte Anzeichen einer sinkenden Moral feststellen. [...] Angriff auf Berlin wird groß aufgemacht. Umgekehrt wie bisher. [...] Wir stellen unseren Rundfunk neu ein. Sprachen- und Geheimdienst ganz auf Schrecken und Panik ausgerichtet. Wir drücken mächtig auf die Tube. [...] Es geht auf den Nachtangriff auf London los. Aber das Wetter will sich nicht geneigt zeigen. Dagegen haben wir ab Mitternacht Luftalarm in Berlin. Die Engländer scheinen Prestigeerfolge zu suchen. Wir werden ihnen aber helfen. Angriff auf das Regierungsviertel. Brandenburger Tor, Akademie der Künste und Reichstag getroffen. Nicht erheblich, aber ich lasse noch etwas nachhelfen. Durch Scheinbrandbomben. Wodarg läßt das gleich photographieren. Ein prachtvolles Propagandamittel.« Für den folgenden Tag fährt Goebbels fort: »Angriff auf London geht weiter. In der Nacht vorher 1000 to abgeworfen. Buckinghampalast getroffen und schwer beschädigt. Wir machen den Angriff auf das Regierungsviertel groß auf und verschaffen uns damit ein Alibi für unseren folgenden massiven Angriff auf das Londoner Regierungsviertel. [...] Wir sind fein heraus, da wir jetzt freie Hand haben.«¹⁶⁰

Den verheerenden Angriffen deutscher Bomber auf London vom 7. September bis zum 13. November 1940 folgt am 14. November 1940 der Angriff auf die mittelenglische Stadt Coventry. Während dieses bisher schwersten Luftangriffs der Kriegsgeschichte werden dort die weltbekannte Kathedrale aus dem 14. Jahrhundert sowie 60.000 der insgesamt 75.000 Häuser zerstört.

Die Bilanz der bis zum 21. Dezember 1940 geflogenen Serie von 36 Angriffen der RAF auf Berlin erscheint dagegen vergleichsweise gering: 222 Tote, 428 Verletzte, 9.273

Obdachlose. 730 Wohnhäuser, 22 Verwaltungsgebäude, 47 Industrieanlagen und 22 Verkehrsanlagen werden vernichtet.

Die Bombardierung Berlins wird beim G.B.I. gelassen aufgenommen. Einerseits arbeitet der »Baustab Speer« mit Hilfe der in Spandau kasernierten, vor allem italienischen Fremdarbeiter, die inzwischen durch Kriegsgefangene und »Dienstverpflichtete« aus den besetzten Gebieten – vor allem Holländer, Belgier, Franzosen, Polen und Tschechen – ergänzt worden sind, und zwar äußerst effektiv. Die Schäden können, soweit kein Totalverlust entstanden ist, in kürzester Zeit behoben und die Trümmer soweit beseitigt werden, daß sie den Verkehr nicht behindern. Andererseits sind die Zerstörungen durchaus willkommen. So notiert Rudolf Wolters beispielsweise am 26. April 1941: »In der Nacht vom 25. auf den 26. April wurden bei einem Fliegerangriff drei Gebäude im Abrißgebiet südlich des Runden Platzes getroffen. Der Engländer leistet damit wertvolle Vorarbeit für Zwecke der Neugestaltung.«¹⁶¹

In seiner Rede während der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 hatte Heydrich zwei Gründe genannt, warum die »praktische Lösung der Endlösung« im Reichsgebiet vorweggenommen werden müsse: »aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischer Notwendigkeiten«¹⁶². Was Heydrich mit diesen »sozialpolitischen Notwendigkeiten« meinte, macht eine Szene deutlich, die Joel König im Herbst 1942 im Berliner Hansaviertel, wo er sich versteckt hielt, beobachten konnte: »Die Fliegerangriffe häuften sich. Wenn Bomben fielen und die Luft von Flakgeschossen und Maschinengewehrfeuer zerrissen wurde, durften die Juden ein bißchen aufatmen. Niemand kam die Treppe herauf, um sie abzuholen. Im Treppenhaus hörten sie nur die »arischen« Hausbewohner in den Keller eilen. Von allen Luftangriffen, die im Herbst 1942 auf Berlin niedergingen, ist mir einer noch besonders lebhaft gegenwärtig. Wie immer waren wir in der Wohnung geblieben. In der näheren Umgebung hatte es schwere Einschläge gegeben. Nach der Entwarnung stürzten wir auf die Straße. Der Himmel glüht rot und rauchig vom Wider-

schein brennender Häuser. Ein Häuserblock an der Ecke Altonaer Straße/Schleswiger Ufer stand in hellen Flammen. [...] Die Hansabrücke ist von Feuerwehrrügen verstopft, von Rettungswagen und einer Menschenmasse, die mit neugierigem Entsetzen dem Schauspiel folgt. Wir versuchen uns durch das Gedränge durchzuarbeiten. Vergeblich. Eine Kette von Luftschutzleuten, Polizisten und Ordnern hat den Zugang zum Schleswiger Ufer gegen die erregte Menge abgeriegelt. Da klagt einer, er habe sein Obdach verloren und all sein Hab und Gut. Dort jammert ein zweiter. Ob es zu einer Demonstration der Menge kommt? Die Luftschutzleute lassen niemanden durch. Einer von ihnen spricht der Menge begütigend zu. Sein Gesicht wird von den Flammen rot beleuchtet. Ich stehe nur wenige Schritte von ihm entfernt und höre ihn rufen: »Nun regt euch nur nicht auf! Für alles ist gesorgt. Für euch stehen schon die Judenwohnungen bereit, mit kompletter Einrichtung. Und wenn sie nicht ausreichen, werden schnell neue freigemacht!« – Diese Worte trafen mich wie ein Keulenschlag. Aus der Menschenmenge hörte ich kein Wort des Beifalls und keine Klage mehr.«¹⁶³

Als die RAF im Januar 1943 mit der systematischen Flächenbombardierung Berlins beginnt, übernehmen die britischen und später auch amerikanischen Piloten die Arbeit, die im Rahmen der »Neugestaltung der Reichshauptstadt« zum großen Teil den Berliner Abrißunternehmen zugedacht war – ungenauer zwar, aber schneller und billiger. Bei dem Ausmaß der von Speer vorgesehenen Abrißgebiete – denen ja noch fast die gesamte Altstadt zuzurechnen ist, für deren Sanierung die Stadt bereits seit den zwanziger Jahren Sanierungspläne aufgestellt hatte – war die gewünschte Trefferwahrscheinlichkeit jedoch relativ hoch. Die Bombardierung bringt noch einen weiteren Gewinn dadurch, daß der Wert der Abrißhäuser, für deren Erwerb die Stadt bisher jährlich 17 Millionen RM zur Verfügung stellen mußte, durch kriegsbedingte Zerstörung erheblich verringert wird.

Bei diesen Bombardierungen sind – vor allem im Februar und März 1945 – auch große Teile des Regierungsviertels

zerstört worden. Am 18. März 1945 brannte dabei das Vorderhaus der Akademie der Künste am Pariser Platz 4 aus, die von Speer schon längst nur noch als provisorische Unterkunft betrachtet wurde. Bereits in den Jahren 1940/41 hatte Prof. Freese das »Bürohaus am Knie«¹⁶⁴ entworfen, wo nach dem Krieg die drei räumlich zersplitterten Hauptämter des G.B.I. zusammengefaßt werden sollten. Es sollte an der Ecke Berliner Chaussee/Marchstraße liegen, gegenüber der TH Berlin-Charlottenburg, wo heute die von Bernhard Hermkes und Hans Scharoun geplante Architekturfakultät der TU Berlin steht. Für die neue Behausung der OT, Seite an Seite mit dem Verwaltungsbau der IG Farben, hatte zur selben Zeit Friedrich Tamms im Auftrag von Fritz Todt den Abriß des gesamten Baublocks nördlich des Pariser Platzes vorgesehen.

Die Durchführung der »Neugestaltung« der Reichshauptstadt wurde aufgrund der Kriegsentwicklung seit Beginn des Jahres 1942 wieder zurückgestellt und die Planungsarbeit des G.B.I. auf die Vorbereitung des Nachkriegsbauprogramms verlegt. Über Berlin hinaus wurden nun auch Pläne für den Wiederaufbau anderer zerstörter Städte oder für die Neugründung von Städten in den eroberten Ostgebieten verfaßt; der industrielle Wohnungsbau wurde von Ernst Neufert bis ins Detail vorbereitet. Vor allem wurden aber die allgemeinen städtebaulichen Planungsgrundlagen erarbeitet, die durch Gliederung der Städte in »Siedlungszellen« politische Kontrolle sichern und durch Auflockerung, Durchgrünung und unregelmäßige Formen den neuen Erfahrungen des Luftkrieges Rechnung tragen sollten. Nicht mehr lineare Ausrichtung der Gebäude an langen und geraden Straßen, sondern unregelmäßige Gebäudestellungen sollten es Flugzeugen in Zukunft schwer machen, Gebäude zu bombardieren. Auch sollten große Abstände der Gebäude Feuerstürme verhindern helfen, wie sie in Rotterdam erprobt worden sind.

Diese neuen städtebaulichen Grundsätze werden innerhalb des am 18. Dezember 1943 von Speer eingerichteten und von Rudolf Wolters geleiteten »Arbeitsstabes für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte« in Zusammenarbeit

mit der – als Mitglied des NSBDT Speer unterstehenden – Deutschen Akademie für Städtebau, Landes- und Reichsplanung erarbeitet. Für die neudefinierten Zwecke wird dabei auf Planungskonzepte der zwanziger Jahre zurückgegriffen – so auf die Feststellungen der Tagung der CIAM (Congrès Internationaux d'Architecture Moderne) vom August 1933 in Athen, die Le Corbusier 1943 in Frankreich erstmals unter dem Titel »Charte d'Athènes« veröffentlicht hatte. Diese Forschungsarbeit kommt zu dem Ergebnis, daß der Wiederaufbau der Städte nach radikal anderen Strukturen zu erfolgen hat, als sie bisher im deutschen Städtebau üblich waren – Strukturen, die sich äußerlich kaum von denen unterscheiden, die gleichzeitig in den »Feindländern« England, den USA oder der Sowjetunion theoretisch entwickelt werden. Ende 1944 wird diese Arbeit abgeschlossen und noch im Januar 1945 erstmals gedruckt – jedoch nicht mehr ausgeliefert. Veröffentlicht wird sie – mit geringfügigen »zeitgemäßen« Textkorrekturen – erst zwölf Jahre später: *Die gegliederte und aufgelockerte Stadt*¹⁶⁵ von Johannes Göderitz, Roland Rainer und Hubert Hoffmann – für Stadtplaner ein Grundlagenwerk von ähnlicher Bedeutung, wie es die »BEL« und die »BOL«, die *Bauentwurfslehre* und die *Bauordnungslehre*¹⁶⁶ von Ernst Neufert, für jene Architekten darstellen, die ab 1945 die Neugestaltung der Städte planen und durchführen.

Seitdem Speer im Februar 1942 die Nachfolge von Fritz Todt angetreten hat, war für alle Berlin betreffenden Planungen Hans Stephan als sein Vertreter zuständig. Nachdem im darauffolgenden Jahr die zunehmende Bombardierung Berlins bisher ungeahnte Möglichkeiten für die Stadtplanung erschlossen hat, wird die ganze Stadt zum »Wiederaufbaubereich« erklärt. Am 28. Januar 1944 beauftragt Speer Hans Stephan mit der Wiederaufbauplanung Berlins, allerdings mit Ausnahme der Nord-Süd-Achse, die er sich selbst vorbehält. Im darauffolgenden April beginnt Stephan mit der Anfertigung eines Schadensplans für Berlin, in den laufend die Ergebnisse der Bombardierungen eingetragen werden, um so unmittelbar nach Kriegsende über eine ver-

läßliche Planungsgrundlage zu verfügen. Seine Arbeit wird im April 1945 durch den unerwarteten Ausgang des Krieges unterbrochen.

Die Neugestaltung Berlins

Der Nachfolger Hans Stephans – allerdings nur nominell, denn die Planungshoheit der Stadt liegt inzwischen bei den Alliierten – wird am 23. Mai 1945 durch den sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin, Generaloberst Bersarin, ernannt: Der Architekt Hans Scharoun, mit dessen Namen sich die Erinnerung an das Neue Bauen der zwanziger Jahre verbindet, wird Stadtbaurat im neugebildeten Berliner Magistrat. Die genaueste, schriftlich formulierte Erinnerung daran, wie es zu dieser Berufung kam, stammt von dem Architekten Karl Böttcher. Er war Nachbar Scharouns in Siemensstadt, hatte als Bauleiter vor allem mit Hugo Häring zusammengearbeitet und kannte Scharoun über die Bauarbeiten an der Groß-Siedlung Siemensstadt seit Anfang der dreißiger Jahre: »In den ersten Maitagen 1945, etwa am 5. oder 6., die Kampfhandlungen waren beendet, eine Menschenmenge bewegte sich zur Straßenpumpe, um Wasser zu holen, kam Professor Scharoun auf mich zu und erzählte mir, ein Herr Maron hätte in seiner Abwesenheit einen Zettel hinterlassen mit dem Vermerk, er möchte sich im Gebäude der Feuersozietät in der Parochialstraße einfinden, um das Amt eines Stadtrats für Bau- und Wohnungswesen zu übernehmen. Scharoun bedrängte mich, mitzumachen, um beim Wiederaufbau der arg zerstörten Stadt mitzuhelfen, er könne auf meine Arbeit nicht verzichten. Nach einigem Zögern [...] stimmte ich zu. Wir fuhren per Rad, darauf bedacht, keinen Russen zu begegnen, die uns die Räder weggenommen hätten, zur Parochialstraße, zum neuen Rathaus – das Rote war stark zerstört. Wir begaben uns ins Haus und nach oben, wo ein Pappschild mit dem Namen Prof. Scharoun an einer Tür auf einen zugedachten Arbeitsraum hinwies. Scharoun sorgte dafür, daß ich zu seinem Beistand als rechte Hand sozusagen die Leitung eines Hauptamtes übernehmen sollte. [...] Unsere

*Tätigkeiten nahmen wir, nach meiner Erinnerung, am 8. Mai, offiziell am 23. Mai 1945 auf.*¹⁶⁷

Karl Maron war zusammen mit einer Gruppe aus Berlin stammender Kommunisten, die nach 1933 nach Moskau emigriert waren, am 2. Mai 1945 in Berlin eingetroffen und hatte den Auftrag, unbelastete Persönlichkeiten für einen neuen Berliner Magistrat zu suchen. Von wem er erfahren hat, daß Scharoun nicht – wie die meisten seiner Berufskollegen – aus Berlin geflohen war, sondern noch in Siemensstadt wohnte, ist nicht bekannt¹⁶⁸.

Karl Böttcher baut anschließend das Hauptamt für Aufbau-Durchführung auf und leitet es bis 1946. Den Umfang seiner Aufgabe schätzt Scharoun im Januar 1946 auf eine Anfrage des Roten Kreuzes: Von den 224.927 Gebäuden, die 1939 in Berlin standen, sind 30.000 total zerstört, 47.000 mittel oder schwer beschädigt. In bezug auf die Wohnungen bedeutet das: von den 1.562.000 Wohnungen vor dem Krieg sind 266.000 total zerstört, 410.000 mittel oder schwer beschädigt¹⁶⁹.

Scharoun gehörte zu jenen Architekten, die während des Krieges einer als »kriegswichtig« deklarierten Arbeit außerhalb des von Speer kontrollierten Bauwesens nachgehen konnten. Seine Forschungsarbeit zu »Gemeinschaftseinrichtungen und zentralen Waschküchen«¹⁷⁰ im Rahmen der geplanten »Siedlungszellen« bearbeitete er 1942/43 im Auftrag der Deutschen Akademie für Wohnungswesen (DAW), die nicht Speer, sondern seinem verbliebenen Rivalen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, dem »Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau«, Robert Ley, zugeordnet war. Danach hatte Scharoun seit 1944 bis zum Mai 1945 im Auftrag der Stadt die Reparaturarbeiten an den bombengeschädigten Häusern im Bezirk Steglitz geplant.

Der Strukturplan zur Neuordnung Berlins, den Scharoun durch die von ihm berufenen Abteilungsleiter des neuen Stadtplanungsamtes erarbeiten läßt und der 1946 in der Ausstellung »Berlin plant, erster Bericht« der Öffentlichkeit als eine Wiederaufbaumöglichkeit zur Diskussion vorgestellt wird – der sogenannte »Kollektivplan« –, wird auf der

Grundlage der seit 1944 von Hans Stephan aufgenommenen Schadenskartierung geplant. Scharoun verfügt über eines der wenigen erhalten gebliebenen Exemplare einer Stadtplanungstheorie, nämlich der im Januar 1945 im Auftrage Speers gedruckten Forschungsarbeit der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, *Die gegliederte und aufgelockerte Stadt*¹⁷¹, das ihm der Hauptautor dieser Arbeit – Hubert Hoffmann, der Bauhaus-Schüler, mit dem Scharoun und weitere Mitglieder seines Planungskollektivs seit 1934 über die informelle »Freitagsgruppe« verbunden war – übergeben hat. Der Kollektivplan ist – ergänzt durch weitere Rückgriffe auf Planungskonzepte der zwanziger Jahre¹⁷² – eine erste konkrete Anwendung dieser Theorie am Beispiel Berlins.

Scharouns Funktion in dem von der Roten Armee eingesetzten ersten Berliner Nachkriegsmagistrat endet nach den Wahlen im Oktober 1946. Seinen Nachfolger bestimmt der Wahlsieger, die SPD. Sie sucht nach einem prominenten Namen, durch den Scharoun – dem das Makel anhaftet, von der Roten Armee eingesetzt worden zu sein – ersetzt werden kann. Ihre Wahl fällt auf den 64jährigen Stadtbaurat von Steglitz, Karl Bonatz, der sich zur Verfügung stellt und oft mit seinem berühmten Bruder Paul verwechselt wird. Ab Januar 1947 tritt er die Nachfolge Scharouns an.

Karl Bonatz war mit Hans Stephan durch eine langjährige Zusammenarbeit verbunden. Zwischen September 1938 und April 1939 hatte Bonatz im Auftrag der GSW und des Hauptplanungsamtes der Stadt Berlin auf der Grundlage des von Stephan und Petrick entworfenen Bebauungsplanes die Gebäudeplanungen für das Wohngebiet Charlottenburg-Nord vorgenommen¹⁷³. Sie konnten zum Teil noch vor dem kriegsbedingten Baustopp ausgeführt werden und sind heute noch zu besichtigen. Spätestens seit Dezember 1940 war Bonatz Abteilungsleiter innerhalb des Hauptamtes III, der Generalbauleitung des G.B.I. Als Leiter der Abteilung III/8 war er zuständig für die Bauleitungen der Reichstagerweiterung, des Spreedurchstiches im Baubereich der »Großen Halle«, des Neubaus für das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) sowie für das

Bunkerbauprogramm. Rudolf Wolters erwähnt ihn in seiner G.B.I.-Chronik im März 1941, nachdem Bonatz dort seine Kompetenzen überschritten hatte: »Ende März wurde festgestellt, daß vom Oberbunkerbaurat Bonatz von der Generalbauleitung fleißig die Standorte für etwa 250 Luftschutzbunker bestimmt worden waren, ohne daß nach den Belangen der Neuplanung gefragt worden wäre. Davon wären 234 bereits in der Ausführung begriffen. Schelkes und Stephan führten so gut es ging, eine nachträgliche Abstimmung herbei. Jedoch wird eine größere Anzahl von Bunkern nach dem Kriege beseitigt werden müssen, vor allem solche, die in zukünftigen Wasserflächen liegen.«¹⁷⁴ Ein Jahr nachdem Karl Bonatz Stadtbaurat geworden ist, tritt – nach der Teilung der Berliner Stadtverwaltung – sein ehemaliger Vorgesetzter wieder persönlich in Erscheinung. Seit 1948 hat Hans Stephan die West-Berliner Magistrats- bzw. Senatsbauverwaltung mitaufgebaut. 1949 wird Karl Bonatz dort zum ersten Stadtbaudirektor von West-Berlin ernannt, sein Nachfolger wird 1950, nachdem Bonatz in den Ruhestand versetzt worden ist, Rolf Schwedler. Hans Stephan dagegen wird 1953 zum Leiter der Abteilung Landes- und Stadtplanung beim Senator für Bau- und Wohnungswesen bestellt. Hans Scharoun hatte vergeblich gegen diese Berufung protestiert¹⁷⁵, mit der er sich dann aber – nachdem er schmerzhaft erfahren hatte, wie abhängig er als Architekt vom öffentlichen Auftraggeber war – gezwungenermaßen hat abfinden müssen¹⁷⁶. Von 1956 bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1959, war Stephan Senatsbaudirektor von West-Berlin und bestimmte so maßgeblich den Wiederaufbau dieses Teils der Stadt.

Der langjährige Redakteur der Architekturzeitschrift *Bauwelt*, Günther Kühne, erinnert sich an Hans Stephan: »Stephan [...] war den meisten Architekten nur als enger Mitarbeiter des früheren ›Generalbauinspektors‹ Albert Speer bekannt. Manche erinnerten sich noch an seine repräsentativen Architekturveröffentlichungen in der ›Kunst im Deutschen Reich‹ (zuvor: ›Die Kunst im Dritten Reich‹), ältere an seine politisch unbelastete Zeit im städtischen Planungsamt vor 1933. Er war ein umgänglicher Mann, doch als

Architekt keine Leuchte. Niemand nahm Anstoß an Stephans Vergangenheit; nachdem einige seiner Karikaturen zur Planungshypertrophie der Nazis veröffentlicht wurden, galt er als Regimekritiker und somit wohlwollend rehabilitiert. Um so größer war dann das Erstaunen, als er 1960 mit senatsoffizieller Entrüstung aus dem Amt entfernt wurde; mit der sonderbaren Begründung, er habe seine Vergangenheit verschwiegen. Die Wege der Politik sind zuweilen wunderbar.«¹⁷⁷ Hans Stephan wurde am 30. Juni 1959 in den Ruhestand versetzt.

Wie sich Stephan 1957 die »zeitgemäß« überarbeiteten Siedlungszellen innerhalb der »organisch gegliederten und aufgelockerten Stadt« vorstellt – inzwischen werden sie »Stadtzellen« oder »Nachbarschaften« genannt –, demonstriert er an seinem städtebaulichen Entwurf für den südlich der Ringbahn gelegenen Teil des Wedding. Dieser Plan, der, abgesehen von wenigen neueren Gebäuden und einer Kirche, den Totalabriß des immer noch dicht bebauten Stadtteils voraussetzt, um einem gegliederten Wohngebiet Platz¹⁷⁸ zu machen, wird während der »Interbau« – der Internationalen Bauausstellung, die 1957 in West-Berlin stattfand – im Hansaviertel in einer Sonderausstellung mit dem Titel »Die Stadt von morgen« gezeigt. Diese Ausstellung wurde von Karl Otto organisiert, dem Luftschutzfachmann aus dem von Göring geleiteten Reichsluftfahrtministerium, der 1944 als Berater¹⁷⁹ an der Erarbeitung der neuen Städtebauthorie mitgewirkt hatte. Karl Otto veröffentlichte diesen Plan 1959 in dem von ihm herausgegebenen Buch *die Stadt von morgen – gegenwartssprobleme für alle*¹⁸⁰ – die von Hugo Häring übernommene Kleinschreibung des Titels erscheint dabei wie eine Tarnung, um den Entstehungszusammenhang der hier propagierten Städtebauthorie aus dem Jahre 1944 zu verdecken und auf die Zeit vor 1933 zu verweisen. Die Umsetzung seines Planes zur Beseitigung des Wedding hat Hans Stephan noch vor seinem Rücktritt als Senatsbaudirektor vorbereitet: das Sanierungsgebiet Gesundbrunnen, das größte Flächen-sanierungsgebiet Europas. Die Zerstörung Berlins war mit der Bombardierung also längst nicht abgeschlossen.

Für Stephan blieb es aber nicht bei nur bei theoretischen Plänen. Auch die Vorbereitung und Leitung der »Interbau« lag seit 1953 in Händen von Hans Stephan. Das Hansaviertel in Berlin-Tiergarten liegt nördlich der von Speer gestalteten Ost-West-Achse und der 1938 auf »Wunsch des Führers« bereits im Hinblick auf kommende Ereignisse um eine Trommel erhöhten »Siegessäule« am »Großen Stern«¹⁸¹. Es ist ein von Bomben weitgehend zerstörter, 1941 von Speer als »judenreines Gebiet« ausgewiesener Stadtteil. Hier wird, unter Einbeziehung berühmter internationaler Architekten, eine »Stadtzelle«, wie sie in dem ebenfalls 1957 veröffentlichten Buch, *Die gegliederte und aufgelockerte Stadt*, theoretisch beschrieben wird, als gebautes Beispiel vorgeführt.

Das nach damals höchstem Standard gebaute Hansaviertel war über den Demonstrationszweck hinaus als Wohngebiet für die Regierungsbeamten und Angestellten bestimmt, die mit der Verlagerung der Hauptstadt von Bonn nach Berlin erwartet wurden. 1960 fand hier auch die (West-) Berliner Akademie der Künste einen neuen Ort, die Institution, die sich seit ihrer Gründung am 2. Dezember 1954 auf die Tradition der ehemaligen Preußischen Akademie beruft, die 1937 am Pariser Platz 4 dem Generalbauinspektor Albert Speer hatte Platz machen müssen.

Wenn zur Zeit die Neugestaltung der Bundeshauptstadt in Berlin geplant wird, sollte nicht vergessen werden, auf welchem Boden das geschieht und wie die Voraussetzungen für solch raumgreifende Planungen – wie das Kulturforum, die Komplexe von Daimler und Sony am Potsdamer Platz oder das Regierungszentrum im Spreebogen – auf ehemals dicht bebauten, engparzellierten Flächen im Zentrum Berlins geschaffen worden sind. Die Orte der Geschichte können Gebäude sein, auf jeden Fall sind es aber geographisch bestimmbare Flächen, denen die Erinnerung eingebrannt bleibt wie ein Kainsmal. Was immer auf ihnen gebaut wird, es wird deren Geschichte nicht auslöschen und durch sie bestimmt sein. Die kommenden Bauherren – auch diejenigen der inzwischen vereinigten Akademie der Künste – soll-

ten sich dieser Geschichte stellen und versuchen, in angemessener Weise mit ihr umzugehen. Erinnerung zu ermöglichen und zu bewahren, ist dazu ein erster Schritt.

Anmerkungen

1 Es ist verwunderlich, daß die Rolle und die Arbeitsfelder des Architekten Ernst Sagebiel, der u. a. im Auftrag Görings die Gebäude des Tempelhofer Flughafens und das Reichsluftfahrtministerium geplant hat – beide Gebäude haben den Zweiten Weltkrieg überdauert –, bis heute völlig unbearbeitet ist.

2 Zur Geschichte des »Prinz-Albrecht-Geländes«, dem ehemaligen Sitz der Gestapo, SS und des Reichssicherheitshauptamtes, vgl. Reinhard Rürup (Hrsg.), *Topographie des Terrors*, Berlin (9. verb. Aufl.) 1993 und die gleichnamige Dauerausstellung auf dem Gelände.

3 Weitere, bis 1942 gebaute Modelle für die »Neugestaltung der Reichshauptstadt« wurden auch im Reichstag und in der Neuen Reichskanzlei untergebracht. Wegen der zunehmenden Bombardierung Berlins wurden sie seit dem Winter 1943/44 an verschiedene »sichere Orte« außerhalb Berlins gebracht und gelten seitdem als verschollen.

4 Die letzte Entwurfsfassung der »Großen Halle« weist eine Höhe von 320 Metern auf. Als Vergleich kann der 1972 fertiggestellte Fernsehturm in Berlin-Mitte dienen, der bis zur Mastspitze eine Höhe von 365 Metern aufweist.

5 Joseph Goebbels, Rede zur Grundsteinlegung für das Haus des Fremdenverkehrs am 14.6.1938, in: *Völkischer Beobachter*, Berlin 15.6.1938; vgl. auch: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.44

6 Vgl. Brigitte Jacob, Wolfgang Schäche, Clarissa Soltendiek, *Die Deutsche Mitte – ein Freilichtmuseum*, West-Berlin 1986, S.27

7 Martin Mächler, *Vortrag vor der Berliner Siedlungswissenschaftlichen Gesellschaft vom 26.9.1926*; zit. nach: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.272

8 Reichsgesetzblatt I 1937, S. 103

9 Ebenda

10 Die zuverlässigsten Angaben zur Biografie Speers finden sich bei: Wolfgang Schäche, »Albert Speer«, in: *Baumeister, Architekten, Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins*

(Hrsg.: Wolfgang Ribbe und Wolfgang Schäche), West-Berlin 1987, S.511-528

11 Speers gleichzeitigen Eintritt in die SA sowie den in die SS im Herbst 1932, den Erich Stockhorst erwähnt, haben wir bisher durch keine weiteren Dokumente belegen können. Zu diesen Angaben vgl.: Erich Stockhorst, *5000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich*, 1967, S.525

12 In den von Joachim C. Fest und Wolf Jobst Siedler bearbeiteten, äußerst lückenhaften *Erinnerungen* Albert Speers wird für das Jahr 1933 noch ein anderer, angeblich von Hitler persönlich ergangener und betreuter Planungsauftrag erwähnt, für den wir jedoch keine weiteren dokumentarischen Belege finden konnten: Der Entwurf eines Mustertyps für Baracken, die zur Unterbringung von Menschen in Lagern aller Art zu verwenden waren. Vgl. dazu: Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1969, S.47

13 Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1969, S.90

14 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr. 288

15 Ebenda

16 Pitz & Hoh, Werkstatt für Architektur und Denkmalpflege GmbH, »Die Akademie der Künste, bauhistorische Bestandsaufnahme. Gutachten für die Senatsverwaltung Bau- und Wohnungswesen«, Berlin 1994, S.16-20

17 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.1364, Bl.49

18 Ausstellungen der Preußischen Akademie der Künste zu Berlin (PrAdK) in den Ausstellungssälen Pariser Platz 4: April/Mai 1937, Frühjahrs-Ausstellung 1937 mit Sonderausstellungen Stanislaus Cauer, Ludwig Dettmann, Otto H. Engel, Georg Kolbe, Max Zaeper; Juni-Juli 1937, Ausstellung Französischer Kunst der Gegenwart, veranstaltet von der Französischen Regierung in Gemeinschaft mit der PrAdK; November-Dezember 1937, Ausstellung Italienischer Kunst von 1800 bis zur Gegenwart, veranstaltet von der Kgl. Italienischen Regierung in Gemeinschaft mit der PrAdK.

19 Nach einem Brief mit Zeichnung von Willi Schelkes an Werner Durth vom 8.2.1995, Archiv Durth

20 Die Information stammt von Wolfgang Schäche, der sie 1974 in seinen mit Rudolf Wolters geführten Gesprächen erfahren hat. Wolters hat das Ansinnen seines Chefs angeblich abgelehnt. Tonbandaufzeichnung der Gespräche im Archiv Schäche.

21 Nach dem Tod des letzten Präsidenten, Max von Schillings, wurde im August 1933 der Bildhauer August Kraus durch den Preußischen Kultusminister Bernhard Rust kommissarisch ernannt. Seit dem Tod von Kraus am 8. 2. 1934 blieb das Amt unbesetzt und der Stellvertretende Präsident, Georg Schumann, wurde von Rust – inzwischen Reichswissenschaftsminister und Kurator der Akademie der Künste – mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt.

22 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.1105, Bl.109f

23 Ebenda, Bl.35f

24 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.1107, Bl.127

25 Ebenda, Bl.128

26 Rechtlich wurde die Preußische Akademie der Künste – zusammen mit dem Staat Preußen, seiner Regierung und seinen Verwaltungseinheiten – erst durch das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Februar 194~~6~~⁷ aufgelöst.

27 Ebenda, Bl.122

28 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.1106, Bl.59

29 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.1107, Bl.122

30 Die zehn, zu neuen Mitgliedern ernannten Architekten waren, Waldemar Brinkmann (Bremen), Roderich Fick (München), Leonhard Gall (München), Hermann Giesler (Sonthofen), Clemens Klotz (Köln), Werner March (Berlin), Ernst Sagebiel (Berlin), Fritz Schumacher (Hamburg), Albert Speer (Berlin) und Robert Tischler (München). Vgl. Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.1107, Bl.57

31 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.I/240, Bl.43

32 Berliner Börsen Zeitung vom 15. Juli 1937, Abendausgabe

33 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.1107, Bl.86

34 Ebenda, Bl.54

35 Ebenda, Bl.39

36 Nachdem die neuen Mitglieder am 15. Juli 1937 per Erlaß, Brief und Veröffentlichung in der Presse ernannt worden waren, stellte Rust drei Tage später in München fest, daß Werke von zwei dieser Neuernannten – des Bildhauers Marcks und des Malers Partikel – auf der Ausstellung »Entartete Kunst« gezeigt wurden.

Schumann wurde am 18. Juli 1937 durch ein Telegramm von Rust aus München informiert, daß die Ernennungsurkunden von Rust persönlich unterschrieben werden mußten. Es folgt ein über Jahre geführter Briefwechsel zwischen Schumann und Rust um die Ausstellung der Mitgliedsdiplome, die nach Aufhebung der Satzung eigentlich nicht mehr notwendig zur Ernennung gehörten und die tatsächlich nie ausgestellt wurden. Der Vorgang, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann, ändert aber nichts an der Gültigkeit des Erlasses vom 15. Juli 1937.

37 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.I/215, Bl.32

38 Ebenda, Bl.31

39 Hans J. Reichhardt und Wolfgang Schäche, *Von Berlin nach Germania*, (Katalog des Landesarchivs Berlin), 5. Aufl., West-Berlin 1990, S.39, Dok.2

40 Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1969, S.87

41 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.311/2; vgl. auch: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S. 58f

42 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, PrAdK, Nr.738b, Bl.71

43 Ebenda

44 1942 und 1943 fanden außerdem zwei Sonderausstellungen statt, die zusammen mit der Spanischen und der Kroatischen Regierung organisiert worden sind.

45 Reichstags-Handbuch 1920-1933. 8. Wahlperiode 1933, S.500

46 Die offizielle Bezeichnung des Gesetzes, das mit 441 gegen 94 Stimmen der noch verbliebenen SPD-Abgeordneten verabschiedet wurde, und mit dem die Regierungsmacht an die von Hitler geführte Reichsregierung übergeben wurde, lautete: »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich«, vgl. Reichsgesetzblatt I 1933, S. 141

47 Haupt-Abt. I (Wilhelmi, Bauleitung Große Halle); Haupt-Abt. II (Hille, Verwaltung); Abt. III (Dr. Dickmann, Rechtsfragen); Abt. IV (Batzner, Wohnungsfragen, Judenwohnungen und Abrißmieter)

48 Haupt-Abt. V (Hoffmann, Baustoffe und Baustellenüberwachung); Haupt-Abt. VI (Rönneburg, Arbeitseinsatz und Auftragsverteilungsstelle); Abt. VII (Freiberg, Abbrüche)

49 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.55/2, Bl.3

50 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.1942 Vol.1 (Niederschrift

über eine Besprechung beim G.B.I. am 14.9.1938, S.2f). An der Besprechung nahmen auf seiten des G.B.I teil: Speer, Neikes, Clahe, Fränk, Stephan, Hoffmann, Wilhelmi und Kaiser. Die Stadt Berlin wurde vertreten durch Stadtrat Pfeil, Obermagistratsrat Müller und den Protokollanten Petrick.

51 Ebenda, S.3

52 Fernschreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes II, vom 9.11.1938 an alle Stapo(leit)stellen, die Vorbereitung des Pogroms gegen Juden betreffend, in: *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände«* (Hrsg. Reinhard Rürup), West-Berlin 1987, S.115

53 Reichsgesetzblatt I 1938, S.1579

54 Reichsgesetzblatt I 1938, S.1642. Vgl. hierzu auch: Bruno Blau, *Das Ausnahmerecht der Juden in Deutschland 1933-1945*, Düsseldorf 1954

55 Vgl. dazu: Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Acc.311/1 (Schreiben der Durchführungsstelle an Speer vom 17.11.1938, Anlage 5)

56 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Acc.310/1 (Schreiben von Göring an Speer vom 26.11.1938)

57 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.2798 (Verwaltungsbericht der Durchführungsstelle für Monat Dezember 1938, S.6 und 9/10)

58 Reichsgesetzblatt I 1938, S.1044 (in Verbindung mit dem Erlaß des Reichsministers des Innern vom 18.8.1938)

59 Dieser Erlaß Himmlers wird nicht im Reichsgesetzblatt veröffentlicht, sondern im Völkischen Beobachter Nr.339 vom 5.12.1938 und hat gleichwohl Gesetzeskraft. Vgl. dazu: Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 3, Frankfurt/Main 1990, S. 1063

60 Reichsgesetzblatt I 1938, S.1676

61 Besprechungsprotokoll der Konferenz Am Großen Wannsee Nr.56-58 vom 20.1.1942, zit. nach: Léon Poliakov u. Joseph Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*, Wiesbaden 1989, S.120f

62 Reichsgesetzblatt I 1939, S.1097-1099

63 Die seit Kriegsbeginn ohnehin erschwerte Auswanderung von Juden – vor allem nach Amerika – wird am 23.10.1941 durch Himmler verboten. Gleichzeitig wird unter den neuen, durch den Kriegsverlauf geschaffenen Möglichkeiten, die Deportation und Vernichtung der gesamten in Europa verbliebenen jüdischen Bevölkerung geplant und als Experiment bereits durchgeführt.

64 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.2798 (Verwaltungsbericht der Durchführungsstelle für Monat Januar 1939, S.2 u.6)

- 65 Reichsgesetzblatt I 1939, S. 159
- 66 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.2798 (Verwaltungsbericht der Durchführungsstelle für Monat Februar 1939, S.8/9)
- 67 Ebenda (Verwaltungsbericht der Durchführungsstelle für Monat März 1939, S.1)
- 68 Anordnung über die Anmeldung von Räumen nach der Maßgabe des Reichsgesetzes über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. April 1939, in: Amtsblatt der Reichshauptstadt Berlin, Sonderausgabe vom 25.5.1939
- 69 Vgl. Götz Aly u. Karl Heinz Roth, *Die restlose Erfassung – Volkszählen, Identifizieren, Ausrotten*, West-Berlin 1984
- 70 Vgl. »Die Juden und jüdische Mischlinge«, in: *Wirtschaft und Statistik*, XX, S.86
- 71 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.1976 (Abteilung II/4, Paul Batzer, »Wohnungsbeschaffung für Abrißmieter«, Entwurf)
- 72 heute Ebertstraße
- 73 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.2798 (Verwaltungsbericht der Durchführungsstelle für die Zeit vom 1.4.-30.6.39., S.14)
- 74 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.259/5 (Durchführungsstelle II/1, 19.7.1939, Unterlagen für den Führer-Bericht. Schwierigkeiten bei der Räumung und Freimachung der Bereiche, S.1)
- 75 Ebenda, S.3
- 76 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.278/1 (Niederschrift über die am 4.9.1939 stattgefundene Besprechung mit Vice-Präsident Clahe und Herrn Dr. Pade [...], S.1f)
- 77 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.279/1 (Bericht der Räumungsabteilung vom 15.8.1940, Bl.2/3)
- 77a Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep. 107, Nr.59/3
- 78 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.280 (vgl. auch: Reichhardt/Schäche, *Von Berlin nach Germania*, a.a.O., S.77)
- 79 Die Teilnehmer der Besprechung: G.B.I. (Hettlage, Clahe, Mietzner, Schmidt), Stadt Berlin (Mag.-Rat Dr.Pade, Stadtrat Pfeil, Stadtoberinsp. Lemke), Hauptliegenschaftsamt (Obermag.-Rat Dr.Zunft), Bund des Berliner Haus- u. Grundbesitzervereins (Ratsherr Amrock, Dr.Waerther), Reichssicherheitshauptamt (Hartmann, Wirts), Gauleitung der NSDAP (Pg.Spangenberg), Kommando der Schutzpolizei (Hauptm. Riebe), Polizei-Präsidium (Reg.-dir. Schulz). vgl. Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.1975, Bl.144
- 80 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.1975, Bl.144-148 (Protokoll über die Besprechung der Räumung der im Bereich gelegenen Abrißwohnungen am 28.1.1941)
- 81 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr. 1976 (Schreiben des G.B.I., betr. Räumung von Bereichsgrundstücken)
- 82 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr. 1976 (Wohnungsnachweis für Mieter aus Räumungsbereichen)
- 83 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr. 1975, Bl.144-148 (Protokoll über die Besprechung der Räumung der im Bereich gelegenen Abrißwohnungen am 28.1.1941)
- 84 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.144/3
- 85 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr. 401, Bl.23 (Bericht vom 31.3.1942 über die Durchführung kriegswichtiger Aufgaben der Wohnungsabteilung in der Zeit vom 1. Januar – 15. April 1941)
- 86 Ein privates Tagebuch hat Rudolf Wolters seit seinem 10. Lebensjahr, beginnend mit dem Eintritt Deutschlands in den Ersten Weltkrieg geführt. Es ist unveröffentlicht und befindet sich nach Auskunft von Wolfgang Schäche im privaten Nachlaß des Autors.
- 87 Allein die im Landesarchiv Berlin aufbewahrte Kopie der Chronik für das Jahr 1941 ist authentisch. Die im Bundesarchiv Koblenz archivierten Chroniken des G.B.I. für die Jahre 1942-1944 sind von Wolters nach dem Kriege redigiert worden. Den Begriff »Judenwohnungen« oder irgendeinen Hinweis auf Zwangsräumungen oder Evakuierungen von Juden aus Berlin sucht man in diesen nachträglich »überarbeiteten« Fassungen vergeblich.
- 88 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Acc.2133, Nr.53a (*Chronik des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt Albert Speer 1941*, dargestellt von Rudolf Wolters, S.23)
- 89 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.144/3 (Räumungsliste 27a vom 8.8.1941)
- 90 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Acc.2133, Nr.53a (*Chronik 1941*, S.39)
- 91 ebd., (*Chronik 1941*, S.66/67)
- 92 ebd., (*Chronik 1941*, S.85)
- 93 Dokument NG-2586, in: Léon Poliakov u. Joseph Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden* (1955), Wiesbaden 1989, S.116
- 94 Vgl.: Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd.2., Frankfurt/M 1994, S.481
- 95 Vgl. dazu auch: Gunnar Heinsohn, *Warum Auschwitz? Hitlers Plan und die Ratlosigkeit der Nachwelt*, Hamburg 1995

- 96 Polizeiverordnung vom 1.9.1941, in: Reichsgesetzblatt I 1941, S.547 (erschienen am 5. September, in Kraft getreten am 19.9.1941)
- 97 Hildegard Henschel, »Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941-1943«, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden*, Tel Aviv, Jg.1972 Heft 1-2, S.33
- 98 Nach der Erklärung von Dr. Martha Mosse, 23./24. Juli 1958, vgl. Hilberg, a.a.O., S.482
- 99 Hildegard Henschel, a.a.O., S.33ff
- 100 Zur Geschichte des Ghettos von »Litzmannstadt« vgl.: Ausstellungskatalog des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, »Unser einziger Weg ist Arbeit«. *Das Getto von Lodz 1940-1944*, Redaktion Hanno Loewy u. Gerhard Schönberger, Wien 1990
- 101 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Acc.2133, Nr.53a (*Chronik 1941*, S.87)
- 102 Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) war am 27.9.1939 als Zusammenfassung der zentralen Ämter der Sicherheitspolizei (Sipo) - zu ihr gehörten die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die Kriminalpolizei (Kripo) und die Grenzpolizei - und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS (SD) gegründet worden. Das RSHA war Himmler unterstellt und wurde geleitet von Reinhard Heydrich.
- 103 Ebenda, S.33ff
- 104 Ebenda (*Chronik 1941*, S.94/95)
- 105 Dokument NG-2586, in: Léon Poliakov u. Joseph Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden* (1955), Wiesbaden 1989, S.116
- 106 Poliakov/Wulf, a.a.O., S.121
- 107 Ebenda
- 108 Vgl. Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd.2, Frankfurt/M 1994, S.481
- 109 Poliakov/Wulf, a.a.O., S.123
- 110 Joel König, *Den Netzen entronnen. Die Aufzeichnungen des Joel König*, Göttingen 1967, S.265ff (vgl. auch: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.86)
- 111 Hildegard Henschel, a.a.O., S.38f
- 112 Eine Aufstellung der über diese Kontingente vergebenen Mietberechtigungsscheine vom 21.7.1942, in: Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.401, Bl.10
- 113 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr. 3906 (Rundschreiben Nr.19 der Hauptabteilung Umsiedlung II/4 betr. Zeichnungsbefugnis, hier: Erteilung der Mietberechtigung, Freigabe von Wohnungen vom 1.4.1942)
- 114 Joel König, a.a.O. S.265ff (vgl. auch: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.86)
- 115 Hilberg, a.a.O. S.483f
- 116 Vgl. Aktennotiz von Paul Mietzner vom 7.9.1944 in Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.279/1
- 117 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.401
- 118 Hilberg, a.a.O. S.484
- 119 »Jupo« bedeutet »Judenpolizei«. Hildegard Henschel erklärt dazu, »Es handelte sich um Juden, die nicht Sternträger waren und sich völlig zur rechten Hand der Gestapo entwickelt hatten, ja, sie waren teilweise mit Recht gefürchteter als diese.« (Hildegard Henschel, a.a.O., S.43)
- 120 Hilberg, a.a.O., S.484f
- 121 Landesarchiv Berlin Pr.Br., Rep.107, Nr. 144/3
- 122 Reichsgesetzblatt I 1942, S.392; vgl. Hilberg, a. a. O., S.499, Anm. 287, dort Verweis auf Korrespondenz Speer-Lammers in R 43 II/1190
- 123 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.1976 (Arbeitsanweisung der Bereichsstelle vom 11.9.1942, betr. die 3. Verordnung vom 12.6.1942 über die weitere Wiedervermietung ehemaliger Judenwohnungen)
- 124 Bundesarchiv Koblenz, R120, Nr.1976 (Arbeitsanweisung vom 11.9.1942)
- 125 Bundesarchiv Potsdam, Bestand 46.06, KS-3560
- 126 Eine mehrteilige Fotografie des Plans »Totalschäden Berlin« vom 13.1.1944 ist archiviert im Bundesarchiv Potsdam, Bestand 46.06, KS-3557
- 127 Robert M.W. Kempner, »Die Ermordung von 35.000 Berliner Juden«, in: *Gegenwart im Rückblick – Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach Neubeginn*, hrsg. von Herbert A. Strauss und Kurt R. Grossmann, Heidelberg 1970, S.185/186
- 128 Kurt Jakob Ball-Kaduri, »Berlin wird judenfrei. Die Juden in Berlin in den Jahren 1942/1943«, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd.22, West-Berlin 1973, S.240f
- 129 Eine, aus den nach dem Kriege aufgefundenen Akten zusammengestellte Liste der 63 Osttransporte mit dem Datum ihres Abgangs aus Berlin und der Zahl der Deportierten ist abgedruckt bei Robert M.W. Kempner, a.a.O., S.185-187. Dazu kommen noch 117 »Alterstransporte« nach Theresienstadt. Kempner beziffert die Zahl der nach Osten Deportierten insgesamt auf

35.738 Berliner, von denen kaum einer überlebt hat, und die nach Theresienstadt auf 14.797, von denen nur 11% überlebt haben. Ebenda, S.188

130 Eine aus verschiedenen Quellen zusammengetragene statistische Übersicht über die Zahl der zwischen 1932 und 1945 in Berlin lebenden Juden gibt Kurt Jakob Ball-Kaduri. Vgl. Kurt Jakob Ball-Kaduri, a.a.O., S.240f

131 *Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945*, bearb. vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst, Arolsen, Koblenz 1986

132 In diesem Gebiet hatte die Stadt Berlin bereits 1940 einige der leergeräumten und von ihren »arischen Besitzern« angekaufte Häuser dem G.B.I. zur Unterbringung von Juden bereitgestellt. Hier gab es also auch »Judenhäuser«, die nicht in jüdischem Besitz waren.

133 In der Räumungsliste 14 ist angegeben, »Wilmersdorf, Jenaer Str.23, Qugb.I.«. Die Angabe ist falsch, da kein Haus der Jenaer Straße ein Quergebäude hat. Es sind »U-Typen«, Vorderhäuser mit zwei Seitenflügeln.

134 Das heutige »Ernst-Reuter-Haus« an der Straße des 17. Juni.

135 *Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945*, bearb. vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst, Arolsen, Koblenz 1986

136 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.144/3 (Räumungsliste 87a vom 6.11.1942)

137 Das Haus liegt in einem »Bereich« des G.B.I. und ist bis 1941 als »Judenhaus« zur Unterbringung zwangsgeräumter Juden verwendet worden. Die Tatsache, daß im November 1942 ein SS-Unterscharführer hier wohnt, belegt, daß die Bewohner inzwischen evakuiert und das Haus »arisiert« worden ist.

138 Auschwitz war nicht die einzige Vernichtungsstätte für die etwa 35.000 »nach dem Osten« deportierten Berliner. Auch Sobibor, Kulmhof, Riga, Minsk, Łódź, Reval, Kowno, Lublin gehörten dazu. Vgl. Robert M.W. Kempner, »Die Ermordung von 35.000 Berliner Juden«, in: *Gegenwart im Rückblick – Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach Neubeginn*, hrsg. von Herbert A. Strauss und Kurt R. Grossmann, Heidelberg 1970, S.203

139 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Acc.2133, Nr.53a (*Chronik 1941*, S.62/63)

140 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.59/3

141 Vgl. ebenda

142 Zum System solcher mündlichen Befehle vgl. auch: Hilberg, a.a.O., S.1064f

143 »Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit – siehe Anlage zum Dienstvertrag – bleibt auch nach Auflösung des Dienstvertrages bestehen.«; vgl.: Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.55/1, Bl.2

144 Zur Geschichte der OT vgl.: Franz W. Seidler, *Die Organisation Todt*, Koblenz 1987

145 Vgl. dazu auch: Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt/M-Berlin 1970, S.205ff

146 Bundesarchiv Koblenz, R3, Nr. 1736, Bl. 8 (R.Wolters, *Chronik der Dienststellen des Reichsministers Albert Speer 1942*, S.6)

147 Bundesarchiv Koblenz, R3, Nr. 1736, Bl.11/12 (*Chronik 1942*, S.8/9)

148 Sepp Dietrich (1892-1966) war einer der engsten Mitkämpfer Hitlers, vor seiner Parteikarriere Fleischerlehrling, Feldwebel und Polizeiwachtmeister, stieß er 1923 zur SA, nach dem Hitler-Putsch wurde er aus dem Polizeidienst entlassen und lebte seitdem von Gelegenheitsarbeiten. Seit 1928 in der NSDAP, seit 1930 Reichstagsabgeordneter für Niederbayern, seit 1931 SS-Brigadeführer, seit 1933 Kommandeur des SS-Wachbataillons Berlins, aus dem 1936 die Leibstandarte Adolf Hitler hervorging; leitete am 30.6./1.7.1934 in München die Erschießung hoher SA-Führer und wurde anschließend für seine Verdienste um die »Bereinigung« der Röhm-Affäre zum SS-Obergruppenführer befördert. Vgl. dazu: Robert Wistrich, *Wer war wer im Dritten Reich*, München 1983, S.52f

149 Albert Speer, *Erinnerungen*. Frankfurt/M-Berlin 1970, S.210

150 Bundesarchiv Koblenz, R3, Nr.1736, Bl.11/12 (R.Wolters, *Chronik 1942*, S.9)

151 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Acc.2133, Nr.53a (R.Wolters, *Chronik 1941*, S.95)

152 Ebenda, S.94

153 Vortrag Mansfeld am 19.2.1942, Aktenvermerk WiRüAmt, IMT, Dok. PS 1201. Zit nach Ulrich Herbert, »Zwangsarbeit in Deutschland, Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene 1941-1945«; in: *Erobern und Vernichten* (Hrsg. Peter Jahn u. Reinhard Rürup) Berlin 1991, S.112f

- 154 Vgl. dazu: *Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945* (Hrsg. Peter Jahn und Reinhard Rürup) Berlin 1991; und: *Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939-1945* (Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 3), West-Berlin 1986
- 155 Martin Weinmann (Hrsg.), *Das nationalsozialistische Lagersystem*, Frankfurt/M 1990, S.57
- 156 *Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik*, Berlin (DDR) 1965, S.46
- 157 Führer-Befehl vom 25.6.1940, faksimiliert in: Hans J. Reichardt u. Wolfgang Schäche, *Von Berlin nach Germania* (Ausstellungskatalog des Landesarchivs Berlin), West-Berlin 1984, S.32
- 158 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente*, München 1987 Bd.4/1, zit nach: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.774ff
- 159 Bundesarchiv Koblenz R120, Nr.163
- 160 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente*, München 1987 Bd.4/1, zit nach: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.79
- 161 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Acc.2133, Nr.53a (*Chronik 1941*, S.28)
- 162 Besprechungsprotokoll vom 20.1.1942, in: Poliakov/Wulf, a.a.O., S.123
- 163 Joel König, a.a.O., S.265ff (vgl. auch: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.89)
- 164 Bundesarchiv Potsdam, Bestand 46.06, KS-3729 (Pläne zum »Bürohaus am Knie« 1940/41)
- 165 Eine Gegenüberstellung beider Textfassungen zeigt die wenigen Textstreichungen und -änderungen; vgl. dazu: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.570ff
- 166 Ernst Neufert, *Bauordnungslehre (BOL)*, mit einem Geleitwort von Albert Speer, Berlin 1943
- 167 Karl Böttcher, *Karl Böttcher, Architekt. Bericht über meine Arbeit*, (Hrsg. Geist/Kürvers/Rausch, Hochschule der Künste), Berlin 1990, S.7; vgl. auch: Geist/Kürvers, *Geschichte des Berliner Mietshauses 1945-1989*, München 1989, S.223
- 168 Vgl. dazu: Joseph Orlopp, *Zusammenbruch und Aufbau Berlin 1945/46*, Berlin 1947, S.12ff
- 169 Hans Scharoun, statistische Auskunft an das Rote Kreuz vom 22.1.1946, faksimiliert in Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.421
- 170 Vgl. Geist/Kürvers/Rausch, *Hans Scharoun – Chronik zu Leben und Werk*, hrsg. von der Akademie der Künste, Berlin 1993, S.84f
- 171 Zur Entstehung der Forschungsarbeit »Die gegliederte und aufgelockerte Stadt«, vgl. Erinnerung von Hubert Hoffmann, in: Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.118ff
- 172 Vgl. dazu: Peter Friedrich, *Drei Phasen der Gestaltbildung*, hrsg. von E.J.Lehning. West-Berlin 1989
- 173 Die Pläne wurden in der Plankammer des G.B.I. archiviert. Vgl. Bundesarchiv Potsdam, Bestand 46.06, KS-3635
- 174 Landesarchiv Berlin, Pr.Br., Rep.107, Nr.53a (Wolters, *Chronik 1941*, S.15)
- 175 Protestschreiben des »Ring« vom 5.2.1953; vgl. Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.362f
- 176 Nach der Berufung Stephans entzog das Bezirksamt von Berlin-Tiergarten mit fadenscheiniger Begründung Scharoun unmittelbar vor Baubeginn den Auftrag für das Alterheim Tiergarten. Unter ähnlichen, undurchsichtigen Umständen werden ihm Staatsaufträge entzogen, die er aufgrund gewonnener Wettbewerbe erhalten hatte – so für die Versuchshäuser für die Insel Helgoland (1953) und das Staatstheater in Kassel (1955).
- 177 Günther Kühne, »Berlin von 1950 bis 1980 – Die Senatsbaudirektoren, Geschichten aus der Spinnstube des Herrn Senators«, in: *Der Architekt* 9/1983, S.413
- 178 Vgl. Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.569
- 179 Vgl. Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945-1989*, München 1989, S.108ff
- 180 Karl Otto (Hrsg.), *die stadt von morgen – gegenwartsprobleme für alle*, West-Berlin 1959, S.152
- 181 Hitler und Speer hatten die Siegestsäule 1938 vom Platz der Republik vor dem Reichstag – wo sie der »Großen Halle« im Weg gestanden hätte – zum »Großen Stern« versetzen lassen. Dort war sie, zusammen mit den ebenfalls hierhin versetzten Denkmälern von Bismarck, Roon und Moltke sowie der Siegesallee Teil der »Möblierung« des Rundplatzes, der auf den Plänen als »Forum des Zweiten Reiches« bezeichnet wurde. Vgl. dazu auch: Brigitte Jacob, Wolfgang Schäche, Clarissa Soltendiek, *Die Deutsche Mitte, ein Freilichtmuseum*, West-Berlin 1986, S.34

Impressum

Die Ausstellung »1945. Krieg – Zerstörung – Aufbau. Architektur und Stadtplanung 1940 - 1960« findet vom 23. Juni bis 13. August in der Akademie der Künste, Berlin, Pariser Platz 4, statt.

Publikation

Redaktion

Marita Gleiss

Mitarbeit

Tatja Giele, Michael Kraus, Ursula Reich, Gisela Schöne,
Carolin Schönemann, Britta Stock

Layout

Jörn Düwel, Günter Hennersdorf, Wolfgang Schäche,
Ulf Schöneberg

Satz

Ulf Schöneberg

Umschlag

Werner Durth (Fotografien: Riki Kalbe, Werner Durth)

Gesamtherstellung

DBC Druckhaus Berlin-Centrum GmbH & Co. MEDIEN KG

© 1995 Henschel Verlag, Berlin,

Akademie der Künste, Berlin,

sowie bei den Autoren

ISBN 3-89487-229-2

Ausstellung

Konzeption

Jörn Düwel, Werner Durth, Niels Gutschow, Jochem Schneider

Beirat

Johann Friedrich Geist, Klaus Kürvers, Winfried Nerdinger,
Wolfgang Schäche

Koordination

Carolin Schönemann

Architektur

Jochem Schneider

Aufbau

Lorenz Dombois

Mitarbeit

Oliver Bals, Gisela Böhm, Gerhard Faller-Walzer,
Manfred Kern, Jörg Scheil

Publikation und Ausstellung wurden ermöglicht durch Mittel der
Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.



HENSCHEL VERLAG

ISBN 3-89487-229-2